

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948

15 (10.4.1948)

WIRTSCHAFTSREVUE

WIRTSCHAFTS-WOCHENSCHRIFT

VEREINIGUNGEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE
L'ÉCONOMIE CONTINENTALE
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

Nr. 15 — 3. Jahrgang — 144. No. 1122 DG AA/Inf./Pr.

Konstanz/Bodensee, den 10. April 1948

Ausgabe D — Preis RM 1,-

Konjunktur durch Preissenkung

Die französische Regierung hat bekanntlich am 1. April überraschend die Preise, zum Teil erheblich, gesenkt. Die Einzelhandelspreise haben Reduktionen zwischen 6 und 25% erfahren. Die Kommentare zu dieser Preissenkung halten sich diesmal nicht im üblichen Rahmen. Es wird ein Gedanke herausgestellt, der besondere Beachtung findet: Man behauptet, die französische Regierung habe die Absicht, mit dieser Preissenkung den Produktionsausdehnung vorzugreifen. Dabei wird auf die erhoffte Steigerung im schwerindustriellen Sektor verwiesen, vor allem darauf, daß der französischen Wirtschaft im zweiten Quartal dieses Jahres 30% mehr Stahl zur Verfügung gestellt werden könne und die Zementindustrie mit einer Produktionssteigerung von 50% rechnen. Sind zwar die Preise für Stahl und Zement nicht gesenkt worden, die Regierung kann also nicht aus einer vorzeitigen Preissenkung der schwerindustriellen Produkte auf eine Kostenentlastung der Wirtschaft rechnen. Wohl bringen solche Produktionssteigerungen unter der Voraussetzung einer großen nicht ausgenutzten Kapazität erhebliche Selbstkostenenkungen mit sich, und diese könnte man in einem späteren Zeitpunkt zusätzlich durch eine Preissenkung auch der allgemeinen Wirtschaft aufzuheben. (Man hat dies in gewisser Hinsicht schon dadurch getan, daß man wenigstens die Preise für Hausbrandkohle und für Strom gesenkt hat.) Die französische Regierung hat vielmehr an andere Wirkungen der bevorstehenden Produktionsausdehnung gedacht: Es ist der wirtschaftliche Plan, der von der Behörde der Schwerindustrie her immer erwartet wird, denn früher begannen Wirtschaftsbereiche immer in der Schwerindustrie. Darauf wird sich die französische Regierung berufen, aber vor allem bei der besonderen monetären Lage Frankreichs war es sogar klug, sofort die Preissenkungen vorwegzunehmen, um der anderen Seite der konjunkturellen Belebung die Spitze zu nehmen. Üblicherweise beginnen nämlich im Anfang einer Wirtschaftsbellebung auch die Preise zu steigen. (Eine mengenmäßige Besserung der Versorgungslage würde die gewünschte Entwicklung unterstützen.) Da aber oft schon eine beginnende Konjunkturbelebung sehr schnell abgestoppt wurde, wenn die Preise schneller liefen, als die Belebung, war es gut, diese Spitze gleich abzubiegen, und zwar beim Konsum direkt. Es liegt also zweifellos eine neue Wirtschaftspolitik in den Preissenkungsmaßnahmen Frankreichs, und auch ein nicht volles Gelingen würde nichts gegen die — für die spezielle Lage Frankreichs — grundsätzlich richtige Erkenntnis sagen, die diese Maßnahmen zugrunde lag.

Marshall-Plan und französische Zone

hfg. Baden-Baden. Soweit die durch den Marshall-Plan flüssig zu machenden Hilfsmittel für das westliche Deutschland bereitgestellt werden, können ein natürlich auch der französischen Zone zugute. Es ist jetzt für die französische Zone eine Organisation für die Nahrungsmittel der Marshall-Hilfe ins Leben gerufen worden. Zum Vorsitzenden des „Comité du Plan“ für die französische Zone wurde Direktor Hallif, Leiter der statistischen Abteilung der Militär-Regierung in Baden-Baden ernannt.

Jedes der drei Länder der französischen Zone hat im Hinblick auf die Marshall-Hilfe einen Wiederaufbauplan ausgearbeitet. Durch einen Ausschluß von Sachverständigen sollen jetzt diese Pläne aufeinander abgestimmt und mit den Möglichkeiten der Deutschland-Hilfe aus dem Marshall-Plan in Einklang gebracht werden. Auf einer Tagung der Wirtschaftsminister der drei Länder, die am 6. April in Baden-Baden stattgefunden hat, wurden diese Fragen eingehend besprochen.

Der deutsche Sachverständigenstab steht, wie wir erfahren, unter Leitung des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Ravensburg, Eugen Doerrenbach, und des Völkerrechtslehrers an der Universität Mainz, Professor Hubert Arnbruster.

Devisenbonus im Umbau

Neue deutsche Vorschläge zur besseren Verteilung

Deutsche Firmen, die exportieren, erhalten bekanntlich einen kleinen Teil des Devisenüberschusses zur freien Verfügung. Dieses System des Devisen- oder Exportbonus war ein Experiment. Auf Grund der Erfahrungen, die man damit gemacht hat, sind jetzt sowohl in der Doppelzone als auch in der französischen Zone von deutscher Seite Verbesserungsvorschläge gemacht worden.

In der Doppelzone hat die Verwaltung für Wirtschaft (VfW) auf Anregung der Militärregierungen Vorschläge für ein neues Außenhandelsverfahren ausgearbeitet. Danach sollen Selbstverwaltungs-Körperschaften der Wirtschaft die Steuerung des Außenhandels übernehmen. Die JEIA soll der Verwaltung für Wirtschaft die Devisen zuteilen, die diese dann an 21 Einfuhrgemeinschaften weitergibt. Die Genehmigung der Devisenerteilung durch die JEIA soll gleichzeitig als Einfuhrbewilligung gelten. Einfuhrgemeinschaften sollen gebildet werden für Baumwolle, Wolle, Eisen und Stahl, Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, technische Öle und Fette, Glas und Keramik, Holz und Kautschuk, Asbest, Roh-, Metalle, Mineralien, Steine und Erden, Papier und Textilien. Für die Ausfuhr sollen 19 gleichfalls nach Industriegruppen gegliederte Trennhändlungen, u. a. für Eisen und Stahl, Eisenverarbeitende, Metall- und Fahrzeugindustrie, Schiffbau, Elektroindustrie, Feinmechanik und Optik, gebildet werden. Die JEIA soll sich bei der Ausfuhr auf nachträgliche Kontrolle beschränken.

Vorbereitende Arbeiten der JEIA betreffen eine Erhöhung des Zinsfußes auf zusammen 10% des Exporterlöses festgesetzten Devisenbonus A und B auf 40%. Diese 40% sollen dem Exporteur bei einer Außenhandelsbank gutgeschrieben werden, während er den restlichen Erlös seiner Ausfuhr in Reichsmark ausbezahlt erhält. Der Bonus soll zwischen dem Exporteur und den Materiallieferanten einschließlich der Importfirmen auf Konten bei Außenhandelsbanken frei übertragbar sein. Für die Einfuhr bewirtschafteter Rohstoffe muß ein entsprechender Betrag durch die Außenhandelsbank der VfW übertragen werden, damit diese die Einfuhr kontrollieren kann.

Gruppenbonus

In der französischen Zone wurde von der deutschen Leitung der Außenhandelswirtschaft bewußt davon abgesehen, einen individuellen Devisenbonus zu schaffen, weil man der Meinung war, daß der Individualbonus nicht das erreicht, was man mit ihm bezweckt hat. Vor allem bemängelte man bei dem System des Devisenbonus überhaupt, daß der Bonus A nach den Vorschriften für den Exporteur bestimmt ist, aber der Hersteller der Waren

dem Exporteur oft die Lieferung der Ware nur unter der Bedingung zusicherte, daß er ihm einen mehr oder weniger großen Teil des Bonus abtritt. Dasselbe gilt für die Verlieferanten bis zu den Rohstofflieferanten dieser Verlieferer. Auch erwies es sich nicht als zweckmäßig, daß der Exporteur den Bonus erhält, der ja keine Devisen zum Einkauf ausländischer Rohstoffe braucht. Die deutsche Leitung der Außenhandelswirtschaft der französischen Zone hat darum einen anderen Weg gesucht, um einen möglichst hohen Nutzen für die Wirtschaft der Zone herauszuholen. Bekanntlich ist in der französischen Zone der Devisenbonus ein Dollarprämien-Kredit. Dabei will man bleiben, aber mit Hilfe der Devisenprämien möglichst zentral einkaufen, um recht viel Auslandsware für die Devisen zu erhalten. Die Vorschläge der deutschen Verwaltung in der französischen Zone wollen also nicht auf einen Individualbonus, sondern auf einen Globalbonus hinaus: Die Dollarprämie wird einer Gewerbegruppe und nicht einem einzelnen Unternehmer gewährt. Von dieser

Gewerbegruppe soll dann die Prämie nach Richtlinien der Wirtschaftsministerien zu den produzierenden Betrieben verteilt werden, die diese Devisen unmittelbar zum Bezug von Rohstoffen verwenden. Man will sogar noch einen Schritt weiter gehen und die Prämien nicht effektiv in Gestalt von Devisenbeträgen verteilen, sondern nur in Form von Anrechten auf die Lieferung ausländischer Rohstoffe oder zusätzlicher ausländischer Lebensmittel. So glaubt man eine mißbräuchliche Verwendung der Devisen weitgehend verhindern zu können.

Man ist sich bei den deutschen amtlichen Stellen der französischen Zone durchaus bewußt, daß diese Lösung wiederum nur eine zeitbedingte Zwischenlösung ist. Eine spätere freiere Zuteilung der Dollarprämien wird durchaus als erwünscht betrachtet. Diesem Wunsch wird sich die deutsche Wirtschaft gern anschließen. Aber es scheint uns, daß der Zeitpunkt, den die deutsche Verwaltung dafür ins Auge faßt, zu fern liegt; denn sie betrachtet als Voraussetzung für eine freiere Zuteilung der Dollarprämien eine Normalisierung des Außenhandelsgeschäfts und die Überwindung des gegenwärtigen „Kramplustandes“. Eine Normalisierung

(Fortsetzung Seite 2)

Wann kommt Speisefett aus Kohle?

Die deutschen Erzeugungsstätten - Schwierige Glycerin-Beschaffung

Das Werk Bergkamen der „Essener Steinkohle AG.“ hat nunmehr für die Fischer-Tropsch-Anlage die Produktionszulassung erhalten. Damit wird das größte derartige Werk mit einer Kapazität von jährlich 30 bis 30.000 t an Primärproduktion unverzüglich wiederanzulaufen. Gleichzeitig rückt hiermit die Frage der Erzeugung von synthetischem Speisefett nach dem Verfahren von A. und Dr. K. H. Imhausen im Werk Witten in ein aktuelles Stadium.

H. Essen. Die Imhausen-Werke in Witten an der Ruhr sind in der Lage, als einzige Fabrik synthetisches Speisefett, und damit zugleich das erste synthetische Nahrungsmittel in der Welt zu erzeugen. Die Werke waren auf die Reparationsliste gesetzt, aber doch schließlich von der Demontage ausgenommen worden, und befinden sich neuerdings auch außerhalb der Gefahr, als mittelbare Verbotsindustrie zu gelten. Sie haben bisher nur das Permet zur Seifenherstellung erhalten, so daß ihre Kapazität nicht ausgenutzt ist, bzw. für die lebenswichtige Produktion von Speisefett ausfällt.

Die Militär-Regierung hatte seinerzeit die Arbeitszulassung für die Speisefettfabrik mit dem Hinweis darauf abgelehnt, die Herstellung von synthetischem Speisefett erfordere besonders viel Kohle. Wie steht es mit diesem Einwand? Der gesamte Kohlenbedarf für die Erzeugung von Paraffingas, das bei der Fischer-Tropsch-Synthese anfällt und Rohstoff Nr. 1 für die Speisefetterzeugung ist, ferner die Gewinnung der synthetischen Fettsäure und schließlich die Herstellung von Speisefett stellt sich auf rund 6,5 bis 7 t. Wenn man bedenkt, daß angesichts des hohen Weltmarktpreises für natürliche Fette 60 bis 80 t Kohlen exportiert werden müssen, um nur eine einzige Tonne Natur-speisefett auf dem Auslandsmarkt einzukaufen, so erscheint der Aufwand von 6,5 bis 7 t Kohle für eine Tonne synthetisches Speisefettes äußerst bescheiden. Dieser Hinweis allein sollte genügen, die Bedenken der Militär-Regierung zu zerstreuen. Bedenken, die um so weniger berechtigt sein dürften, als seit der vorerwähnten Entscheidung die arbeitstädtliche Steinkohlenförderung immerhin um die heftigste Menge von 100.000 t angezogen und die 300.000-t-Grenze erreicht hat. Andererseits hat die Fettversorgung in Deutschland, und wie gesagt wird, in der Welt, einen kaum glaublichen Tiefstand erreicht, und zu einem Zusammenbruch der Fettversorgung in Westdeutschland geführt.

Alle diese Momente, insbesondere aber die jetzt feststehende Erhaltung der Werke rücken die Anträge für die Fettversorgung der Doppelzone verantwortlichen Kreise sowie der Regierung von Nordrhein-Westfalen und der Gewerkschaften auf Inbetriebnahme der Speisefettfabrik wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses.

Als Gatschblasse für die Speisefett-Werke in Witten kommt in erster Linie das Werk Bergkamen (Chemische Werke — Essener Steinkohle) in Frage. Diese größte Fischer-Tropsch-Anlage könnte bei einer monatlichen Produktion von 7.400 bis 7.600 t Primärprodukten rund 700 t Gatsch liefern, wodurch die Erzeugung von rund 250 t synthetisches Speisefett im Monat gewährleistet wäre. In dem Maße, wie es gelingt, Gatschmengen der beiden anderen Werke (Krupp-Treibstoff G.m.b.H. in Wanne-Eickel und Gewerkschaft Viktor in Castrop-Rauxel) freizumachen, oder die Synthese so zu steuern, daß der Gatschanfall sich von 10 auf 15% erhöht, oder gar weitere Fischer-Tropsch-Anlagen in Gang zu bringen, wird es auch möglich sein, die Speisefettproduktion entsprechend zu erhöhen; denn die technischen Einrichtungen in dem Witterer Werk entsprechen einer Kapazität von 1.275 t Speisefett im Monat. Wie hoch auch immer die Produktion von Speisefett sein mag, so wird sie in jedem Falle wesentlich zur Entspannung der Fettnotlage beitragen.

Von der Rohstoffseite her besteht noch eine Schwierigkeit in der Beschaffung von Glycerin. Da die Seifenfabrikation in Deutschland aus Naturfetten fast völlig zum Erliegen gekommen ist, wird im Inlande kein Glycerin mehr gewonnen. Wenn weiterhin die verhältnismäßig sehr geringe Einfuhr von Glycerin unmöglich sein sollte, so müßten die erforderlichen Mengen durch Vergärung von Zucker oder Holzsäure gewonnen werden. Diese Vergärung des durchaus lebenswichtigen Zuckers in recht bescheidener Menge ist schon deshalb vertretbar, weil dabei die Zuckereinheit mit 3 Kalorien auf dem Umweg über die Speisefettsynthese auf 9 Kalorien je Fetteinheit erhöht wird. Im übrigen heißt es, daß die Zellstoff-Fabrik Waldhof die benötigten Glycerinmengen durch Vergärung von Holzruoker liefern kann, so daß kein Speisenzucker erforderlich ist. Erst recht nicht dürfte die Bereitstellung der geringen Mengen an Kaliumpermanganat durch die Einfuhr aus der Ostzone, oder die Abtrennung von dem vorgesehenen Einfuhren, sowie an Schwefelsäure aus der laufenden Produktion in der britischen Zone zu Sorgen Anlaß geben.

Deutsche Metallpreiserhöhung

Essen. Mit Wirkung vom 1. April sind von der Verwaltung für Wirtschaft die Metallpreise erhöht worden. Bereits am 1. Januar war eine Erhöhung der Blei- und Zinkpreise von 675 auf 900 RM eingetreten. Die neuen Preise je Tonne sind folgende: Kupfer 1500 (1600) RM, Nickel 3000 (2400) RM, Zinn 6000 (3100) RM, Wismut 15.000 (10.000) RM, Antimon 3500 (900) RM, Kobalt 16.000 (8000) RM und Cadmium 16.000 (4500) RM.

In dieser Nummer

Unrentable Forstwirtschaft
Kampf um Textilmärkte
Westdeutsche Metallherzeugung
läuft an
Spaniens Weg aus der
Isolierung
Rekordgewinn der USA-
Industrie
Strickwaren in der Sowjetunion
Wiederaufbau der Philippinen
Preissenkungen in Österreich
Buchführungspflicht der freien
Berufe

Bewirtschaftung

— unwirtschaftlich

Die Bewirtschaftungsverfahren sind zu wesentlichen Mitteln, wenn nicht zum wichtigsten Instrument der Planwirtschaft geworden. Die Organisation und die Verfahren der Verteilung sollten aber als Behelfsmittel angesehen werden, die die größten Mißverhältnisse bei der Überwindung der Mangelnotlage ausgleichen, jedoch nur solange, bis marktwirtschaftliche Funktionen wieder selbsttätig an ihre Stelle treten können. Das wird erst wieder bei Aufgabe der Preis- und Lohnsteppolitik der Fall sein. Die Wirtschaftspolitik muß gleichzeitig damit auf die Wiederherstellung einer natürlichen, indirekt vielleicht durch Steuer- und Kreditgebung sehr behutsam und kaum merkbar gelenkten Marktordnung hinarbeiten.

Die Nationalökonomie-Wirtschaftspolitik steuert bisher nicht auf dieses Ziel zu. Anstatt die totalitäre Kriegswirtschaft abzubauen, die staatliche Wirtschaftsverwaltung zu beschränken und damit der Freizügigkeit der Unternehmer größeren Spielraum zu gewähren, wurde es für richtiger erachtet, die Bewirtschaftung auf weitere Gebiete, als dies im Krieg der Fall war, auszuweiten.

Die Mangelnotlage wurde jedoch durch diese Methode am wenigsten überbrückt. Dagegen wuchs bei stets abnehmender Güterproduktion der Kostenaufwand für die Bewirtschaftungsorganisationen ins Unermessliche. Zudem vermehrten sich als Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse die Produktionschwierigkeiten, verzögerten sich die Lieferfristen, verringerten sich die Qualitätsraten und sank die Arbeitslust. Der durch die Bewirtschaftung hervorgerufene Zwang förderte diese Entwicklung.

Es muß zugegeben werden, daß die Arbeit der Planungs- und Lenkungsbehörden durch das Ausbleiben von Rohstoffeinfuhren und durch die Verminderung an Produktionskapazität erheblich gestört wurde. Jedoch ist erwiesen, daß noch so sorgfältig entwickelte Verfahren bei der Durchführung der Bewirtschaftung keine Entspannung und vor allem keine Belebung der Produktionstätigkeit erreichten. Es fragt sich also, ob die gegenwärtige Bewirtschaftungsordnung es nicht in größerem Maße verhindert, soziale Maßnahmen zu ergreifen, als die Marktwirtschaft, in der die Unternehmenseigenschaften staatliche Verwaltungsarbeit weitestgehend überflüssig machen. Jede Belebung der Produktion und der Handelstätigkeit zieht gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensverhältnisse, besonders auch der Arbeitnehmer, nach sich.

Im allgemeinen wird der Begriff „Bewirtschaftung“ in der Sphäre der Privatwirtschaft, zumal in der Landwirtschaft, angewandt: ein Hof, ein Acker, ein Wald, ein Gartenstück wird bewirtschaftet. Ziel ist dabei, durch zweckmäßige Anwendung technischer Mittel und mit dem geringsten Aufwand wirtschaftliche Ergebnisse zu erzielen. Die Behörden aber, denen Bewirtschaftungsaufgaben übertragen sind, beschränken sich darauf, die Mittel, die für die Güterversorgung nötig sind, in der Form von Bezugsrechten zu Betrieben und Verbrauchern zu verteilen. Die schwierigste Aufgabe fällt jedoch den Betrieben zu, mit unzureichenden Quoten staatlicherseits aufgestellte Produktionsprogramme zu erfüllen. Abgesehen von den zahlreichen Mangelerscheinungen, die stockend und mindernd auf das Produktionsergebnis einwirken, müssen Herstellungsgenehmigungen eingeholt werden, Auflagen, Beschränkungen und Verbote berücksichtigt werden und Verdampfs- und Liefer-

genehmigungen vorhanden sein, ehe die Erzeugung beginnen kann. In die schwerfällige staatliche Bewirtschaftung sind somit alle Funktionen eingegangen, die sonst in der Markt- und Wettbewerbsordnung kaum merklich und geschlüsselt vollzogen. Das vergebliche Suchen nach besseren Methoden staatlicher Bewirtschaftung, die Notwendigkeit des Erlasses von Errichtungs- und Erweiterungsgesetzen, die Aufstellung von sogenannten Belegungsplänen für die Fertigungsstundenkapazität, der Versuch, durch Produktionsbeschränkungen eine sparsame Verwendung der Rohstoffe zu erreichen, die Einstufung der Produktionsgüter nach Dringlichkeit, um Verschiebungen und Ungleichmäßigkeiten in der Versorgungslage zu verhindern, beweist, wie schwer es ist, die Unternehmertätigkeit durch administrative Maßnahmen zu ersetzen. Eine Bewirtschaftungsmaßnahme zieht eine andere nach sich, eine Lösung hebt die andere auf.

In der Technik der Bewirtschaftung spielt beispielsweise das durchlaufende Bezugsrecht eine gewisse Rolle, das die Verteilung der Roh- und Hilfsstoffe und die Verteilung der Fertigergebnisse in einer Hand zusammenfassen soll. Bisherige Bewirtschaftungsmaßnahmen regeln die Zuteilung der Roh- und Hilfsstoffe an die Betriebe, während die Verteilung der Fertigergebnisse ein völlig abgetrenntes, in sich geschlossenes System darstellt, das vielfach von der verfügbaren und gemeldeten Produktion ausgeht. Das durchlaufende Bezugsrecht ist das Bezugsrecht, das der letzte Verbraucher bekommt. Es dient gleichzeitig dem Hersteller und weiterlaufend auch für möglichst viele Vorstufen der Produktion als Berechtigungschein für den Bezug von Rohstoffen. Das bedeutet, daß der Hersteller nicht mehr ein festes Rohstoffkontingent bekommt, sondern daß der Umfang seines Rohstoffbezuges — und damit seine Arbeitsmöglichkeit — davon abhängt, wieviele Endverbraucher-Bezugspapiere er sich zu verschaffen versteht. Auch dieses Verfahren hat seine Mängel. Es hat sich bisher nicht als möglich erwiesen, das durchlaufende Bezugsrecht beispielsweise in der Getreidewirtschaft einzuführen. Dieses würde bedingen, daß die Back- und Mühlenbetriebe gewisse Produktionsmengen vorzugeben in der Lage sind, d. h. sie müssen jedenfalls einmal die Marken und Bezugscheine aus vorhandenen Beständen beliefern können, ehe sie wiederum auf die eingesparten Bezugscheine neues Mehl, bzw. Getreide beziehen können. Diese Voraussetzungen sind aber in der Getreidewirtschaft nicht gegeben. Die Versorgungslage ist so ungenügend, daß die verantwortlichen Landesbehörden nur mit Mühe Versorgungsunterbrechungen im Lande vermeiden können. Dem durchlaufenden Bezugsrecht fehlt die Eigenschaft, ausreichende Bewegungsreserven zu sichern. In diesem Falle müßte also dem Kontingentierungsverfahren ein gewisser Vorzug eingeräumt werden.

Im Gegensatz zu den Bemühungen der Bewirtschaftungsbehörde, zweckmäßige Formen für die Anwendung des Planungs- und Lenkungsplans zu finden, sind Versuche bekannt geworden, die Bewirtschaftung abzusuchen und geeignete Übergangslösungen zu finden, die auf die Wiederherstellung einer staatlich indirekt gelenkten Marktwirtschaft hinarbeiten. Viel diskutiert wurde der sogenannte Blockmarkt, nämlich der Vorschlag, einen gewissen Teil der Produktion dem freien Markt zu überlassen. Es wäre dann möglich, nach Befriedigung der staatlichen Anforderungen, eine beschränkte Menge an Gütern durch freien Kauf bei erhöhten Preisen zu erwerben. Versuche, die in der russischen Zone mit freien Märkten von landwirtschaftlichen Erzeugnissen durchgeführt wurden, sind bekanntlich fehlgeschlagen. Es darf nicht vergessen werden, daß Bevölkerungsteile mit geringerem Einkommen berechnete Ansprüche auf Lohnerrhöhungen stellen würden. Auch diese Lösungen scheinen deshalb, weil sie auf einigen Gebieten der Wirtschaft Verwirrung stiften, Befehlslösungen zu sein.

Die Überwindung der Bewirtschaftung ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht durch Teilösungen möglich; sie muß im Rahmen einer umfassenden Neuordnung der Wirtschaftspolitik erfolgen. Diese darf nicht länger hinausgezögert werden. Die vielbesprochenen, und noch in diesem Jahr zu erwartende Währungsreform mag der gegebene Zeitpunkt sein, auch auf anderen Gebieten eine Umstellung einzuleiten. Es kann nämlich nicht genug betont werden, daß das Gelingen der Währungskorrektur von der größtmöglichen Einführung marktwirtschaftlicher Funktionen abhängt. Es wäre falsch, die Geldordnung isoliert zu betrachten. Im Zustand der zurückgestauten Inflation darft die Preisstop-Politik nicht das Geld zu einem leblosen und wirkungslosen Zahlungsmittel herabgedrückt. Die Lockerung der Bewirtschaftung wird deshalb auch nur durch die Aufhebung des Preisstopps möglich sein. Die Befreiung der Wirtschaft von der „Bewirtschaftung“ läßt nicht nur die Produktion in den Betrieben zur Entfaltung kommen, sondern erhöht die Leistungsfähigkeit der Unternehmer und Arbeiter. Die Kräfte, die in der Verwaltung durch ihren Abbau frei werden, leisten produktivere

Ansteigende Schichtleistung im Kohlenbergbau

Preiserhöhung und Subventionen — Investitionsplan

In unserer letzten Nummer haben wir einen Querschnitt durch die Lage des Kohlenbergbaus im ersten Jahresviertel 1948. Im folgenden wird nunmehr über die letzte Preiskonferenz der UK/US-Kontrollgruppe und der deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung in Essen berichtet. Diese Konferenz war die erste seit mehreren Wochen und behandelte die aktuellsten Kohlenprobleme.

F. F. H. Essen, Anfang April 1948.
Einleitend machte Mister Collins Mitteilungen über die Entwicklung der Förderung, die er als planmäßig bezeichnete. Der Abfall in den beiden letzten Wochen sei ausschließlich durch die Feiertage bedingt. Nach den Feststellungen der DKBL ist im März die Steinkohlenförderung unter dem Einfluß der dritten CARE-Paketaktion auf 288 000 t gegenüber 268 000 t im Februar angestiegen. Damit hat die Steinkohlenförderung seit Kriegsende einen neuen Höchststand erreicht. Es wurden 23% mehr als im Vorjahr gewonnen. Die monatliche Förderung ist von 6,42 Mill. t auf 7,21 Mill. t angewachsen. An diesem Erfolg ist die Verbesserung der Schichtleistung am stärksten beteiligt. Nach einjähriger Stagnation hat sich die Leistung je Mann der Gesamtleistung von 0,89 t im Februar auf 0,95 t im März und je Untertagesarbeiter von 1,22 t auf 1,28 t erhöht. Im April hat die Leistung je Mann der Unter- und Ober-tagesarbeiter erstmalig die Grenze von einer Tonne überschritten, wie Mr. Collins auf Grund der neuesten Entwicklung ergänzend bekanntgab. Von Einfluß war auch die Verminderung der Fehlschichten von 14,4 je 100 Mann im Februar auf 13,5 im März. Die Zahl der angelegten Bergarbeiter hat sich im März um etwa 2 800 Mann erhöht.

Auch der Anstieg der Koks-erzeugung setzte sich weiter fort, und zwar erreichte er im März im Tagesdurchschnitt 47 300 t gegenüber 46 000 t im Februar. Einen neuen Höchststand gewann auch die Braunkohlenförderung mit arbeitstäglich 196 000 t gegen 193 000 t und 5,04 Mill. t gegen 4,64 Mill. t im ganzen Monat März. Der Zuwachs kam zum größeren Teil den auf den Gruben liegenden Großkraftwerken zugute.

Die Verkehrslage lockerte sich weiter auf. So stieg die werktägliche Wagenstellung für Steinkohle von 13 700 Einheiten im Februar auf 14 000 Einheiten und für Braunkohle von 3 900 auf 4 000 Einheiten. Im Wasserversand wurden im März 68 000 t gegenüber 58 000 t bewilligt. Auch der Rücktransport von den Häfen nahm zu. Die Bestände an Steinkohle und Steinkohlenskok gingen von 1,44 Mill. t im Februar auf 1,40 Mill. t im März zurück.

Wie schon im letzten Bericht angedeutet, hat sich die UK/US Kontrollgruppe mit einer Fristverlängerung für den Leistungsabweis für das 3. CARE-Paket einverstanden erklärt, wenn es gelingt, durch Eingreifen der Jh. jetzt noch nicht beteiligten 41 Schachtanlagen im April auf 290 000 t zu bringen. Die Frist soll nun am 30. April ablaufen. Auf eine Bemerkung, daß die für die dritte CARE-Paketaktion vorgesehene Grenze von 325 000 t im Tage nicht erreicht worden sei, erklärte Mr. Collins, daß die Bergleute den Nachweis der 16%igen Fördersteigerung nicht alle innerhalb eines Monats erbracht hätten. Die Anstrengung habe sich auf einen größeren Zeitraum verteilt, und noch jetzt seien, wie oben schon erwähnt, noch 41 Schachtanlagen nicht beteiligt. Waren-

einkäufe im Wert von 14 Mill. Dollar erfolgten auf Grund des Dollarfonds. Davon befanden sich Lebensmittel und Verbrauchsgüter im Wert von 4 Mill. Dollar in den Lagern des Ruhrgebiets, und der Verkauf gegen Importmarken wird jetzt beginnen.

Im Vordergrund des Interesses der Konferenz standen

Preis- und Subventionsfragen.
wobei sich bestätigte, daß man von der zunächst vorgesehenen Preiserhöhung von durchschnittlich 8 RM je Tonne abgerückt ist. Nunmehr wird von deutscher Seite empfohlen und von der Kontrollgruppe beauftragt, den Inlandkohlenpreis um 10 RM auf 25 RM zu erhöhen und, ebenfalls je Tonne, eine Subvention von 3 RM zuzulegen. Diese Planung basiert auf normalen Abschreibungen, die mit rund 1 RM je Tonne eingeseht sind. In diesem Zusammenhang sei vermerkt, daß Prof. Dr. Erhard in einer Pressebesprechung in Frankfurt noch die Einschaltung einer weiteren Kredithilfe von 1,50 RM je Tonne erwähnt hatte. Es wird angenommen, daß sich in absehbarer Zeit infolge der Fördersteigerung und kostensenkender Rationalisierungsmaßnahmen die Subventionslast entspannen wird. Eine Überprüfung ist automatisch in Abständen von drei Monaten vorgesehen. Die von der DKBL erwünschte Erhöhung des Preises um 1 TRM wurde im Hinblick auf die Auswirkungen auf das allgemeine Preis- und Lohngefüge nicht für tragbar erachtet. Über den Investitionsplan, den die DKBL vorgelegt hat, wurde mitgeteilt, daß er sich bei den in Frage kommenden Stellen in der Beratung befindet. Es wurde eingeräumt, daß es das Ziel bilden müsse, den Bergbau wieder auf den Friedensstand der Leistung zu bringen, aber der Plan müsse mit der allgemeinen wirtschaftlichen Planung abgestimmt werden. Im übrigen wird keineswegs, wie Mr. Collins versichert, mit der Wiederherstellung der inneren Kapazität des Bergbaus gewartet, sondern es sind zu diesem Zweck seit Kriegsende erhebliche Investitionen vorgenommen worden. Es ist aber im Augenblick nicht möglich, eine Aufgliederung von reinen Kapitalaufwendungen und laufenden Mitteln für die Sicherstellung der Produktion und die Reparaturen von Kriegsschäden zu geben.

Was die Beschaffung der Mittel für den Wiederaufbau des Ruhrbergbaus anbelangt, so ist man dabei, geeignete Anleihequellen zu ermitteln. Demnach scheint eine früher von seiten der DKBL geäußerte Auffassung, daß es dem Bergbau durch die Preisbereinigung und abgeänderte Steuerpolitik möglich gemacht werden müsse, aus eigener Kraft den Wiederaufbau in die Wege zu leiten, offenbar nicht zum Zuge gekommen zu sein. Man wird, wie heute feststeht, ohne Inanspruchnahme des privaten Kapitalmarktes mit dem Ziele kommen. Alle in Frage kommenden Quellen werden zur Zeit erörtert. Wie es heißt, ist im Augenblick an unmittelbare ausländische Geldgeber nicht gedacht. Auch scheint über die Höhe des Kapitalbedarfs noch keine Einhelligkeit zu bestehen.

Die Koksversorgung
der deutschen Eisen- und Stahlindustrie bildete einen weiteren Gegenstand der Erörterungen in der Preiskonferenz. Es sind Befürchtungen laut geworden, daß die neuerdings stark erhöhten Koks-exporte auf Kosten des deutschen Inlandverbrauchs gehen und insbesondere

den 6 Mill. t-Stahlplan für 1948 gefährden. Von der UK/US Kontrollgruppe wurde auf diesbezügliche Frage Exportplanung zunächst der deutsche Inlandsbedarf berücksichtigt worden sei, und von der Koksseite her der Stahlplan per Ende 1948 erfüllt werden könne. Im übrigen gehe die Koksversorgung langsam aber sicher in die Höhe. Auch in der heiklen Grubenholzfrage stehe der Bedarf der deutschen Zechen an erster Stelle, und seit Mitte 1947 sei der Export von Grubenholz abgelehnt worden. Seit einiger Zeit finde überhaupt kein Export von Grubenholz statt. In der Tat ist auch eine fühlbare Entspannung in der Versorgung der Zechen mit Grubenholz eingetreten. Die Vorräte, die vor kurzem nur noch für 14 Tage ausreichten, sind inzwischen wieder so weit aufgefüllt, daß sie einen Bedarf von 32 Tagen decken und das trotz der letzten eingetretenen Erhöhung der Kohlenförderung, wodurch erheblich mehr Grubenholz beansprucht wurde.

Kohlenpreis genehmigt

Essen. Das Dreimächtekontrollamt genehmigte am 5. April mit Wirkung vom 1. April die vorgeschlagene Erhöhung des Inlandkohlenpreises um 10 RM auf 25 RM. Gleichzeitig hat das Bipartite Board einer Subvention von 3 RM je t zunächst für das zweite Vierteljahr zugestimmt.

Oberrheinische Kohlenunion

Hfg. Baden-Baden. In Ludwigshafen a. Rh. ist mit einem Aktienkapital von 500 000 RM die Oberrheinische Kohlenunion AG gegründet worden, welche das führende Unternehmen für die Versorgung der französischen Zone mit Kohle darstellen wird. Das Aktienkapital ist eingeteilt in 500 Namens-Aktien von je 1 000 RM, die von den Gründern ratlos übernommen worden sind. Die Gründer sind:

- Saargruben AG, Saarbrücken
- Union Charbonnière Rhénane S.A., Straßburg
- Rhin et Rhone S.A., Lyon
- Strasbourg-Lyon S.A., Lyon
- J. Kronberg & Cie. S.A., Nancy
- Comptoir des Combustibles d'Alsace et de Lorraine S.A., Straßburg
- Société Alsacienne et Lorraine des Etablissements Châtel & Dollfus GmbH, Straßburg
- Société Straßbourgeoise de Combustibles S.A., Straßburg
- Société Alsacienne de Houilles et Anglaises S.A., Paris
- Société Charbonnière Est et Nord S.A., Straßburg
- Société d'Anciens Etablissements Neuenburg S.A., Paris
- Etablissements Leopold Polack & Blime GmbH, Paris
- Maison Balland Bruggemans S.A., Châlons Saône, Charb. et Minerais GmbH, Nancy
- Etablissements Maurice Trautmann S.A., Straßburg
- Pétrin Frères GmbH, Charleville
- Société Straßbourgeoise d'Arment S.A., Straßburg

Vorstand der neuen Gesellschaft ist Direktor François Putois, Paris. Die Gesellschaft ist befugt, Zweigniederlassungen im In- und Ausland, jedoch nicht in Frankreich zu errichten.

Den ersten Aufsichtsrat aus 7 Personen bilden die Direktoren: Pierre Baehner, Emile Alfred Gustave Jean Houillard, Jean Prêcheur, Pierre Thiollère, Jean Wenger-Valentin, sämtliche in Straßburg und Jacques Edmond Béard, Edmond Sauvageot, beide in Paris.

Problematik der Wirtschaftsbelebung

Programatische Erklärungen General Robertsons

Der Oberkommandierende der britischen Besatzungszone, Brian H. Robertson, gab vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen in Gegenwart zahlreicher führender Persönlichkeiten aus allen Ländern der britischen Zone mit Spannung erwartete Erklärungen ab. Sie brachten zwar keine Vereinbarung über eine im Augenblick effektive grundsätzliche Entscheidung, wohl aber und mit besonderer Deutlichkeit die politische, kulturelle und wirtschaftliche Ausrichtung, wie sie sich nunmehr für die britische Zone als notwendig erweise.

Als wirtschaftliche Voraussetzung der Wiederbelebung der britischen Zone betonte General Robertson, daß es unerlässlich sei, die Kohlenförderung weiter fühlbar zu steigern. Unter Hinweis auf die bisher erreichten Erfolge in der Kohlenförderung bemerkte er, daß demgegenüber die Produktion des anderen Grundstoffes, Stahl, noch zurückgeblieben sei. Um den besonderen Gegebenheiten in der Eisen- und Stahlindustrie Rechnung zu tragen, habe er eine Kommission gebildet, in der amerikanische, englische und deutsche Experten die Möglichkeiten prüfen, die zu einer Leistungssteigerung der deutschen Eisen- und Stahlwerke führen können. Auf dem gesamten industriellen Gebiet müsse überdies eine Bereinigung der Preise in Verbindung mit einer Neuordnung der Löhne gewährleistet werden. Diese Maßnahme hänge auch eine wichtige Voraussetzung der Finanzreform, die angeblich die Hauptaufgabe der Militär-Regierung darstelle. Die Finanzreform werde nicht verkündet werden, ehe man nicht den Rat deutscher Stellen gehört habe.

Über die Ruhr führte General Robertson aus: Die Ruhr ist ein Industriegebiet von großer Bedeutung, nicht nur für Deutschland, sondern für ganz Europa. Sie soll nun unter internationaler Kontrolle kommen. Aber die Kontrolle, die uns vorschwebt, soll konstruktiv und keine Strafmaßnahme sein. Es bestehe eine Entwicklung zu einer allgemeinen Versämelung der Industrie in ganz Westeuropa hin. Diese Entwicklung befindet sich noch in ihrem Anfangsstadium, sie werde aber wirksam werden, sobald der Marshall-Plan jetzt anlaufe. Das Ruhrgebiet habe früher der Kriegsmaschinerie gedient, es werde in Zukunft dem Frieden dienen.

Im Einvernehmen mit den Fachverbänden vor. Auf Grund dieser Zuteilungen wird gemeinsam vom Directeur Régional, dem Wirtschaftsministerium und den Fachverbänden ein Einfuhrplan festgelegt, der dann vom Directeur Régional bestätigt werden muß. Die zusätzlichen Einfuhren auf Grund dieses Plans werden den Empfängern in Reichsmark zu den amtlichen deutschen Inlandspreisen in Rechnung gestellt.

Die Wirtschaft der französischen Zone erwartet nun mit Spannung, wie dieses System der Ausfuhrprämien sich auswirkt. Es läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, ob auch für die badische Ausfuhrindustrie bereits Dollarprämien fällig geworden sind. Sie werden bekanntlich erst fällig, nachdem ein bestimmter Mindestbetrag an Ausfuhrleistung erreicht ist, und zwar dann nur für den Ausfuhrbetrag, der diese Mindestleistung übersteigt. Die württembergische Industrie ist in dieser Beziehung durch ihre traditionell guten Ausfuhrleistungen im Vorteil.

Warenaustausch französische Zone—Doppelzone

Wie das Wirtschaftsministerium von Nordrhein-Westfalen mitteilt, haben die Vereinigten Westzonen mit der französischen Besatzungszone ein Warenaustauschabkommen abgeschlossen, nach dem beiderseitige Warenlieferungen im Gesamtwert von 400 Mill. RM vorgesehen sind.

Waren im Werte von 230 Mill. RM sollen aus der französischen Zone in das vereinigte Wirtschaftsgebiet geliefert werden, während Waren im Werte von 170 Mill. RM aus den Westzonen in die französische Besatzungszone geliefert werden sollen.

Ein wesentlicher Punkt des Abkommens dürfte nach Ansicht der Wirtschaftsbehörden der gegenseitige Austausch von Chemikalien sein.

Devisenbonus im Umbau

(Fortsetzung von Seite 1)

Grund von Angaben der Tübinger Außenstelle des Officemex bekanntgegeben werden, in welcher Weise der Dollarprämien-Kredit in Württemberg-Hohenzollern berechnet und verteilt wird. Die gleiche Regelung gilt für Südbaden und für Rheinland-Pfalz.

Als Maßstab für die Berechnung dieser Ausfuhrprämien dienen die Ausfuhrergebnisse für das erste Halbjahr 1947. Die Sätze steigen proportional dem Umfang der zusätzlich erzielten Ausfuhren. Die im ersten Vierteljahr 1948 fällig werdenden Prämien werden nach den tatsächlich durchgeführten Ausfuhrgeschäften des letzten Vierteljahres 1947 berechnet, einschließlich der Ausfuhren nach Frankreich, aber ohne die Ausfuhren nach dem Saarland. Auf Württemberg-Hohenzollern entfallen für das vierte Vierteljahr 1947 Dollarprämien in Höhe von 369 430 \$.

Dieser Betrag wird wie folgt verteilt: der erste Teil, der mindestens die Hälfte des gesamten Betrags erreichen muß, ist für die Ausfuhrfirmen bestimmt, deren Ausfuhrrechnungen zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1947 vom Officemex bezahlt worden sind. Der zweite Teil geht an die nicht ausführenden Firmen, soweit sie direkt oder indirekt die Ausfuhr fördern. Die Festlegung dieser beiden Teilmaträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Directeur Régional des Officemex in Tübingen.

Die Verteilung an die einzelnen Firmen nimmt das Wirtschaftsministerium

Ausfuhrindustrie sind ja zum großen Teil die Vorlieferer für die Ausfuhrbetriebe, und nehmen daher mittelbar am Erfolg der Ausfuhr teil. Gerade die gerechte Verteilung des sozialen Bonus hat sich bis jetzt als recht schwierig erwiesen, und dürfte kaum den Erwartungen der gesamten Arbeiterschaft immer entsprechen haben.

Bei den gegenwärtigen Besprechungen im Internationalen Ausschuß, der die Vorbereitung auf die möglichst weitgehende Angleichung der Einrichtungen und Regelungen auf dem Gebiet des Außenhandels unter den drei Westzonen zur Aufgabe hat, werden sowohl die neuen, oben erwähnten Vorschläge der Doppelzone, als auch der französischen Zone eine wichtige Rolle spielen. Da die deutsche Verwaltung der französischen Zone ihr Prämien-system gern auch in die Zeit hinübernehmen möchte, da die drei Westzonen wirtschaftlich miteinander verbunden sind, wird es Aufgabe des Ausschusses sein, eine Synthese zu finden, d. h. die Vorteile beider Systeme zu vereinen und das Ungünstige aus beiden zu eliminieren.

Devisenprämien-System

In Ergänzung unserer früheren Ausführungen zu diesem Thema („Progressive Ausfuhrprämien“ und „Devisenprämien und neue Absatzmärkte“ in den Ausgaben Nr. 54 und 55 der „Wirtschaftsrevue“) sei noch kurz auf die Technik der Dollarprämienkredite eingegangen. Auf der kürzlichigen Tagung des Landesausschusses für die Ausfuhr in Württemberg-Hohenzollern ist auf

Grund von Angaben der Tübinger Außenstelle des Officemex bekanntgegeben werden, in welcher Weise der Dollarprämien-Kredit in Württemberg-Hohenzollern berechnet und verteilt wird. Die gleiche Regelung gilt für Südbaden und für Rheinland-Pfalz.

Als Maßstab für die Berechnung dieser Ausfuhrprämien dienen die Ausfuhrergebnisse für das erste Halbjahr 1947. Die Sätze steigen proportional dem Umfang der zusätzlich erzielten Ausfuhren. Die im ersten Vierteljahr 1948 fällig werdenden Prämien werden nach den tatsächlich durchgeführten Ausfuhrgeschäften des letzten Vierteljahres 1947 berechnet, einschließlich der Ausfuhren nach Frankreich, aber ohne die Ausfuhren nach dem Saarland. Auf Württemberg-Hohenzollern entfallen für das vierte Vierteljahr 1947 Dollarprämien in Höhe von 369 430 \$. Dieser Betrag wird wie folgt verteilt: der erste Teil, der mindestens die Hälfte des gesamten Betrags erreichen muß, ist für die Ausfuhrfirmen bestimmt, deren Ausfuhrrechnungen zwischen dem 1. Oktober und dem 31. Dezember 1947 vom Officemex bezahlt worden sind. Der zweite Teil geht an die nicht ausführenden Firmen, soweit sie direkt oder indirekt die Ausfuhr fördern. Die Festlegung dieser beiden Teilmaträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Directeur Régional des Officemex in Tübingen.

Die Verteilung an die einzelnen Firmen nimmt das Wirtschaftsministerium

WIRTSCHAFTSREVUE-VERLAG GmbH, Konstanz, Chabodstraße 66; C. Krammer, Stellvertreter; Dr. H. F. Geiler (Baden-Baden); verantwortlich für die Steuer-Belange: Peter Bedner (Saarbrücken). Zuständiger Verlagspostamt für franz. Zone: Konstanz; amer.-engl. Zone: Eßlingen/B. Druck: Oberbad. Verlagsanst. Merk & Co. KG., Konstanz. — Zuschriften an die Redaktion nicht an einzelne ihrer Mitglieder erbeten. Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Die Beizüge von Rückporto verpflichtet nicht zu Rücksendung unverlangt eingesandter Manuskripte. Jede mit Namen des Verfassers verzeichnete Veröffentlichung stellt lediglich dessen Privatmeinung dar. Nachdruck oder sonstige Veröffentlichung nur mit Genehmigung der Redaktion; wissenschaftliche Verwendung nur mit Quellenangabe. — Zur Zeit ist Anzeigen-Preisliste Nr. 2 gültig.

Unrentable Forstwirtschaft

Erhöhung der Rohholzpreise gefordert

Forstwirtschaft und Landwirtschaft werden oft, zu Recht oder Unrecht, als „Schwestern“ bezeichnet. In einer Beziehung stimmt dies gewiß: In den äußersten niedrigen, und eine Wirtschaftlichkeit der meisten Betriebe nicht mehr gewährleisten den Preis ihrer Haupterzeugnisse Wohl klagt auch die Industrie in den letzten Jahren über das Mißverhältnis von Kosten und Preisen, aber bei ihr beruht dieses Mißverhältnis in der Hauptsache auf der aus verschiedenen Gründen nicht voll ausgenutzten Kapazität, ist also (hoffentlich) vorübergehender Natur. Zudem hat sie viel eher die Möglichkeiten der Preisänderung und des Ausweidens in geringere Qualitäten. Für die Forstwirtschaft jedoch trifft dies alles nicht zu. Ihre Erzeugung, d. h. der jährliche Holzuwachs, ist eine weitgehend konstante Größe, die von der tatsächlichen Nutzung zudem seit über einem Jahrzehnt überschritten wird; und die Qualität ihrer Erzeugnisse ist, sowohl infolge der Auswirkung früherer waldpflegerischer Maßnahmen als auch infolge des Einschnittes geringerer Nugholzqualitäten zu Brennholz, nicht unerheblich gestiegen. Trotzdem ergeben Betriebsprüfungen seit Jahren negative Resultate, d. h. die aufwendenden Betriebs- und Verwaltungskosten liegen weit über dem erzielbaren Erlös.

Wenn diese Tatsache nach außen bisher noch nicht so stark in Erscheinung getreten ist, so liegt dies an der relativen Krisenfestigkeit der Forstwirtschaft, die in der Hauptsache durch ihre lange Produktionszeit bedingt ist. Zwischen der Investition des direkten Produktionsaufwands (Kultur- und Pflegekosten) und der Nutzung liegt ein Zeitraum von 80 bis 100 Jahren, der auch bei Wegbauten usw. mehrere Jahrzehnte betragen kann. Der eigentliche Ernteaufwand (Holzaufbereitung) wird dabei durch die heutigen Erlöse immer noch gedeckt, wenn auch bei manchen „niedrigen“ Sorten (schwaches Faser- und Grubenholz, Stangen, schwaches Brennholz u. ä.) die Aufbereitungskosten die festgesetzten Preise übersteigen. Zudem sind ihre „halbfertigen“ Erzeugnisse, in Form noch nicht voll hiebsreifer Bestände, etwa von der Hälfte des Produktionszeitraums an auch als solche verwertbar, wenn auch unter Einbuße an nachhaltiger Masse, und Wertproduktion. Die Forstwirtschaft ist daher für einen gewissen Zeitraum in der Lage, ein bei nachhaltigem Betrieb vorliegendes Defizit vorübergehend auszugleichen, indem einerseits durch Vorräte auf die zur Nutzung in späteren Jahrzehnten bestimmten Holzvorräte die gegenwärtigen Einnahmen erhöht, andererseits durch Unterlassung an sich produktionsnotwendiger Investitionen die Ausgaben verringert werden. Von der ersten Anleihe wird seit über einem Jahrzehnt in großem, von der zweiten in den letzten Jahren in zunehmendem Umfang Gebrauch gemacht. Das Unterschreiben von Wegbauten und laufender Wegunterhaltung, die zunehmenden Kahlfällchen, sind zwar in erster Linie eine Folge des

Mangels an Arbeitskräften und Material, aber auch ohne diesen Mangel würde die Ausführung der genannten Arbeiten heute in vielen Fällen auf erhebliche finanzielle Schwierigkeiten stoßen. Dies insbesondere, wenn die Aufzehrung der Holzvorräte in den aller-nächsten Jahren zu einer erheblichen Herabsetzung der Nutzung zwingen wird. Wenn daher unsere Forstwirtschaft nicht auf den Stand roher Exploitation (= Nutzung der greifbaren Vorräte ohne Rücksicht auf die Zukunft) herabsinken, sondern weiterhin nachhaltig Holz erzeugen soll, so ist eine beträchtliche Erhöhung der gegenwärtigen Inlands Holzpreise nicht zu umgehen. Sie ist auch insofern berechtigt, als das heutige niedrige Preisniveau keine Folge wirtschaftlicher Gegebenheiten, sondern durch staatlichen Zwang künstlich herbeigeführt ist. Dies zeigt ein Rückblick auf die Preisentwicklung der letzten einundzwanzig Jahre:

Als die Holzpreise sich von dem katastrophalen Tiefstand der Jahre 1931 und 1932 wieder langsam zu erholen begannen, wurde dieser Preisanstieg schon bald (1934 bzw. 1936) durch das System der Richtpreise (für Massensortimente) bzw. den Preisstop (für die damals weniger ins Gewicht fallenden Sorten) bewußt abgebrems. Das Bestreben der maßgebenden Stellen ging dahin, zunächst durch Niederhaltung der Rohstoffpreise der vorarbeitenden Industrie eine gewisse Erholung und wirtschaftliche Festigung zu ermöglichen, wobei die Forstwirtschaft die dazu nötige Zeitspanne mittels der gleichzeitig einsetzenden Mehreinschnitte wirtschaftlich noch „durchhalten“ sollte. Ein „Nachholen“ des Preisrückstands und damit ein Anschluß an das allgemeine Preisniveau wurde jedoch schon damals in Aussicht gestellt. Gekommen ist es dazu nie in beträchtlichem Umfang. Die Richtpreise wurden zwar noch etwas verbessert, insbesondere durch Einführung von „Zuschlagskoeffizienten“; die Stopppreise blieben auf dem Stand von 1936 stehen, der vielfach noch den Stand von 1932 darstellte. Während des Krieges erschien jede Veränderung des Preisgefüges erklärlicher Weise unangebracht, die an sich als notwendig anerkannte Erhöhung um damals 10 RM./fm wurde bis nach Kriegsende verschoben. Lediglich für die Gruben- und Faserholz wurden 1942 staatliche Zuschüsse gewährt, die aber mit Kriegsende wieder wegfielen. Im übrigen wirkten sich alle diesbezüglichen Bestrebungen hauptsächlich in einer weiteren Komplizierung der Sortierungs- und Preisvorschriften aus.

So ergab sich schließlich ein völlig unnatürliches Bild des Preisgefüges: In den Richtpreissorten (Nadel- und Buchenstammholz, Gruben- und Faserholz), drängten die Preise allgemein an die Obergrenze der Preisspanne, so daß sich ein für das ganze Preisgebiet fast gleicher, Unterschied in Qualität und Abfuhrhöhe kaum noch berücksichtigender Preisstand herausbildete, mit einem immer unübersichtlicheren System von Kosten- und Qua-

litätszuschlägen für Sondersortimente (Masten, Schälholz, Dielungholz, Ramm-pfähle, Spurlatten usw.).

Die Stopppreissorten hingegen zeigen nach wie vor ein zwar historisch interessantes, aber wirtschaftlich völlig sinnloses Abbild des jeweiligen, örtlichen Stadiums der Preisbildung im Zeitpunkt des Preisstopps, und weisen bei annähernd gleicher Qualität und Absatzlage innerhalb Südhadens Unterschiede von vielfach 50 bis zu 80 % auf! Lediglich bei den in der Preisbildung freien, aber seit den letzten Kriegsjahren praktisch ebenfalls abgestoppten „Werkhölzer“ (Spitzenqualitäten) bestehen nach Höhe und Abstufung einigermaßen wirtschaftlich fundierte Preisverhältnisse.

Seit Kriegsende hat sich die Lage weiter verschärft. Sie ist heute durch folgende Punkte gekennzeichnet:

1. Wesentlich erhöhte Steuerlast (neben Einkommen- und Umsatzsteuer vor allem auch die Besipfsteuer).
2. Erhöhte Verwaltungskosten als Auswirkung der verstärkten Bewirtschaftung (der Erzeugnisse, nicht des Waldes!) und der erhöhten allgemeinen Unkosten.
3. Erhöhung der Kosten aller Betriebsmaßnahmen infolge unvermeidlicher Lohnsteigerungen (das durch die niedrigen Holzpreise bedingte, sehr niedrige bisherige Lohnniveau ist völlig unhaltbar geworden und bereits weitgehend durchbrochen), und Leistungsrückgang auf Grund von Überalterung, Ernährungs- und Ausrüstungsmängeln der Waldarbeiterschaft.
4. Weitgehende Abnutzung der wertvollsten Altholzverräte, infolgedessen Zwang zur baldmöglichen Einschränkung der Nutzung auf das nachhaltig noch Mögliche, und infolgedessen durchschnittlich größerer Anteil schwacher Hölzer am Ernteprodukt (was gleichzeitig nochmals einen höheren Lohnaufwand je Einheit bedeutet).
5. Notwendigkeit des Einschnitts wertvoller Hölzer in geringwertigere Sorten (Gruben-, Faser- und Brennholz) zur Erfüllung der Sortimentsumlagen.
6. Erhebliche und wachsende Rückstände an Kulturen, Wegbauten und Wegunterhaltungsmaßnahmen.

Manche dieser Schwierigkeiten mögen vorübergehender Art sein, mit den meisten muß für dauernd, zumindest für lange Zeit gerechnet werden. Die Folge ist, daß selbst ein Spigenbetrieb wie z. B. die badische Staatsforstverwaltung, die vor 1914 und auch in den Jahren vor 1930 Reineinnahmen von 50 bis 60 RM./ha erbrachte und ein wesentliches Aktivum im Staatshaushalt darstellte, heute (1947) trotz der einzugs geschiedenen Maßnahmen im ordentlichen Etat mit einem Ausgabenüberschuß figuriert, was bisher überhaupt erst einmal im Jahr 1932 der Fall war. Die Notwendigkeit einer Preis-erhöhung wird daher auch von maßgebenden Stellen allgemein eingesehen. Es wurden in der Doppelzone schon für 1946 bzw. 1947 die früheren Gruben-

und Faserholzzuschüsse in die Preise einbezogen und diese selbst bei Nadelholz um etwa 10%, bei Laubholz um etwa 15% erhöht. In der französischen Zone ist innerhalb der Wiedereinführung der genannten staatlichen Zuschüsse erreicht worden und eine Angleichung im übrigen zu erhoffen.

So willkommen diese geringen Preis-erhöhungen sind oder waren, so reichen sie doch bei weitem nicht aus, um die Forstwirtschaft wieder lebensfähig zu machen. Eine mit oder nach der Währungsreform durchzuführende Reform des Holzpreisgefüges müßte, neben der dringend nötigen Vereinfachung der Preisbildungsvorschriften, eine durchschnittliche Erhöhung der heute bei 95% des Standes von 1913 festliegenden Preise um etwa 15 bis 20 RM./fm bringen. Ob durch Verordnung oder (evtl. etappenweise) Freigabe der Preisbildung, sei dahingestellt. Dadurch würden gleichzeitig unsere Rohholzpreise dem allgemeinen Preisniveau und den Weltmarktpreisen wieder angeglichen. Ein solcher Betrag mag manchem als unerträglich hoch erscheinen, aber auch in der Kohlenwirtschaft z. B. wird heute mit einer Preissteigerung von etwa 10 bis 15 RM/t gerechnet! Zudem wären die Auswirkungen für den Verbraucher durchaus nicht so schwerwiegend, als es den Anschein hat, da der Rohholzpreis nur einen geringen Prozentsatz am Preis des Endproduktes ausmacht. Bei einem Holzhaus mittlerer Größe z. B. mit einem Verbrauch von 20 bis 25 fm, würde eine Stammholzpreissteigerung um 20 RM eine Erhöhung der Gesamtkosten um lediglich 400 bis 500 RM bedeuten! Bei anderen Holzserzeugnissen ist das Verhältnis ähnlich; beim Brennholz sind die Mehrkosten vielfach heute schon auf dem Weg des Selbstschlags

RUHR-KOHLFÖRDERUNG

(einschließlich Aachener und Ibbenbürener Reviers)

Tagesdurchschnitt in 1000 t

230.000 t	300.000 t
2. Halbjahr 1947	244,51
Monat Januar	247,31
Monat Februar	267,64
Monat März	265,8 t
1. April	266,6 t
2. April	266,4 t
3. April	269,0 t
6. April	271,2 t

teilweise auf den Verbraucher abgewälzt worden. Zudem würde durch eine solche Preissteigerung nicht nur der Forstwirtschaft geholfen, sondern auch der heute noch vielfach feststellbaren Holzverschwendung Einhalt geboten! E. H.

Austausch Saar — französische Zone

Hfg. Baden-Baden. Seit 1. April ist das Saarland, von der französischen Zone aus gesehen, Ausland geworden. Die Verrechnung im Warenverkehr zwischen beiden Gebieten erfolgt in Dollar. Für das erste Vierteljahr des neuen Regimes ist ein Warenaustausch vereinbart worden, welcher die Ausfuhr von Waren aus der französischen Zone nach dem Saarland den Betrag von 28,44 Mill. RM und eine Einfuhr nach der Zone aus dem Saarland in Höhe von 33,33 Mill. RM vorsieht. Der Warenverkehr wird also einen Einfuhrüberschuß für die französische Zone in Höhe von 4,93 Mill. RM aufweisen. Nach der neuen Regelung wird die französische Zone künftig keinen Tabak und keinen Wein mehr nach dem Saarland liefern. Die festgelegten Liefermengen ergeben sich aus nachstehender Zusammenstellung:

Französische Zone liefert:

	Mill. RM
Braunmaße (375 t)	0,20
Fette (1000 t)	1,28
Käse (375 t)	4,97
Milch (18 000 hl)	1,42
Fleisch (1800 t)	3,06
Baumstoffe	1,28
Chemikalien	2,98
Lederschuhe (40 000 Paar)	0,80
Elektr.-techn. Erzeugnisse	2,49
Eisenwaren	2,06
Holz	7,34
Textilwaren	6,18
Insgesamt	28,44

Saarland liefert:

	Mill. RM
Ferngas (20 Mill. cbm)	1,00
Strom (18 Mill. kWh)	0,46
Kohle und Koks (807 500 t)	11,23
Baumstoffe	8,54
Chemikalien	2,45
Benzinerzeugnisse (1800 t)	0,89
Eisenwaren	11,96
Elektr.-mechanische Erzeugnisse	3,25
Haushalts- u. andere Glaswaren	0,87
Sonstiges	0,87
Insgesamt	33,33

Unter den Baumaterialien, welche die französische Zone nach dem Saarland liefert, befinden sich auch 4500 t feuerfeste Steine für 0,45 Mill. RM und 5100 t Baustoffe für 0,11 Mill. RM. In der Gruppe Chemikalien sind enthalten: 1000 t Stickstoffe für 1,10 Mill. RM und für 0,50 Mill. RM pharmazeutische Erzeugnisse. In der Gruppe Holz aus der Zone befinden sich 160 000 cbm Grubenholz mit Rinde für 3,20 Mill. RM und 15 000 cbm Laub- und Nadelstammholz für 1,5 Mill. RM.

Bei den Baumaterialien, welche die französische Zone aus dem Saarland erhält, sind 600 000 qm Fensterglas für 1,10 Mill. RM, bei den Lieferungen der saarländischen Eisenindustrie befinden sich 40 000 t warmgewaltes Eisen für 6,16 Mill. RM, sowie 5 000 t Thomasplatte für 1,25 Mill. RM.

Abkommen Italien — französische Zone vor der Unterzeichnung

Hfg. Baden-Baden. Zwischen der Militärregierung der französischen Zone und Italien haben, wie schon kurz gemeldet, in den letzten Wochen erfolgreiche Besprechungen über ein neues Handelsabkommen stattgefunden, das an Stelle des Abkommens vom 24. April 1947 treten soll. Das neue Handelsabkommen, das für die Ausfuhrwirtschaft der französischen Zone eine erhebliche Bedeutung erlangen wird, ist bereits paraphiert, bedarf jedoch noch der Unterzeichnung. Es wird für die Dauer von sechs Monaten gelten. Dem Abkommen sind zwei Listen von Waren beigefügt, deren Lieferungen zwischen den beiden Ländern vereinbart worden ist. Das Abkommen wird ergänzt durch ein Zahlungsabkommen. Die Preise der gegenseitigen Lieferungen werden auf Dollargrundlage berechnet.

Die Ausfuhr der Doppelzone

Frankfurt. Nach abschließenden Feststellungen betragen die Ausfuhrleistungen der Doppelzone im Februar 1948, wie die IEIA mittelt, insgesamt 37,214 Mill. \$, womit die Lieferungen in den beiden ersten Monaten des Jahres auf 64,33 Mill. \$ ansteigen. In diese Zahlen ist nicht einbezogen die Wiederausfuhr verdorbener Rohstoffe im Werte von 16,168 Mill. \$, und verarbeiteter US-Baumwolle im Werte von 5,65 Mill. \$. Es wurden bewertet die Ausfuhr von Kohlen mit 30,546, Holz mit 4,515, Strom mit 0,088, Rheinfrachten mit 0,04, Hafengebühren mit 3,651, Eisenbahnfrachten mit 0,746, Transitfrachten mit 0,692, Schiffsreparaturen mit 1,806, Fernsprech- und Telegrammgebühren mit 0,06 Mill. \$. Am Spitz der Kundenländer steht Großbritannien mit rund 11,5 Mill. \$. Dann folgen Frankreich mit 6,7, Österreich mit 6,4, Holland mit 6,2, Luxemburg mit 5,2, Belgien mit 4,8, Dänemark mit 4,2, die USA mit 4,1, die Schweiz mit 3,3, Italien und Norwegen mit je 2,1, und Schweden mit 1,9 Mill. \$.

Im Februar führte die britische Zone 1 220 000 t Steinkohle und 140 000 t Braunkohle und Braunkohlenbriketts aus. Frankreich einschließlich Nordafrika erhielt rund 251 000 t, Österreich 248 000, Luxemburg 152 000, Italien 138 000 und Holland 125 000 t.

Am Ausguck: Keine Verschärfung der Lage

Die internationale Politik mit ihren Krisen und Gegenstößen kreuzt sich wieder einmal in Deutschland: Berlin, immer ein neuralgischer Punkt in den Beziehungen der vier Besatzungsmächte ist in den Mittelpunkt ihrer weltpolitischen Auseinandersetzungen gerückt. Was wollte Stalin? Wollte er mit den Kontrollmaßnahmen vor den Toren Berlins den westlichen Alliierten nur einen kleinen Vorgeschmack von dem kontrollratslosen Besammonleben in Deutschland geben, oder war Berlin nur eine Ablenkung von der fast eindeutigen Annahme des Marshall-Planes durch das Repräsentantenhaus? Wie weit waren die Westmächte entschlossen, sich gegenüber den russischen Kontrollmaßnahmen zu behaupten? Waren sie bereit, auch gegen diesen Druck Sowjetrücksichtslos mit der gleichen entschlossenen Abwehrbereitschaft zu reagieren, mit der sie einen weiteren russischen Druck auf ganz Europa stoppten?

Das alles waren Fragen, an denen mehr als das Schicksal Berlins, ja mehr als das Schicksal Deutschlands hing. „Es ist gut, daß wir unsere Zukunft nicht kennen“, sagte während des Krieges ein Kommentator im Rundfunk, „sonst wären wir alle längst verrückt!“ Diese Wahrheit hat für alle Länder und für alle Zeiten ihre Gültigkeit. Aber es gibt in der Geschichte Augenblicke, da sie eine ganz besondere Aktualität gewinnt. Solch ein Augenblick schien vor einer Woche angesichts der russischen Maßnahmen in Berlin für Europa eingetreten gewesen zu sein. Jeder bemühte sich, die Ereignisse zu erraten. Das europäische Stimmungsbild war erheblich gesunken. Man überschah dabei freilich, daß vieles, was sich in der Welt abspielt, nur Bluff und Tarnung ist. Heute ist auf Grund der Stellungnahme der USA die Entwicklungsphase bereits wieder soweit fortgeschritten, daß Gründe genügend dafür vorhanden sind, jenen

Pessimismus zu überwinden, in dem sich noch vor wenigen Tagen fast alle Interpreten der internationalen Lage einig gewesen sind. Im Augenblick ist allerdings noch nicht klar abzuschätzen, ob die auffallend höflich ausgesprochene Bereitschaft der russischen Militäradministration in Berlin zu Verhandlungen nur ein von der östlichen Ruhe bestimmtes, geduldsiges Zuwarten, und damit nur eine Gnadenfrist für Europa bedeutet, oder ob diese Bereitschaft zu Verhandlungen tatsächlich einem aufrichtigen Willen Stalins entsprach, mögliche Ursachen eines Weltunglücks wegzuräumen, zu räumen.

Halten wir uns darum an das Positive: Die Hilfe für Europa ist bewilligt und läuft an. In der Tristar-Frage scheint Rußland nicht gewillt zu sein, etwas zu unternehmen, und in den Londoner Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag hat der russische Vertreter ein neues, bemerkenswertes Zugeständnis gemacht. Wie weiter verläuft, werden sich die Außenminister der sechzehn Marshall-Plan-Staaten am 15. April wieder in Paris versammeln. In London ist man der Ansicht, daß die alliierten Militärregierungen der deutschen Westzonen ebenfalls aufgefordert werden, Vertreter zu entsenden. Über eine Hinziehung deutscher Sachverständiger sind bisher allerdings noch keine weiteren Einzelheiten bekanntgegeben worden. Vor der UNO haben sich die Vertreter der UdSSR und der Ukraine dem Beschluß nicht widersetzt, eine außerordentliche Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Behandlung der Palästina-Frage, bis spätestens 15. April einuberufen. Nach Verlautbarungen aus dem Weißen Haus besteht immer noch die Möglichkeit, daß nunmehr die sechzehn am Wiederaufbau Europas beteiligten Staaten in Paris über eine eventuelle Einbeziehung Spaniens zu entscheiden haben werden. In

Italien scheint mit dem Terrainverlust der Kommunisten eine etwas ruhigere Stimmung eingetreten zu sein. Es zeigte sich hier deutlich, welche weittragende Bedeutung der Vorschlag für eine Rückgabe des Freistaates Triest an Italien und die materielle Unterstützung des Landes durch Lieferungen aus den USA hatte. So sind in Italien im Verlaufe eines Monats nicht weniger als 100 Schiffe mit amerikanischem Getreide (jedes Schiff von etwa 10 000 t) eingetroffen. Im zurückliegenden Monat haben somit die Vereinten Staaten 90 % des gesamten italienischen Getreidebedarfes gedeckt. In den skandinavischen Ländern ist die allgemeine Nervosität einer defensiven Besonnenheit gewichen, wenn auch Finnlands Schicksal, durch ein glanzvolles Bankett im Kremel schon im voraus gefeiert, bald besiegelt sein dürfte.

Bei der Beurteilung der politischen Lage ist es bemerkenswert, feststellen zu können, daß nicht mehr starke Eigenwilligkeit kommandiert, sondern daß die Politiker wieder zusehends Herr der Ereignisse zu werden scheinen. Diese zurechtfindende Haltung stützt sich auch auf das Bewußtsein, daß es für den Westen noch nicht zu spät ist, den Gang der Dinge mit starker Hand zu beeinflussen und eine Abtrift ins Chaos zu verhindern. Wohl ist die Illusion eines Friedens der Zusammenarbeit zwischen Ost und West zunächst zerstört. Immer mehr zeichnet sich dafür aber die Möglichkeit eines Vernunftfriedens ab. Daß hierbei Amerika seine schließliche Hand über Europa zu halten bereit ist, dürfte von entscheidender Bedeutung gewesen sein.

Die Steigerung der Spannung in der politischen Weltlage hat den Problemen der Landesverteidigung der Vereinten Staaten eine neue Aktualität gegeben. Auch der amerikanische Präsidentenwahlkampf war gegen den Wellenschlag der europäischen Ereignisse nicht mehr absehbar.

Der Entschluß Trumans, der USA-Diplomatie ein starkes Rückgrat zu

geben, bildet auch die Voraussetzung für jene Meldungen, die zum Ausdruck bringen, daß man in Kongresskreisen mit einer baldigen Erweiterung der amerikanischen Hilfe für Westeuropa rechnet. So soll Truman den Kongreß demnächst um ein militärisches Leih- und Pachtabkommen zur Rückendeckung des Brüsseler Fünf-mächtepaktes ersuchen. In diesem Zusammenhang verdient auch die Erklärung des griechischen Außenministers Tsaldaris Beachtung, der nach mehrmaligen Besprechungen mit dem türkischen Außenminister die Notwendigkeit eines kollektiven Sicherheitspaktes der mittelöstlichen Staaten betonte.

Auf jeden Fall hat der Präsident der USA seine Sache auf Handels und nicht auf Warten gestellt. Dies kommt auch in dem zugehörigen Kreditbegehren von 3 Mrd. \$ für die amerikanische Landesverteidigung und in dem USA-Militärbudget zum Ausdruck, in welchem der Posten „Landesverteidigung“ mit dem enormen Betrag von 11 Mrd. \$ bedacht ist. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet, betragen heute die Kosten der amerikanischen Staatsverwaltung 270 \$ gegenüber 69,5 vor zehn Jahren. Vor Kriegsbeginn entfielen für den Staatsbürger 15 Cents für internationale Verpflichtungen, heute 48 \$. Für die nationale Verteidigung hatte der USA-Bürger vor dem Krieg 8 \$ beizutragen, heute wird er hierfür mit 75 \$ belastet.

Wie stark sich in den Vereinten Staaten die Anschauung durchgesetzt hat, daß der Marshall-Plan nicht das einzige Mittel zur Verteidigung Europas sein kann, hat sich damit deutlicher als bisher gezeigt. Übersehen wir dabei aber nicht, daß jeder großzügige Hilfsplan für Europa nur eine Übergangslösung bedeuten kann. Vor dem Kriege haben die osteuropäischen Staaten jährlich rund 8 Mill. t Weizen in die westeuropäischen Länder exportiert, 1946 kam kein Sack Getreide. Womit sollen die nunmehr notwendigen Lebensmittelimporte bezahlt werden? Das sind Fragen, vor die Westeuropa gestellt ist, und deren Beantwortung noch ansteht. rt.

Wir greifen auf: Seltsame Wege . . .

Seltsame, höchst seltsame Wege geben die Maßnahmen mancher Behörden, die seltsamsten aber findet man immer wieder bei den Preisfestsetzungsbehörden. Man stelle sich einen Mann aus der Wirtschaft vor, der für irgendeinen dringlichen Zweck ein Stück Messingblech benötigt. Glauben Sie, es würde ihm gelingen, über irgendein Wirtschaftsamt dies zu bekommen? Bemühte er sich aber in eines der vielen Kunstgewerbe-Geschäfte, so würde er dort sicher Messingblech, auch in der von ihm gewünschten Größe, allerdings vielleicht abgerundet oder an den Ecken in die Höhe gehoben und mit Hammerschlägen in die Form einer Schale oder eines Aschenbehälters gehämmert. Preis je nach Größe bis zu 180 RM oder darüber. Preis genehmigt Kunstgewerbe! Da kann man halt nichts machen! Höchstens kann sich unser Mann eine solche Schale kaufen, sie breit waschen, um sie dem gewünschten industriellen Zweck zuzuführen. Dies Verfahren wäre wohl etwas kostspielig. Quintessenz: In einer „Planwirtschaft“, von der man bei uns so gerne spricht, wäre es, da der Bedarf an Messingblech auch den Behörden nicht verborgen bleiben dürfte, sicher zweckentsprechender, das vorhandene Messingblech, wie man so schön sagt, zu „verfassen“ und für wichtigere Zwecke, als zur Herstellung von Aschenbehältern zu verwenden. Aber auf diese Weise bräde ein solches Stück Blech nur Pfennige, als kunstgewerblicher Artikel aber bringt dasselbe Material wesentlich höhere Markterträge.

Ähnlich wie in dem geschilderten Fall liegen die Dinge bei der Herstellung von Stahlsäulen, die zu preisgekauften Beträgen zwischen 50.— und 200.— RM aus angeblich „Abfallholz“ hergestellt werden. Holz, das sich ebenso gut zur Anfertigung z. B. von Stuhlbeinen eignen würde. Es ist also doch wohl auch hier einiges zu kritisieren an der Planwirtschaft und Preisregelung, weswegen sich kürzlich auch der Nordwestdeutsche Rundfunk in seinem „Wandernden Mikrofon“ für stärkere Einschaltung des freien Unternehmertums einsetzte. Wahrscheinlich würden von ihm — dem Unternehmer — vorhandene Materialien sicherer dringenden Bedarfsdeckungen zugeführt, als es heute, bei solchen Preisgenehmigungen, geschieht! hm

Luxussteuern — ein Luxus für den Staat

Die französische Regierung hat im Zuge der großen Preissenkung auch die Luxussteuer abgeschafft. In der amtlichen Begründung dieser Maßnahme wird erklärt, daß man sich von ihr eine Belebung des Touristenverkehrs verspricht, da künftig die Restaurants und die Geschäfte, die in erster Linie von Ausländern besucht werden, nunmehr billiger verkaufen könnten. Es ist also die allgemeine Devisennot, die zu dieser Maßnahme geführt hat.

Die Luxussteuern haben es überhaupt in sich, weil sich innerhalb dieses Komplexes die staatlichen Interessen gegeneinander bewegen. Einerseits soll der Staat, nach den noch geltenden Auffassungen, für einen gewissen sozialen Ausgleich sorgen, also sollte er Luxussteuern einführen; andererseits hat es sich oft gezeigt, daß Luxussteuern für die Staatseinnahmen nicht lukrativ sind. Wir kennen genug Fälle, bei denen Luxussteuern die entsprechenden Industrien in ihrem Absatz so behinderten, daß sie keine Reingewinne mehr erzielen. Dadurch entsteht für den Staat von Seiten der Einkommenbesteuerung ein größerer Ausfall als die Einnahmen aus der Luxussteuer ausmachen. Umgekehrt hat schon oft die Aufhebung einer Luxussteuer, wie z. B. die Beseitigung der Sektesteuer in Deutschland, der produzierenden Industrie einen solchen Aufschwung gegeben, daß die Einnahmen des Staates aus den Reingewinnen dieses Wirtschaftszweiges schon im ersten Jahr größer waren als die verlorene Luxussteuer. Es erweist sich also als günstiger, nicht nach dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit, sondern nach der Ertragsfähigkeit eine Steuer festzusetzen. Das gilt schon bei der Bestimmung darüber, ob eine Ware oder ein bestimmter Vorgang überhaupt und in welchem Ausmaß belastet werden soll. Wir kennen auch Fälle, in denen trotz hoher Zoll- und Steuerbelastung die Reingewinne dieser Industrien außerordentlich hoch bleiben. Die hervor- stechendsten Beispiele dieser Art sind Tabak und Bier. Brauereien und Zigarettenfabriken waren sowohl bei der indirekten als auch bei der direkten Steuerbelastung Träger hoher Einnahmen für den Staat.

Hier wirken sich wirtschaftliche Effekte aus, die noch nicht ganz erforscht sind, aber bisher für die praktische Wirtschaftspolitik die einzig durchschlagenden waren. Nun sind auch noch aus den Devisenschwierigkeiten neue Gesichtspunkte für die Steuerpolitik aufgetreten und werden wohl für die nächsten Jahre von großer Bedeutung bleiben, aber auch hier werden die verschiedenen Interessen des Staates stark divergieren. *

Kritik an Spanien

Die Diskussion um die Einbeziehung Spaniens in den Marshall-Plan läßt die internationale Presse sich wieder etwas

Französische Zone

In der französischen Zone wird der Tabakbau im Jahre 1948 wesentlich erhöht. Als Anbauflächen sind vorgesehen: Rheinland-Pfalz 2400 ha, Kreis Wittlich (Mosel) 100 ha, Südbaden 1600 ha. Man ist bestrebt, nur wirkliche Qualitätstabake zu pflanzen, um in Mischungen mit ausländischen Erzeugnissen geschmackvolle Sorten herzustellen.

Die Industrie- und Handelskammer in Lindau ist nunmehr zum internationalen Fernsprech- und Handelsverkehr zugelassen. Diese Zulassung erhielten auch einzelne größere und für den internationalen Handelsverkehr besonders wichtige Industriebetriebe im Kreisgebiet Lindau.

Im vergangenen Jahr mußten im Gebiet Rheinland-Pfalz zahlreiche Mühlen geschlossen werden. Der zuständige Fachverband hat geeignete Schritte unternommen, um ihre Wiedereröffnung zu erwirken.

Im Gebiet Rheinland-Pfalz sind rund 50 Mineralwasser-Betriebe mit eigenen Quellen ansässig, die Produktion und Versand wieder aufnehmen konnten. Es werden durchschnittlich 30 bis 40% der Vorkriegskapazität erreicht. Der Gesamtumsatz betrug im Jahre 1938 150 Millionen Flaschen, wovon 120 Millionen in das rheinisch-westfälische Industriegebiet verschickt wurden. Großabnehmer waren Schwerindustrie, Hütten und Zechen. Das Jahr 1947 brachte einen Umsatz von 50 Millionen Flaschen, von denen 30 Millionen in der französischen Zone verblieben. Der Versand wird durch Mangel an Flaschen und Verschlusmaterial erschwert. Den Anforderungen, die an die Mineralwasser-Industrie gestellt werden, können die Werke kaum gerecht werden. Die Tafelwasser- und Limonaden-Produktion ist in der französischen Zone stark zurückgegangen, da Zucker, Süßholz, Fruchtsäfte, Essenzen usw. nur

mit großer Schwierigkeit zu beschaffen sind.

In Gaststätten-Gewerbe sind im Gebiete von Rheinland-Pfalz zurzeit etwa 6000 Personen (einschließlich Inhaber und mithelfende Familienangehörige) tätig. Zahlreiche Betriebe sind noch geschlossen und stehen zurzeit anderen Zwecken zur Verfügung. Die Übernahmungsmöglichkeiten in den einzelnen Orten sind besser geworden. Zahlreiche Gemeinden, die sich vor dem Kriege auf Fremdenverkehr eingestellt haben, erwarten bereits in diesem Jahre eine wesentliche Besserung des Geschäfts.

Der Simon-Bräu in Bithurg (Eifel) stand 1947 Malz und Hopfen im Rahmen des zugeordneten Kontingents zur Verfügung. Die Beschaffung der gebräuchlichen Hilfsstoffe, wie Süßholz, Korke, Brauerpech usw., die zum größten Teil aus der Doppelsonne bezogen werden, machte Schwierigkeiten. Der stark beschädigte Betrieb wurde soweit wieder hergestellt, daß der Aufstoß in dem früheren Umfang aufgenommen werden kann. Da das Unternehmen eine ausgesprochene Versandbrauerei ist, die in der britischen und russischen Zone eine große Abnehmer-schaft besitzt, ist die Beschaffung von Flaschen und Fässern eine der größten Sorgen.

Die Caspari-Bräu Trier hat durch die Abtrennung des Saargebietes nahezu ein Viertel ihrer früheren Kundenschaft verloren. Der Betrieb, der erheblich vom Krieg heimgesucht wurde, ist soweit wieder intakt, daß er behelfsmäßig weitergeführt werden kann.

Die Sargfabrik Friedrich Thorn in Neuwied, die einen großen Teil von Rheinland-Pfalz mit Särgen beliefert, konnte die Produktion in der letzten Zeit wesentlich erhöhen. Einzelteile werden serienmäßig hergestellt. Die Särge werden aus antiseptischen Gründen in einfacher Ausstattung geliefert.

Englische Zone

Die Militär-Regierung der britischen Zone hat mit der Niederländischen Regierung ein Abkommen geschlossen, demzufolge Holland in der Zeit von April bis September d. J. monatlich 20 000 t Gemüse und je 1500 t Obst und Zwiebeln liefern wird. Die vereinbarte Lieferung entspricht etwa 14% des holländischen Gemüseexportes in den letzten Vorkriegsjahren.

Das Zonenamt des Reichsaufsichtsamts für das Versicherungswesen (britische Zone) hat im Einvernehmen mit den Aufsichtsbehörden der amerikanischen Zone gegenüber dem ihm unterstellten Lebensversicherungsunternehmen folgendes abgeordnet: Zum Ausgleich für das Kriegsjahr und die seitbedingten Zinsausfälle wird für Leistungen, die 1948 fällig werden, die Umlage auf 95% der Versicherungssumme, bei Kleinlebensversicherungen wahlweise auf 19 Monatsprämien festgesetzt.

Die Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz in Düsseldorf setzt sich für eine angemessene Berücksichtigung der Interessen der privaten Anteilgläubiger bei der zukünftigen Regelung der Besitzverhältnisse der I.G.-Farben-Aktien ein. Um eine Klärung der Ansprüche der Kleinaktionäre an der I.G. herbeizuführen, sollen in den nächsten Wochen Verhandlungen mit den dafür zuständigen Stellen der Militärregierungen aufgenommen werden.

Die Vereinigten Stahlwerke AG., Düsseldorf, haben das Mutungsrecht für ein ausgedehntes Eisenerzfeld bei Bückeberg erworben. Es umfaßt über 20 qkm.

Das Ende des vorigen Jahres aus dem Mannesmann-Konzern ausgegliedert Stahl- und Walzwerk Grossenbaum, dessen Betrieb nachteilweise von der neugegründeten „Stahl- und Walzwerke Grossenbaum AG.“ übernommen wurde, hat in diesen Tagen nach 14jähriger Pause sein Röhrenwalzwerk wieder in Betrieb genommen. Es ist vorgesehen, in Grossenbaum monatlich 11 000 t Rohstahl zu erzeugen

mit 2400 t nahtlose Röhren, 5400 t Breitflachstahl und 800 t Stützen gewalzt werden können. Im Jahre 1938 wurden 197 250 t Rohstahl, 91 650 t Breitflachstahl und 32 360 t Röhren produziert.

Das Werk Solingen der Mix & Genest AG. stellt zurzeit Telefon- und Notsignalanlagen für den Bergbau her, die schlagwettersicher sind, da durch besondere Maßnahmen Vorsorge getroffen ist, daß beim Betrieb elektrischer Anlagen auftretenden Funken

Ostzone

Wie das Zonenamt des Reichsaufsichtsamts für das Versicherungswesen (britische Zone) mitteilt, ist in der Mark Brandenburg ebenso ein Gesetz verabschiedet worden, laut welchem Bauparkassen im Bereich der Mark Brandenburg eine Tätigkeit nicht mehr ausüben dürfen. Die in der Mark Brandenburg befindlichen Vermögenwerte von Bauparkassen gehen nach dem Stand vom 29. Oktober 1946 auf die Landesversicherungsanstalt Mark Brandenburg über. Wie das Zonenamt weiter berichtet, sind im Lande Mecklenburg und im Landesverband Sachsen-Anhalt ähnliche Gesetze in Kraft getreten.

Die landeseigenen Werke Rüdersdorfer Kalk-, Zement- und Betonwerke, Rüdersdorf (Mark Brandenburg), die eine Belegschaft von 1500 Mann zählen, wollen durch Wiederübernahme des Ringofens ab 1. Mai die Brandkalkproduktion um 2500 t monatlich erhöhen. Auch die Zement-erzeugung soll wesentlich gesteigert werden, und die Belegschaft durch Neueinstellungen eine Erhöhung erfahren. Demnach wird der Maschinenpark erweitert. Beim Gußstahlwerk Ketschen-dorf sind für den Tiefbau Bergmannshämmer in Auftrag gegeben worden. Auch ein großer Dampfboilerlager mit 1,1 cm Löffelgröße ist angeschafft und wird in Kürze eingesetzt. Die Produktionssteigerung krankt an Maschinen-

3 Mill. kg Walle abgeliefert werden seien, obwohl doch bekanntlich ein Schaf durchschnittlich mindestens 1 kg Wolle pro Jahr gebe. Nebenbei wird auch behauptet, daß die Landwirtschaft in Spanien modernisiert werden müsse. Interessanter werden die Vorwürfe, wenn sie sich mit der Beteiligung ausländischen Kapitals in Spanien beschäftigen. Die Eisenbahnen befinden sich in einem sehr schlechten Zustand, weil die Zerstörungen des Bürgerkrieges noch lange nicht aufgeholt sind. Hier könnte also bereits das ausländische Kapital ansetzen. Dem steht entgegen, daß ein spanisches Gesetz ausländischem Kapital verbietet, sich zu mehr als

nicht die in den Gruben vorhandenen Schlagwetter entzünden können. Gegenwärtig werden etwa 60 Arbeitskräfte beschäftigt, deren Zahl in Kürze auf 200 erhöht werden soll.

Mit dem Sig in Braks wurde die Niedersächsische Optik G.m.b.H. gegründet, die die Herstellung von Brillengläsern und optischen Artikeln plant, womit die niedersächsische Optik-Industrie eine weitere Ausdehnung erfährt.

Die Hansa-Eisen Trippe & Co., G.m.b.H., Düsseldorf, hat vor einiger Zeit ihre Abteilung Schrott durch Bildung einer neuen Gesellschaft, die den Namen „Hansa-Rohstoffverwertung G.m.b.H.“ erhalten hat, ausgegliedert. Der Sig dieser Gesellschaft ist Duisburg-Ruhrort. Sie befaßt sich mit dem Großhandel und der Bearbeitung von Altschrott aller Art, dem Handel in Nichtstahlmetallen, Nugeisen und dem Abbruch und der Verwertung industrieller Anlagen. Die Einrichtung der Hansa-

Die bayer. Porzellanindustrie hat im Jahre 1947 insgesamt 50,4 Mill. Stück Gebrauchs- und Zierporzellan erzeugt. Davon wurden 12,8 Mill. Stück exportiert, 10,2 Mill. Stück für Exportzwecke gelagert und 4,8 Mill. Stück an die Besatzungsmacht geliefert. Der Rest von 22,6 Mill. Stück verblieb für den Zivilbedarf, aus denen 6 Mill. Stück vorweg für das Ruhr-Bergarbeiter-Programm abgedeckt wurden.

Die sudetendeutsche Musikinstrumenten-Industrie, die sich in Bayern angesiedelt hat, hat sich rasch ausgedehnt und ist heute in der Gegend von Neustadt a. d. Aisch, Erlangen, Kraiburg a. Inn, Garmisch-Partenkirchen (Wardenfelsland), Günzburg a. D., Ottobern (Schwaben) und Forchheim vertreten. Auf der ersten Tagung des neugegründeten „Landesverbandes der Musikinstrumenten-Industrie Bayern“ in Neustadt a. d. Aisch wurde bekanntgegeben, daß die anfänglich geplante zentrale Ansiedlung der nach Bayern ausgewiesenen, und im Wiederanflug begriffenen Schönbacher Streichinstrumenten-Industrie, und die ebenso bekannte Graziler Blasinstrumenten-Industrie, nicht zur Durchführung käme, was im Interesse der Leistungsfähigkeit dieser auch für den Export bedeutsamen Industrie sehr zu bedauern sei. Die Tagung stellte erneut die Forderung einer zentralisierten Ansiedlung dieser Industrie, weil sonst die Gefahr der Abwanderung unterschiedlicher Fachkräfte bestände.

Die Agfa-Filmfabrik, Wolfen, hat die Massenerzeugung der Perlonfaser für die südliche Textilindustrie aufgenommen. Die Perlonfaser, die in allen Farbtönen hergestellt werden kann, besitzt eine hohe Reißfestigkeit, ist weich und bügelfest und übersteht Temperaturen bis zu 200 Grad. In Wolfen werden außer den Photoartikeln Magnetophonbänder für den Rundfunk fabriziert, die größtenteils auf Reparationskonten nach Rußland geliefert werden. Es bestehen aber auch Exportverbindungen mit Schweden und Südosteuropa, die Abnehmer von Photomaterialien sind. Neben Kunstfasern fabriziert das Unternehmen auch Nähfäden und Schlagschweiß. Es sind Bestrebungen im Gange, die Kunstseiden-erzeugung in diesem Jahre wieder auf den Stand des Jahres 1938 zu bringen. Die synthetische Kunstlederproduktion wird ausgebaut. Die in Wolfen hergestellte Zellwolle wird zur Verarbeitung den Spinnereien in Thüringen und Sachsen zugeführt.

Die Gutscheine des Davison-Bonus „B“ können in Bayern bei folgenden Firmen eingereicht werden: Franz Kathreiners Nachf. AG., Kolonialwaren-Großhandlung, München; Fischer-Weppler, München; Großkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, Nürnberg; Valentin Angelmaier, Kolonialwaren-Großhandel, Neu-Ulm; Edeka-Zentrale, Würzburg.

Die VW hat ein Kohlenkontingent für Wollwäckeren bereitgestellt, welche für Betriebe arbeiten, die in anderen Zonen liegen. Daran hat sich beispielsweise für die Augsburger Kammgarnspinnerei, die für eigene Zwecke wächst und also hierfür keine Zuteilung erhält, die Situation ergeben, daß sie in Bremen waschen lassen mußte, um dem Erfolg, daß die eingeführte Wolle zuerst über Bremen nach Augsburg ging, dann zum Waschen zurück nach Bremen und von dort wieder nach Augsburg versandt wurde.

Die Produktion von Glühkathoden soll, wie die Landesstelle Eisen und Metalle, München, mitteilt, wegen des hohen Verschleißes an Heizspiralen eingestellt werden. Kohlenplan und auch Wehranmelder sollen in die Gruppe „Bestellrecht- und bezugsbefreite Erzeugnisse“ aufgenommen werden. Man will allgemein die Fertigung von Erzeugnissen, die den Vorschriften des Vereins der Eigenwarenhändler nicht entsprechen, verhindern.

Eisen G.m.b.H. für die Bearbeitung von Schrott und Gußbruch und die Anfertigung von Analysen, sowie die gesamten Lagerplätze mit Verladevorrichtungen, Transportanlagen und eigenen Schiffsliegeplätzen, wurden der neugegründeten Firma zur Verfügung gestellt. Mit der Ausgliederung verliert die Hansa-Eisen Trippe & Co., G.m.b.H., ihren Charakter als Schrotthandelsfirma. Sie hatte sich bereits früher auch als Eisenhandelsfirma betätigt, vor dem Kriege insbesondere im Handel in Grob- und Mittelblechen. Diese Tätigkeit als Eisenhandelsfirma ist in den vergangenen Jahren ausgebaut worden. Durch die Ausgliederung der Schrottabteilung ist die Anerkennung der Kleinhandels-gesellschaft als Direktverwahrer bei den Eisenwerken gegeben.

Die Emil Koester AG., Berlin, deren Kaufhäuser früher unter dem Namen DEFAKA bekannt waren und deren Verwaltung sich in Herford befindet, hat ihren Sig von Berlin nach Hamburg verlegt.

Amerikanische Zone

Staatssekretär Dr. Jaenicke teilte mit, daß das bayer. Staatssekretariat für das Flüchtlingswesen schon jetzt mehr als 1900 größere Flüchtlingsbetriebe betreue. Das bayer. Finanzministerium habe eine Kredithilfe von 25 Mill. RM. zur Verfügung gestellt. Bis jetzt seien 5681 Gewerbelizenzen erteilt worden. Hierbei verweise er auf den großen Mangel an Rohmaterial zur Herstellung von Wohnraum und Einrichtungsgegenständen.

Mit dem Projekt einer Siedlung im Landkreis Bad Aibling wird eine neue Art der Lösung der Flüchtlingsfrage in Bayern versucht. Das Projekt sieht eine Beteiligung der Siedler an forst- und landwirtschaftlichen Betrieben vor. Bei einer Beteiligung des in Frage kommenden Landes würde ein Waldgebiet in der Nähe von Bruckmühl bei Bad Aibling als geeignet in Aussicht genommen. Dieses umfaßt etwa 100 ha.

Der Flugverkehr auf der Strecke Frankfurt-München wurde am 4. April mit Flugzeugen der amerikanischen Flugverkehrsgesellschaft „Pan American Airways“ aufgenommen. Die Flugstrecke wird demnächst auch für Deutsche zugelassen.

In Abänderung einer im Jahre 1941 erlassenen Anordnung des Gesegtes über das Verfahren in Binnenschiffahrtssachen wurde zum Schiffsarbeitsgericht für den Main-Oberrhein bis zur bayerisch-bessischen Grenze das Amtsgericht Würzburg, und zum Schiffsarbeitsgericht das Oberlandesgericht Nürnberg bestellt.

Die Gutscheine des Davison-Bonus „B“ können in Bayern bei folgenden Firmen eingereicht werden: Franz Kathreiners Nachf. AG., Kolonialwaren-Großhandlung, München; Fischer-Weppler, München; Großkauf-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine, Nürnberg; Valentin Angelmaier, Kolonialwaren-Großhandel, Neu-Ulm; Edeka-Zentrale, Würzburg.

Die VW hat ein Kohlenkontingent für Wollwäckeren bereitgestellt, welche für Betriebe arbeiten, die in anderen Zonen liegen. Daran hat sich beispielsweise für die Augsburger Kammgarnspinnerei, die für eigene Zwecke wächst und also hierfür keine Zuteilung erhält, die Situation ergeben, daß sie in Bremen waschen lassen mußte, um dem Erfolg, daß die eingeführte Wolle zuerst über Bremen nach Augsburg ging, dann zum Waschen zurück nach Bremen und von dort wieder nach Augsburg versandt wurde.

Die Produktion von Glühkathoden soll, wie die Landesstelle Eisen und Metalle, München, mitteilt, wegen des hohen Verschleißes an Heizspiralen eingestellt werden. Kohlenplan und auch Wehranmelder sollen in die Gruppe „Bestellrecht- und bezugsbefreite Erzeugnisse“ aufgenommen werden. Man will allgemein die Fertigung von Erzeugnissen, die den Vorschriften des Vereins der Eigenwarenhändler nicht entsprechen, verhindern.

unschätzbare Dienste erwiesen hat, konnte infolge Verweigerung von Devisen ihre Dividendenzahlungen für mehrere Jahre nicht leisten; jetzt hat ein spanisches Gericht (in Reus) die Gesellschaft aus diesem Grunde für zahlungsunfähig und bankrott erklärt.

Nach all diesem ist es nicht verwunderlich, daß die Einbeziehung Spaniens in den Marshall-Plan in den letzten Tagen wieder in Zweifel gezogen wurde. Spanien wird gewisse Voraussetzungen erfüllen und Sicherheiten geben müssen, um dieser Gunst teilhaftig zu werden.

Kampf um die Textilmärkte

Schwindende Aussichten für deutsche Exporte

Der Export deutscher Textilfertigergebnisse hat auch in den ersten Monaten des Jahres 1948 keinerlei Symptome einer Wiederbelebung gezeigt. Betrug der Gesamtexport an Geweben im Jahre 1933 noch 227,5 Mill. RM, so war er im Jahre 1947 auf 87,5 dieser Summe gesunken (Gesamtexporte der Doppelzone 1947 232 Mill. Dollar).

Die durch die sogenannten OMGUS-Aufträge erhoffte Einschränkung der deutschen Textilindustrie in das Weltgeschäft hat sich als ein Fehlschlag erwiesen. Rund 28 Mill. Meter Baumwollwaren, die aus amerikanischen Rohstoffvorräten für den Nahost- und Afrikaexport in deutschen Fabriken gefertigt wurden, konnten nicht abgesetzt werden und wurden nacheinander der Bevölkerung der Doppelzone zur Verfügung gestellt. Die Kosten der dabei verwendeten Rohstoffe sollen vorerst gestundet und später aus Exporterlösen bezahlt werden. Wenn auch diese Textilien hoffentlich den ungeheuren Mangel der deutschen Bevölkerung wenigstens etwas lindern werden, so hat doch die Nichtverfügbarmkeit dieser umfangreichen Posten bei der an sich exportbereiten deutschen Textilindustrie ernsthafte Besorgnis ausgelöst. Die Abwicklung der OMGUS-Geschäfte verzögerte sich erheblich. Einmal dürften der unregelmäßige Rohstoffnachschub, sowie die verschiedenen Produktionsstopps zu diesen Verzögerungen beigetragen haben. Daneben war eine recht erhebliche Zahl von Textilbetrieben aus den verschiedensten Gründen nicht in der Lage, die angemeldeten und übernommenen Produktionsquoten zu erfüllen. Die betrieblichen Schwierigkeiten, der Mangel an Strom, Energie und Kohle und die zögernde Reparaturfähigkeit haben nicht zuletzt wesentlich dazu beigetragen, daß viele Betriebe nicht in der Lage waren, das auf Grund ihrer Kapazitätsmeldung disponierte Soll zu erreichen.

Nach Lage der Dinge allerdings ist nicht anzunehmen, daß bei früherer Fertigstellung der Posten die Abnahme gesichert gewesen sei. Die Mängel sind nach übereinstimmenden Berichten aus den Ländern, denen die USCG die Ware anbietet, in der Qualität begründet. Die vorgelegten Musterungen entsprechen in keiner Weise dem Geschmack der Abnehmerländer und sind selbst, nach dem Bericht eines belgischen Exporthauses, „im Konga nicht als modern abzusetzen“. Zumeist handelt es sich dabei um Druckmuster der Vorkriegszeit, die erheblich in Farbe und Motiv und auch in Bezug auf drucktechnische Qualität weit hinter den billigeren Angeboten aus Ägypten, England und Amerika liegen. Dabei muß den deutschen Ausstattungsanstalten der Mangel an Druckfarben, Druckhilfsmitteln und Äyfarben, sowie dem Färbermangel an

pharen Farbstoffen zugute gehalten werden. Auch im Griff und in der Appreturaufmachung ist diese Ware entschieden schlechter als die Konkurrenzmuster.

Hinzu kommt, daß die Doppelzone auf Grund der Dollarzahlungsklausel als Hartwährungsland gilt und bei vielen Ländern die Bereitschaft besteht, für Dollars nur erstklassige Ware abzunehmen.

Die Schwierigkeiten beim Absatz von Stapelwaren haben sich — nachdem auf dem Welttextilmarkt weitestgehend das regelnde Prinzip von Angebot und Nachfrage wiederhergestellt worden ist — beträchtlich erhöht. Die Textilindustrie aller europäischen Länder hat in den letzten Jahren ungeheure Fortschritte gemacht und dürfte infolge der besseren technischen Möglichkeiten und der bequemeren Art der Bezahlung dem deutschen Angebot wenig Chancen lassen. Daneben ist die Bedeutung der amerikanischen Textilindustrie für Europa erheblich gestiegen, während die südamerikanischen Länder durch Einfuhrverbote ihre eigene Textilindustrie schützen. Die Märkte in Asien und Afrika sind restlos von der amerikanischen Industrie übernommen worden, während in der Vorkriegszeit abnahmegünstige Länder in Südosteuropa die Einfuhr von Verbrauchsgütern erheblich zu Gunsten schwerindustrieller Investitionen einschränken. Auf dem asiatischen Markt tritt Japan bereits wieder als beachtlicher Konkurrent auf, dessen Baumwollindustrie durch amerikanische Rohstofflieferungen gestützt, die Preise euro-

päischer Exporteure erheblich unterbietet.

Bereits heute ist in verschiedenen europäischen Ländern eine Überproduktion an Textilwaren für den Export festzustellen, deren zögernder Absatz die Textilindustrie bereits ernsthaftes Schwierigkeiten bereitet. Der Absatz von Spezialartikeln wie z. B. Krawatten ist selbst bei den bekannten deutschen Qualitäten in Zukunft schwierig. Die Konkurrenz der französischen, amerikanischen und englischen Industrie dürfte auch hier die in der Materialqualität infolge Mangels hochwertiger Rohstoffe schlechteren deutschen Muster verdrängen. Daneben ist durch die mangelnde Möglichkeit der Orientierung nicht mit Sicherheit zu erwarten, daß die neu entwickelten Dessins und Musterungen dem Geschmack des Auslandes entsprechen. Selbst qualitativ hochwertige deutsche Textilwaren, wie z. B. die im Rahmen der Aktion „Reinseide“ gefertigten Naturseidenwaren, wurden, da wenig Neigung zur Abnahme bestand, in England freihändig durch den Board of Trade versteigert.

In Kreisen der deutschen Textilindustrie ist man nach dem Mißerfolg des OMGUS-Abkommens der Ansicht, daß die Bipartite Economic Control Group ihre grundsätzlichen Bedenken gegen Verordnungsfragen auf dem Textilsektor fallen läßt. Insbesondere, da die Angebote aus verschiedenen Ländern günstig sind und auch durch Zahlung der Veredelungsgewinne in Rohstoffen eine wesentliche Belebung des Inlandgeschäftes erwartet werden darf. E. K.

Die Arbeitsverwaltung in der französischen Zone

Das Badische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit in Freiburg/B. (Wilhelmstr. 20a, Tel. 2991/93) ist die vorgesehene Dienststelle für das Landesarbeitsamt mit gleicher Adresse; ihm unterstehen 7 Arbeitsämter im Land Südbaden.

Dem Arbeitsministerium des Landes Württemberg-Hohenzollern in Tübingen (Karlstr. 11/1, Tel. 2069) untersteht das Landesarbeitsamt Tübingen (Karlstr. 11, Tel. 2118) mit 8 angeschlossenen Arbeitsämtern in Südwürttemberg und in Hohenzollern.

Missionen und Konsulate in der französischen Zone

Bf. Baden-Baden. Nach stiner verfügbaren Zusammenstellung befinden sich in der französischen Zone gegenwärtig die nachstehenden diplomatischen Missionen, Konsulate und Handelsvertretungen fremder Länder. (Abkürzungen: G = Generalkonsulat, K = Konsulat, M = Mission, B = Baden-Baden.)

USA: G, B, Beuttenmüllerstr. 7; M, B, Ludwig-Wilhelm-Str. 15.

Großbritannien: G, B, Maria-Viktoria-Straße 12; M, B, Hans-Thoma-Str. 3.

Frankreich: K, B, Schillerstr. 19.

UdSSR: M, B, Fremersbergstr. 39.

Norwegen: M, B, Maria-Viktoria-Straße 39.

Niederlande: K, B, Kaiser-Wilhelm-Straße 3; M, B, Stufenbergstr. 16.

Belgien: K, Mainz-Gonsenheim; M, B, Kerkerstr. 4; Wirtschaftsmission, Freiburg/B., Schützenallee, Büro Nr. 68.

Schweiz: Amt für Schweizer Interessen, B, Scheibenstr. 18; K, Freiburg/B., Meezstr. 29.

Italien: M, B, Fremersbergstr. 7.

Schweden: K, B, Stresemannstr. 6.

Tschechoslowakei: M, B, Markgrafstraße 8; G, B, Lichtental, Hotel Fischkultur.

Polen: M, B, Maria-Viktoria-Str. 2.

Osterreich: Geschäftsstelle R, Steinstraße 5.

Jugoslawien: M, B, Falkenstr. 9.

... in der Doppelzone

Die amerikanische Militärregierung hat Belgien, die Niederlande, Italien, Österreich, der Tschechoslowakei und Ungarn jetzt die Genehmigung erteilt, die Errichtung von Konsulaten in Hamburg, Hannover und Düsseldorf genehmigt. In Lübeck, Braunschweig und Bochum wird Polen Konsularbüros errichten.

Deutsche Reedereien dürfen Auslandsverkehr aufnehmen

Hamburg. Nach einer Mitteilung der britisch-amerikanischen Besatzungsbehörden haben deutsche Reedereien die Genehmigung erhalten, den Verkehr ins Ausland in begrenztem Umfang wieder aufzunehmen. Nach diesen neuen Bestimmungen können die Reeder ihre Schiffe durch ausländische Agenturen, die sie selber erwählt haben, disponieren und befrachten lassen. Die Kontrolle liegt weiterhin bei den Besatzungsbehörden.

Das für die deutsche Schifffahrt freigegebene Seegebiet reicht von Brest über Großbritannien bis Skandinavien und Finnland.

Die Frachten sind beschränkt auf deutsche Import- und Exportwaren, und — um Fahrten in Ballast zu vermeiden — auf Transitleistungen an deutsche Häfen. Die Schiffe haben außerdem die Erlaubnis für direkten Verkehr auf nicht-deutschen Häfen, um Verspätungen umgehen zu können. In solchen Fällen gelten die Fracht-Sonderbestimmungen des betreffenden Landes.

Deutschlands Rheinschifffahrt

Der unter deutscher Flagge auf dem Rhein verkehrende Schiffsverkehr besitzt raummäßig etwa 40 % des Umfanges von 1941. Die beförderten Mengen betragen dagegen nur rund 20 % der früheren Frachten. Dabei ist vor allem festzustellen, daß der Stückgutverkehr, der ehemals auf dem Rhein eine große Rolle spielte, heute kaum ein Zehntel des früheren Umfanges ausmacht.

Der Einsatz des Lössraumes wird durch die Transportzentrale in Duisburg geregelt, so daß die Reedereien sich darauf beschränken können, ihren Schiffsverkehr betriebsfähig und einsparbereit zu halten. Der Auslandsverkehr erfolgt fast ausschließlich über deutsche Seehäfen, da die Benützung der holländischen und belgischen Rheinmündungshäfen Dollars erfordern würde. Aus dem gleichen Grunde fahren heute ausländische Schiffe noch mit eigener Schleppkraft, weil die deutsche auch in Dollars bezahlt werden müßte. Durch die JEIA-Anweisung Nr. 11 ist bisher zwar eine neue Regelung angebahnt worden, doch hat sich diese noch nicht auswirken können.

Die Kapazität der deutschen Rheinflotte ist nach der Statistik für das Jahr 1947 nur verhältnismäßig wenig angewachsen. Die Ursache dafür liegt im wesentlichen in der Tatsache, daß in den Jahren 1945 und 1946 vor allem die leichteren Schäden behoben wurden, so daß die jetzt noch ausstehenden Wiederherstellungsarbeiten fast ausschließlich schwere Schäden betreffen, die viel Material- und Arbeitsaufwand erfordern.

Die Neigung zur Abwanderung in andere Berufe hat bei dem Personal angehalten; dies trifft hauptsächlich für die Heizer zu. Solange die Rheinschifffahrt noch nicht auf vollen Touren laufen kann, wird es jedoch wegen Personalmangels nicht zur Stilllegung von Fahrzeugen kommen.

Die Frachten wurden mit Wirkung vom 1. September 1946 zunächst für ein Jahr auf 6 RM herabgesetzt. Ihre endgültige Höhe sollte von dem Ergebnis eines bereits vor längerer Zeit erstatteten Gutachtens über die Kostenlage der Rheinschifffahrt abhängig gemacht werden. Der Preiskommissar hatte jedoch von einer Entscheidung im Hinblick auf die der Schifffahrt im Jahre 1947 durch Eisstörungen und Kleinwasser entstandenen großen Verluste abgesehen.

Abschluß der Banken-Dezentralisierung

Mit der Verordnung der britischen Besatzungsbehörde, wonach bereits mit dem 1. April auch die Neuorganisation des privaten Bankwesens in der britischen Zone durchzuführen ist, wurde nacheinander die ganze Frage für die drei westlichen Zonen zum Abschluß gebracht. Die russische Besatzung ist hier andere Wege gegangen; sämtliche Privatbanken sind hier zur Untätigkeit verurteilt, die Kreditgeschäfte werden hier fast überwiegend von den Landesbanken ausgeführt. Im Zuge der Dezentralisierung ergibt sich nacheinander für die amerikanische, britische und französische Zone folgendes Bild:

- AMERIKANISCHE ZONE**
- Deutsche Bank. In Bayern: Bayerische Creditbank; in Hessen: Hessische Bank; in Württemberg-Baden: Südwest-Bank; in Bremen: Diskonto-Bank.
- Dresdener Bank. In Bayern: Bayerische Bank für Handel u. Industrie; in Hessen: Rhein-Main-Bank; in Württemberg-Baden: Allgemeine Bankgesellschaft; in Bremen: Bremer Bank.

Rheinflotte ist nach der Statistik für das Jahr 1947 nur verhältnismäßig wenig angewachsen. Die Ursache dafür liegt im wesentlichen in der Tatsache, daß in den Jahren 1945 und 1946 vor allem die leichteren Schäden behoben wurden, so daß die jetzt noch ausstehenden Wiederherstellungsarbeiten fast ausschließlich schwere Schäden betreffen, die viel Material- und Arbeitsaufwand erfordern.

Die Neigung zur Abwanderung in andere Berufe hat bei dem Personal angehalten; dies trifft hauptsächlich für die Heizer zu. Solange die Rheinschifffahrt noch nicht auf vollen Touren laufen kann, wird es jedoch wegen Personalmangels nicht zur Stilllegung von Fahrzeugen kommen.

Die Frachten wurden mit Wirkung vom 1. September 1946 zunächst für ein Jahr auf 6 RM herabgesetzt. Ihre endgültige Höhe sollte von dem Ergebnis eines bereits vor längerer Zeit erstatteten Gutachtens über die Kostenlage der Rheinschifffahrt abhängig gemacht werden. Der Preiskommissar hatte jedoch von einer Entscheidung im Hinblick auf die der Schifffahrt im Jahre 1947 durch Eisstörungen und Kleinwasser entstandenen großen Verluste abgesehen.

Commerzbank. In Bayern: Bayerische Diskontobank; in Hessen: Mitteldeutsche Kreditbank; in Württemberg-Baden: Bankverein für Württemberg-Baden; in Bremen: Bremer Handelsbank.

BRITISCHE ZONE

Nordrhein-Westfalen. Deutsche Bank; Rheinisch-Westfälische Bank; Dresdner Bank; Rhein-Ruhr-Bank; Commerzbank; Bankverein Westdeutschland.

Niedersachsen. Deutsche Bank; Nordwestbank; Dresdner Bank; Niederdeutsche Bankgesellschaft; Commerzbank; Merkur-Bank.

Hamburg. Deutsche Bank; Norddeutsche Bank; Dresdner Bank; Hamburger Kreditbank; Commerzbank; Hansa-Bank.

FRANZÖSISCHE ZONE

Deutsche Bank. Rheinland-Pfalz: Rheinische Creditbank; badischer Teil: Oberheinische Bank; württembergischer Teil: Württembergische Vereinsbank.

Dresdner Bank. Rheinland-Pfalz: Industrie- und Handelsbank; badischer Teil: Süddeutsche Creditanstalt; württembergischer Teil: Bankanstalt für Württemberg-Hohenzollern.

Commerzbank; Mittelrheinische Bank (dieses Institut ist in der französischen Zone nur in Mainz und Worms vertreten).

Tabak-Sortenlenkung in der Ostzone

Wie im Jahre 1947 sollen auch in diesem Jahre wieder in der Ostzone 1500 ha Fläche mit Tabak bepflanzt werden. Für das Jahr 1947 hatten über 100.000 Bauern und Siedler Tabak gepflanzt. Die vorgesehene Ablieferungsquote wurde zu etwa 98 % erfüllt. Die wichtigsten Tabakanbaugebiete der Ostzone sind Thüringen und der Oderbruch, da hier vornehmlich Qualitätstabak geerntet werden. Die Thüringer Tabakerzeuger-Genossenschaft zählt 15.000 gewerbliche Anbauer.

Im Jahr 1948 ist für den Tabakanbau in der Ostzone eine Sortenlenkung vorgesehen, und zwar will man für die Zigarettenfabrikation, die rund 60 % der Tabakernte verbraucht, Virginia-Tabaksorten anpflanzen. Für die Zigarettenindustrie sollen gute Deckblattsorten angebaut werden. In der Ostzone gibt es rund 30 Zigarettenfabriken. Das Zentrum der Zigarettenindustrie ist Dresden. Die Dresdener Zigarettenfabriken haben sich zur Sächsischen Tabakanbau GmbH zusammengeschlossen und mehrerer 100 ha Land mit Tabak bebaut. Die Unternehmen arbeiten vielfach im Auftrage der sowjetischen Besatzungsmacht und erhalten auch Krim- und Orienttabake, die für Exportzwecke nach Polen und den nordischen Ländern Verwendung finden.

Zigaretten werden in der Mark Brandenburg und in Nordhausen sowie Mühlhausen in Thüringen fabriziert. Die Zigarettenindustrie der Ostzone ist im Gegensatz zu der maschinell betriebenen Zigarettenbranche, größtenteils auf Handarbeit aufgebaut, und beschäftigt in mehreren 100 zumeist Kleinbetrieben etwa 18.000 Personen. Die in Nordhausen in Thüringen betriebene Kau- und Schnupftabakindustrie gibt etwa 3.000 Leuten Arbeit. Die Tabakfabriken der Ostzone zählen gegen 1.000 Beschäftigte. Die Demolie dieses Zweiges liegen in Berlin und Thüringen. Die namhaftesten Berliner Zigarettenunternehmen sind Garbaty und Josselt, die neben der zivilen Versorgung auch umfangreiche Aufträge für die russischen Besatzungstruppen zu erledigen haben. Sämtliche Rauchwarenbetriebe der Ostzone arbeiten mit stark gedrosselter Kapazität.

Wie im Jahre 1947 sollen auch in diesem Jahre wieder in der Ostzone 1500 ha Fläche mit Tabak bepflanzt werden. Für das Jahr 1947 hatten über 100.000 Bauern und Siedler Tabak gepflanzt. Die vorgesehene Ablieferungsquote wurde zu etwa 98 % erfüllt. Die wichtigsten Tabakanbaugebiete der Ostzone sind Thüringen und der Oderbruch, da hier vornehmlich Qualitätstabak geerntet werden. Die Thüringer Tabakerzeuger-Genossenschaft zählt 15.000 gewerbliche Anbauer.

Im Jahr 1948 ist für den Tabakanbau in der Ostzone eine Sortenlenkung vorgesehen, und zwar will man für die Zigarettenfabrikation, die rund 60 % der Tabakernte verbraucht, Virginia-Tabaksorten anpflanzen. Für die Zigarettenindustrie sollen gute Deckblattsorten angebaut werden. In der Ostzone gibt es rund 30 Zigarettenfabriken. Das Zentrum der Zigarettenindustrie ist Dresden. Die Dresdener Zigarettenfabriken haben sich zur Sächsischen Tabakanbau GmbH zusammengeschlossen und mehrerer 100 ha Land mit Tabak bebaut. Die Unternehmen arbeiten vielfach im Auftrage der sowjetischen Besatzungsmacht und erhalten auch Krim- und Orienttabake, die für Exportzwecke nach Polen und den nordischen Ländern Verwendung finden.

Zigaretten werden in der Mark Brandenburg und in Nordhausen sowie Mühlhausen in Thüringen fabriziert. Die Zigarettenindustrie der Ostzone ist im Gegensatz zu der maschinell betriebenen Zigarettenbranche, größtenteils auf Handarbeit aufgebaut, und beschäftigt in mehreren 100 zumeist Kleinbetrieben etwa 18.000 Personen. Die in Nordhausen in Thüringen betriebene Kau- und Schnupftabakindustrie gibt etwa 3.000 Leuten Arbeit. Die Tabakfabriken der Ostzone zählen gegen 1.000 Beschäftigte. Die Demolie dieses Zweiges liegen in Berlin und Thüringen. Die namhaftesten Berliner Zigarettenunternehmen sind Garbaty und Josselt, die neben der zivilen Versorgung auch umfangreiche Aufträge für die russischen Besatzungstruppen zu erledigen haben. Sämtliche Rauchwarenbetriebe der Ostzone arbeiten mit stark gedrosselter Kapazität.

... und in den Westzonen

In diesem Jahre sollen innerhalb der drei Westzonen insgesamt 11.100 ha mit Tabak angebaut werden. Die britische Zone hat an dieser Gesamtanbaufläche mit 1.800 ha den kleinsten Anteil. Auf Nordrhein-Westfalen und Weier-Ems entfallen dabei je 400 ha, auf Hannover und Schleswig-Holstein zirka je 350 ha, und auf Baden 300 ha. Einen größeren Anteil am Tabakanbau hat die französische Zone mit 4.100 ha. Innerhalb dieser Zone nimmt die Rheinpfalz mit 2.400 ha den ersten Platz ein, gefolgt von Südbaden mit 1.600 ha und Wittlich mit 100 ha. Etwa die Hälfte des Gesamtanbaus entfällt auf die amerikanische Zone. Von den insgesamt 5.200 ha übernimmt Nordbaden 4.200 ha, Bayern 600 ha, Hessen 250 ha und Württemberg 160 ha. Unter dem üblichen Vorbehalt (Bebauung der genannten Flächen, Witterungsverhältnisse) wird mit der Erbringung von rund 400.000 Ztr. Tabak gerechnet.

Westdeutsche Metallerzeugung läuft an

Vor einer Besserung der Versorgungslage

Bekanntlich ist der deutschen Aluminiumindustrie der Doppelzone vor einiger Zeit die Erlaubnis zur Produktionsaufnahme gegeben worden. Die in Westdeutschland vorhandenen Bauxitvorkäte werden auf etwa 300.000 t oder rund 50.000 t metallisches Al. geschätzt. Folgende Raffinerien werden im laufenden Jahr mit einem Teil ihrer Kapazität in Betrieb kommen:

Tätig	Jährliche Kapazität	Vorgeschlagene Erzeugung
Lüding	42.000 t	15.000 t
Erfurt (Oreovenbrück)	33.000 t	11.000 t
	10.000 t	7.000 t

Durch die Streichung des Werks Töging von der Demontageliste durch die amerikanische Militärregierung bleibt die volle Kapazität erhalten, die sich sonst durch die Ablieferung eines Teiles der elektrischen Ausrüstung auf etwa 30.000 t vermindert hätte.

Bis zum Ende des Jahres hofft man die Aluminiumerzeugung auf mehr als 1000 t im Monat zu bringen. Die Vorräte an Tonerde sind mit etwa 40.000 t sehr gering. Seit dem Spätherbst 1947 arbeitet die Tonerdeanlage des Martinwerkes in Berghem-Erf., und im laufenden Jahr werden die Anlagen der Veredelten Aluminiumwerke in Schwandorf und Lünen den Betrieb aufnehmen. Man rechnet mit einer Tonerdeerzeugung von etwa 22.000 t im laufenden Jahr.

Die Zinkindustrie kommt ebenfalls allmählich in Betrieb. Im Dezember des Vorjahres wurden rund 2000 t erzeugt, davon in den Hütten im Harz 800 t, in Stolberg 650 t und in Altenberg 700 t. Die Vorräte an Zinkkonzentraten nehmen in der letzten Zeit zu, während die Verhüttung vorläufig immer noch an einem Mangel von Facharbeitern und Kohle leidet. Allerdings erhalten die Bergleute zusätzlich Bedarfsmittel und Lebensmittel, was sich natürlich auf die Förderleistungen auswirkt. Die Bergbauhütte in Duisburg sollte im März schon die Erzeugung mit sechs Ofen aufnehmen und etwa 230 t im Monat gewinnen. Bei ausreichender Kohlenversorgung kann die Produktion leicht auf das Doppelte gebracht werden. Es ist vorgeschlagen worden, vorerst Zinkoxyd der Duisburger Kupferhütte auf Rohzink zu verarbeiten. Weiterhin sind noch kleinere Mengen Konzentrate und Aschen vorhanden, die

zur Aufbereitung zur Verfügung stehen. Wenn es gelingt, die durch Luftangriffe zerstörte Rüst- und Schwefelsäureanlage wieder aufzubauen, kann die Erzeugung auf etwa 800 t im Monat gebracht werden. Die Zinkhütte in Nordenham hat ebenfalls umfangreiche Reparaturarbeiten an der Rüst- und Schwefelsäureanlage vorzunehmen, ehe mit dem Abrieten von Eisen begonnen werden kann. Diese Reparaturen können kaum vor Ende des Jahres beendet sein. Man hofft aber, vorher schon abgerüstete Konzentrate zum Verhütten zu erhalten, so daß zu Beginn des neuen Jahres bereits mit einer Produktion von etwa 1500 t im Monat gerechnet werden kann.

Unter der Voraussetzung, daß genügend Arbeitskräfte und Kohle zur Verfügung stehen, rechnet man für das zweite Halbjahr 1948 mit folgender monatlicher Zinkproduktion: Harz 2500 t, Stolberg 1500 t, Altenberg 1300 t, Berzelius 700 t und Nordenham 650 t oder zusammen 6650 t. Das würde nach Angaben deutscher Verwaltungsstellen der Doppelzone ausreichen, den Bedarf zu decken, während gegenwärtig nur etwa ein Drittel des Bedarfs aus der eigenen Erzeugung befriedigt werden kann.

Die in Betrieb befindlichen Bleihütten liegen in Clausthal und Harlingerode im Harz, sowie in Stolberg und Altenberg. Die Produktion der Hütte in Altenberg ist sehr klein, und zusammen erreicht die Erzeugung gegenwärtig nur etwa 1800 t im Monat, während der Bedarf auf etwa 4000 t veranschlagt wird. Die Lage ist hier ähnlich wie beim Zink. Die Vorräte an Bleikonzentraten bei den Gruben und Hütten nehmen zu, während die Hütten Mangel an Arbeitskräften und Kohle haben.

Die Anzeichen einer allmählichen Belebung in der metallergzeugenden Industrie lassen jedenfalls erwarten, daß sich die Wirtschaft Westdeutschlands, die bisher u. a. auch durch einen akuten Metallmangel behindert war, für die Folge schneller erholen wird. H. B.

Die Vereinigten Aluminiumwerke AG., Töging, die eigene Aluminiumfabrik in Bayern, erhielt eine vorläufige Produktionsgenehmigung. Mit der Produktion wurde kurz vor Ostern in Gegenwart von Vertretern der Militär- und Staatsregierung begonnen.

Bestellschein

(Am Zeitungsschalter des Postamts vorlegen oder dem Briefträger mitgeben bzw. an den Verlag einsenden, wenn das zuständige Postamt die Bestellung nicht annehmen sollte).

Ich beantrage hiermit die Lieferung der „Wirtschaftsrevue“ ab 1. 4. 48

- Vierteljahr-Bezugspreis
- Ausg. D (Deutschspr. Hauptausgabe) RM. 13.-
- L'ECONOMIE CONTINENTALE RM. 3.90
- (Franzö. Kurzfassung)
- CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW RM. 3.90
- (Engl. Kurzfassung)

(Wichtigsteinstellen) Je Zusätzl. 36 Pfg. Postzusatzgebühr

Das Bezugsgehalt soll vierteljährlich durch die Post erhoben werden. — Nachlieferung ab Quartalsbeginn erwünscht.

Name: _____ (Ort) _____ (Branch)

_____ (Zone)

Wirtschaftsrevue-Verlag, Vertriebsabteilung, Konstanz
Hussenstraße 49

Spaniens Weg aus der Isolierung

Kreditbedarf und Wirtschaftsausbau

St. Der Beschluß des amerikanischen Repräsentantenhauses, Spanien in das europäische Wiederaufbauprogramm einzubeziehen, stieß auf die Ablehnung Trumans, Marshallis sowie weiterer politischer Kreise und wurde rückgängig gemacht. Auch Großbritannien blühte sich im Augenblick noch einer Einschaltung Spaniens in die Reihe der 16 europäischen Nationen widersetzen. Trotzdem kann wohl in absehbarer Zeit mit einer, im spanischen Sinne positiven Lösung dieser Frage gerechnet werden.

Nach Ansicht seiner eigenen Sachverständigen benötigt Spanien eine erhebliche Kredithilfe in Höhe von mindestens 650 Mill. Dollar, um seine Wirtschaft wirkungsvoll zu beleben und auszubauen. An einen derartigen Kredit werden die USA jedoch ganz bestimmte Bedingungen, und zwar weniger politischer als vielmehr wirtschaftspolitischer Art knüpfen. In erster Linie ist hier an die ausgesprochen wirtschaftshemmende Bürokratie der phalangistischen Syndikate zu denken, einem der schwächsten Punkte des Franco-Regimes, deren Abbau man in den USA für genau so wichtig hält wie eine Abwertung des Peseten im Verhältnis zum Dollar, der in letzter Zeit im amtlichen Touristenverkehr in Madrid mit 16,40, dagegen im Freiverkehr mit 40 Peseten notierte.

Indessen scheinen die bis vor Kurzem anhaltende Inflationsgefahr und das Anwachsen des Notenumlaufs einer gewissen Konsolidierung Platz gemacht zu haben. Kreditbeschränkungen und die finanzielle Belastung durch die Lebensmittelimporte aus Argentinien, sowie weitere Regierungsmaßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet blieben, ähnlich wie in Italien, nicht erfolglos, und führten zu einem Absinken der unkontrollierten und später sogar der Lebensmittelpreise. Importe und eine gute Olivenernte ließen sogar teilweise die Schwarzmarktpreise unter die offiziellen Notierungen absinken. Die spanische Regierung ist daher, abgesehen von ihren Erwartungen bezüglich der weltpolitischen Entwicklung, zunächst noch wenig geneigt, den oben angedeuteten amerikanischen Forderungen entgegenzukommen und bemüht sich inzwischen in den USA um einen 200 Millionen Dollar-Kredit; diesen Betrag will man vor allem zur Finanzierung der stark erneuerungsbedürftigen Textilindustrie verwenden, die sich in den letzten Jahren besonders der Produktion von Zellwolle und Kunstseide zugewendet hat. Um auf diesem Sektor das Exportgeschäft aufrechtzuerhalten, bzw. beleben zu können, sind nicht nur Einfuhren von Zelleose und Baumwolle, sondern auch der Kauf von Textilmaschinen aus England, der Schweiz, Frankreich und später möglicherweise auch aus Deutschland erforderlich.

Die bisherigen Ergebnisse auf dem Gebiet des Wirtschaftsaufbaus — hohe Investitionen in den Jahren seit 1939 führten bereits zu beachtlichen Gewinnen bei den Schiffahrtsgesellschaften, der Stahlherstellung und der chemischen Industrie — dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß zunächst eine stärkere Energieversorgung die unerlässliche Voraussetzung für eine Industrialisierung des Landes darstellt. Die seit Beendigung des Bürgerkriegs in ihrer Höhe nur wenig verminderte Kohlenförderung wies immerhin 1946 gegenüber 1929, dem Jahre der bisher größten wirtschaftlichen Leistungen Spaniens, eine Steigerung von über 50% auf.

Förderung in 1000 t	Ausfuhr in 1000 t
1929 7 547	5 595
1940 9 417	800
1942 10 418	672
1944 11 687	528
1946 11 950	350

Diese Förderung reicht jedoch bei weitem nicht aus, andererseits fehlt den Bergwerken das für eine Mehrförderung

notwendige Grubenholz und maschinelle Anlagen. Erschwerend kam in den letzten Jahren der Ausfall der Kohlenimporte Englands hinzu, dessen Lieferungen sich 1938 noch auf rund 1,2 Mill. £ belaufen hatten. Immerhin konnten in den asturischen Gruben doch gewisse Investitionen vorgenommen werden, die ein Anwachsen der eigenen Kohlenförderung erhoffen lassen.

Die Stromversorgung basiert weitgehend auf Wasserkraft, die 1942 etwa 90% der gesamten elektrischen Energie von rund 4 Mrd. kWh lieferte. Die Gesamtkapazität betrug

1935 etwa 1,5 Mill. kW
1943 etwa 4,8 Mill. kW
1946 etwa 5,3 Mill. kW

und soll laufend durch Ausbau von thermischen Kraftwerken in der Nähe der Gruben und von Wasserkraftwerken erhöht werden, um die Erzeugung in den nächsten Jahren auf 7 Mrd. und bis 1956 sogar bis auf rund 11 Mrd. kWh zu steigern. Die gesamten ausbaufähigen Wasserkräfte Spaniens sollen im übrigen eine Jahresarbeit von 27 Mrd. kWh ermöglichen, was für die künftige Planung einer westeuropäischen Verbundwirtschaft nicht ohne Interesse sein dürfte.

Den vorerwähnten Ausbauplänen kommt im Hinblick auf die der Bevölkerung versprochene Elektrifizierung des ganzen Landes, die Erweiterung des elektrischen Bahnnetzes (mit einer gleichzeitigen jährlichen Einsparung von etwa 1 Mill. t Kohle) sowie die bessere Energieversorgung der weiterverarbeitenden Industrie größte Bedeutung zu. Sie sind darüber hinaus für die

Eisen- und Stahlindustrie lebenswichtig, deren Entwicklung fühlbar unter dem bisherigen Kohlenmangel litt, und deren an sich schon niedrige Kapazität aus diesem Grunde nicht einmal voll ausgenutzt werden konnte.

Erzeugung in 1000 t	Kohle	Kohle
1929 748 936	1 003 459	
1940 579 386	694 870	
1942 535 298	601 306	
1944 550 830	495 269	
1946 490 000	630 000	

Die Stahlindustrie steht seit 1939 unter Staatsaufsicht. Daß ihre Leistungen heute erst wieder bei rund 60% der Produktion von 1929 liegen, wird neben dem Kohlenmangel auf das Fehlen gelernter Arbeitskräfte und eine nicht ausreichende Schrotterzeugung zurückgeführt. Auf der anderen Seite ist der allgemeine Inlandbedarf an Stahl so hoch, daß ein weiterer Ausbau der Hüttenindustrie, nicht zuletzt auch mit Rücksicht auf den Stahlbedarf des Schiffbaus, in Angriff genommen werden mußte.

Besonders ungünstig gestaltete sich die Eisenerzförderung, vor allem infolge der Transportchwierigkeiten während des letzten Krieges und der gegenwärtigen europäischen Wirtschaftslage.

Förderung in 1000 t	Ausfuhr in 1000 t
1929 6 547	5 595
1940 2 236	800
1942 1 606	672
1944 1 558	528
1946 2 300	350

Mit einer allmählichen Besserung durch Erhöhung der Ausfuhren, vor allem nach England, kann aber jetzt gerechnet werden.

Die Erzeugung von Quecksilber stieg nach dem Bürgerkrieg rasch wieder an und belief sich 1941 auf 85 000 Flaschen (zu 76 lbs.) gegenüber 40 000 im Jahre 1933, auch wurden 1947 bei Barcelona größere neue Vorkommen erschlossen; infolge der hohen Eigenverzehrung der USA sind jedoch die Exportansichten für die europäischen Erzeuger

— neben Spanien vor allem Italien und Jugoslawien — ausgesprochen ungünstig. Erwähnt seien schließlich noch auf dem Gebiet der spanischen Rohstoffgewinnung die in letzter Zeit neu erschlossenen Kupfer- und Bauxit-Lagerstätten.

Günstige Prognosen? Vorerst zeichnet sich die Wirtschaft Spaniens noch durch Mangel an Kapital und Investitionsgütern aus. Der Export ist ohne Frage zudem noch völlig unzureichend, und eine aktive Handelsbilanz wie beispielsweise gegenüber England, läßt sich gerade gegenüber den wichtigen Dollarländern nicht erzielen.

Imports aus England	Exports nach England
1938 4 155	5 676
1946 6 666	12 753
1947 6 457	15 112

Immerhin sind das im vorigen Jahr abgeschlossene Handelsabkommen mit Großbritannien, die stärkere Ausrichtung des Außenhandels auf Südamerika und vor allem Argentinien, die Wiedereröffnung der französisch-spanischen Grenze, und das zunehmende Interesse

gewisser Wirtschaftskreise der Vereinigten Staaten Vorgänge, die trotz aller inner-spanischen Schwierigkeiten — so auf dem Gebiet der Getreideinfuhr, der Rohstoffversorgung und des Transportwesens — positive Rückschlüsse zulassen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch das am 3. April zwischen Argentinien und Spanien abgeschlossene Handels- und Zahlungsabkommen, welches Spanien einen Kredit in Höhe von etwa 350 Mill. \$, entsprechend 1,75 Mrd. Pesos, einräumt. Eine engere Einbeziehung Spaniens in die westeuropäische Wirtschaft, und seine allmähliche Einschaltung in eine künftige europäische Arbeitsteilung, dürften im allseitigen Interesse liegen. Dafür, daß diese Erkenntnis sich mehr und mehr durchzusetzen beginnt, ist schließlich auch eine Äußerung des emigrierten spanischen Sozialisten und Ministerpräsidenten Negrin bezeichnend, der sich soeben in New York für die Einbeziehung seines Landes in das European Recovery Program ausgesprochen hat.

Die spanische Olivenernte wird durch die Transportkrisen ernstlich bedroht. Da es an Lastwagen fehlt, beginnen große Mengen von Oliven in der Provinz Jaen zu verfaulen. Andererseits klagen die Apfelsinenproduzenten in Valencia, daß sie für etwa 200 000 t Apfelsinen keinen Absatz im Ausland finden.

Belgiens Kohlenförderung steigt

Unterschiedliche Entwicklung in den einzelnen Revieren

Wir haben bereits in unserer Ausgabe Nr. 1 vom 14. 2. 1948 darauf hingewiesen, daß auch Belgiens Kohlenbergbau heute unrentabel ist und die Förderung trotz der günstigeren Lebensbedingungen und der größeren Zahl der angestellten Bergleute die Vorkriegshöhe bisher nicht erreichen konnte.

Belgien verfügt über fünf Kohlenreviere. Im südlichen Teil des Landes bestehen die drei Kohlengebiete Borinage, Mitte und Charleroi, im östlichen Teil das Becken von Lüttich und im Norden das Kampine-Gebiet. Bei einer Gesamtförderung von 24,22 Mill. t im Jahre 1947 gegenüber 29,84 Mill. t im Jahre 1939 hat sich die Produktion in den einzelnen Revieren in den letzten Jahren recht unterschiedlich entwickelt, was zum Teil mit den Abbaueverhältnissen zusammenhängt, die hohe Schuttkosten erfordern. Der Getreidepreis beträgt im Südrevier zwischen 800 und 900 hfr. je Tonne, dagegen in der Kampine nur 500 hfr. Bei einem Kohlenverkaufspreis von durchschnittlich 640 hfr. je Tonne arbeiteten verschiedene Zechen mit Verlusten, die im vergangenen Jahr an einer kritischen Entwicklung führten. Die Regierung mußte sich daher zu Beginn dieses Jahres entschließen, dem Kompensationsfonds des Bergbaus, der zum Teil von den Gewinnen der rentabel arbeitenden Zechen gespeist wird, größere Zuschüsse zu bewilligen, also Subventionen, die erst im Frühjahr 1947 abgefordert worden waren.

Das Kampine-Gebiet — die Zukunft des Kohlenbergbaus

Das Kohlenrevier in der Kampine steht heute mit der Förderung an der Spitze und hatte bereits im Jahre 1946 ungefähr den Vorkriegs-Produktionsstand erreicht. Die Förderung betrug hier 1939 7,24 Mill. t, 1946 7,21 Mill. und 1947 7,18 Mill. t. Im vergangenen Jahr trat durch den häufigen Wechsel der Arbeitskräfte, insbesondere durch das Ausscheiden der deutschen Gefangenen, ein gewisser Rückgang ein. Im Kampine-Gebiet ist der Anteil der ausländischen Arbeitskräfte wesentlich höher als in den anderen Kohlenrevieren, da das Revier sich erst in den letzten Jahren vor dem Krieg zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt hat und eine Ansiedlung von einheimischen Arbeitskräften in ausreichender Zahl bisher gescheitert ist. Die Kohlenvorkommen im Kampine-Gebiet wurden erst zu Beginn dieses Jahrhunderts entdeckt und werden auf 9 Mrd. t geschätzt. Das Kampine-Gebiet, dessen Kapazität auf 12 Mill. t veranschlagt wird, läßt jede Steigerungsmöglichkeit offen (1929 wurden nur 3 Mill. t gefördert).

Das Südrevier stand vor dem Krieg bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit in Förderung. Da sich die Vorkommen der Erschöpfung nähern und der Abbau schwierig ist, erfolgte hier kein weiterer Ausbau. In Borinage wurde 1947 eine Förderung von 4,01 Mill. t erreicht oder 88,8% des Standes von 1939 mit 4,55 Mill. t. Im Kohlenrevier Mitte betrug die Kohlenproduktion 1947 3,28 Mill. t oder 77,3% des Standes von 1939. Das Kohlenrevier von Charleroi erzielte mit 5,92 Mill. t erst 71,5% der Kohlenproduktion von 1939. Am stärksten in Rückstand blieb das Kohlengebiet von Lüttich mit 3,78 Mill. t oder 68,6% der Vorkriegsförderung. Einzelne Feldgebiete mit den wertvollsten Industrieabfällen stehen hier vor der Erschöpfung. Trotzdem werden die vorgenannten Kohlenreviere noch auf lange Jahre ertragsreich bleiben, wird doch der Kohlenvorrat bei vorsichtiger Schätzung auf 2 Mrd. t geschätzt. Die Zukunft des belgischen Kohlenbergbaus liegt jedoch im Kampine-Gebiet mit den über viermal größeren Vorkommen.

Auf der Grube Bois de la Dame bei Lüttich wurde kürzlich die erste Anlage zur unterirdischen Kohlenvergasung in Betrieb genommen. Nach dem von Ingenieur Demart entwickelten Verfahren wird in einem Kohlenflöz durch eine von Untertage aus betriebene Brandbombe ein künstlicher Grubenbrand hervorgerufen. Das vergasende Kohlenfeld ist an drei Seiten von Tunneln umgeben. Ein kleinerer Tunnel dient als Feuerungstunnel. Unter hohem Druck wird in einen der großen Tunnel Sauerstoff gepumpt, während aus dem zweiten Tunnel das durch die Verbrennung des Kohlenlagers entstehende Gas abgesaugt wird. Diese unterirdische Vergasung bedeutet eine 80 bis 90%ige Einsparung von Arbeitskräften, so daß sich die Kosten für die Gaszerzeugung um 75% vermindern. Für die unterirdische Vergasung kommen vor allem solche Kohlenflöze in Frage, deren Abbau sich infolge ihrer geringen Mächtigkeit nicht lohnt. Belgien verfügt über etwa 350 derartige Kohlenlager, die für viele Jahrzehnte beträchtliche Mengen Gas liefern können. Das aus dem Brandherd abgesaugte Gas ist für häusliche und industrielle Verwendungszwecke zu arm und wird daher nach Reinigung in Gasturbinen zur Gewinnung von elektrischer Kraft benutzt. (Bereits 1938 wurden in Rußland — Don-Becken — 60 Mill. cbm Gas unterirdisch gewonnen.) H. G.

Luxemburgs Eisenerzindustrie

Wieder Export nach der Ruhr

na. Luxemburg. Die Lage des luxemburgischen Erzbergbaus hat sich seit der Befreiung noch keineswegs gebessert. Luxemburgische Minette ging früher nach Belgien, der Ruhr, dem Saargebiet und sogar nach Frankreich. Die Kriegsverhältnisse hatten später eine weitere Steigerung der Förder- und Ausfuhrerlöse zur Folge.

Förderung in 1000 t	Ausfuhr in 1000 t
1941 6 830	4 554
1942 5 110	3 179
1943 5 283	3 082
1944 2 924	1 305
1945 1 654	—
1946 2 247	—
1947 1 994	—
Januar 1948 194	—
Februar 1948 186	—

Nach dem Krieg ging die Förderung sodann stark zurück, weil die alten Absatzgebiete, mit Ausnahme von Belgien, als Abnehmer ausfielen. Die Ausfuhr nach Belgien belief sich im Dezember 1947 auf 92 700 t und fiel im Januar bzw. Februar 1948 auf 76 323 bzw. 67 179 t. Bisher schien also Luxemburg dem verzerrten zu sein, sich mit dem gegenwärtigen niedrigen Produktions- und Exportniveau seines Erzbergbaus abzufinden, bis sich eines Tages die alten Absatzgebiete wieder öffnen würden.

Möglicherweise scheint diese Wendung bereits jetzt begonnen zu haben. Wie bereits in Nr. 13 der „Wirtschaftsrevue“ kurz gemeldet wurde, kam zwischen den luxemburgischen Grubenbesitzern, vertreten durch die Kohlen- und Eisenverkauftsgesellschaft SOGECO in Luxemburg einerseits und der britisch-amerikanischen Zone Deutschlands andererseits eine Vereinbarung zustande, wonach Luxemburg 1948 insgesamt 400 000 t Minette in das Ruhrgebiet liefern soll. Die Monatsmengen sollen zunächst 26 000 t betragen und gegebenenfalls bis auf 40 000 t erhöht werden. Es handelt sich vorwiegend um kalkige Minette mit einem Mindestgehalt von 25% Fe., deren Preis ein Grenzniveau von 3 Dollar (+ 15 Cente je Prozent Fe.) betragen soll. Bereits in der zweiten Märthälfte dürfte sich hiernach eine leichte Besserung im luxemburgischen Erzbergbau bemerkbar gemacht haben.



Goldemann
Juwelen
Kleinodien
Modellen

HAMBURG
COLONNADEN 13
RUF 3233 23 / 3233 28

Glühlampen
in Liebesgabenpaketen
aus der Schweiz

Können Ihre Verwandten u. Freunde in allen Ländern Ihnen zuzenden lassen. (Für Exportindustrie Verwendung von Export-Bonus möglich). Bestellung und Zahlung beim

Schweizer Liebesgabenhandl. E. W. Kunderl, Adlonstr. Zürich 183 (Schweiz) / Telefon Nr. 501 91 45 54

Senden Sie dieses Inserat Ihren Schweizer Freunden mit Angabe der Voltspannung, die Sie benötigen.

IMPORT EXPORT

Werkstofflieferungen
MASCHINEN
WERKZEUGE
Kraftfahrzeugzubehör
Kraftfahrzeugteile

ENGLER & CO.
OFFENBURG (Baden)
GROSSHANDLUNG
WASSERSTRASSE 4

EBEL

Einlieferungen zur Juni-Briefmarken-Auktion

bis 10. April erhalten Einzelne Briefmarken, große Sammlungen, besond. Oberpostamt. Auch Baracken! Geschäftsz. von 9-16 Uhr, Sonntag bis 13 Uhr. **ARNOLD EBEL** BERLIN-CHARL. 9, Oldenburg-Allee 19, U-Bahn Neukölln, 2-Bbl. Neorstraße, Telefon 97 54 34.

Aus Holz und Eisen

werden die verschiedenartigsten Gebrauchsgüter hergestellt, die dem Lebensbedarf dienen. Wir spenden Dauerverbündung mit leistungsstarken Lieferanten und übernehmen ganze Produktionsanlagen zur Fertigung.

OTTO HATJE Gross- und Außenhandel
GNBR München-Milbertshofen

Wand-, Fußboden- und Möbeleinlegeplatten

liefert



LAHN-WERK
Inhaber:
Helmut Gross, Heistenbach
bei Diez an der Lahn

Rekordgewinne in der USA-Industrie

Die Standard Oil Co. of Indiana meldet für 1947 einen bis dahin noch nie auch nur annähernd erreichten Gewinnrekord. Nach Abschreibungen von 29,4 (25,1) Mill. und Steuerabzügen von 43,7 (37,5) Mill. Dollar erreichte der Reingewinn 94,9 (67,6) Mill. Dollar oder 6,21 (4,43) Mill. Dollar pro Aktie. Der Bruttopertrag (Absatz) belief sich auf 896 (633) Mill. Dollar. Das den Raffinerien des Konzerns zur Raffinerie eingelieferte Rohöl betrug 135,1 (124,4) Mill. Barrels. Dieses Mehr ist also wesentlich geringer als die Zunahme des Reingewinns, 230 Mill. Dollar verzugsabte die Gesellschaft 1947 für neue Ölfelder, Raffinerien und Pipelines; der gleiche Betrag soll auch 1948 ausgegeben werden. — Auch die Standard Oil Co. of Ohio erreichte 1947 einen Rekordabsatz von 198,5 (160,6) Mill. Dollar; der Reingewinn stieg bei erhöhten Abschreibungen und Steuern auf 16,4 (10,3) Mill. Dollar, also 4,41 (3,43) Dollar pro Aktie.

Auch andere USA-Gesellschaften erzielten wesentlich erhöhte Reingewinne. Die United States Pipe and Foundry Co., ein Unternehmen der US-Schwerindustrie, erzielte nach 2,61 (0,7) Mill. Steuerabzügen einen fünffachen Reingewinn, nämlich 4,19 (0,84) Mill. Dollar, also 6,01 (1,2) Dol-

lar pro Aktie; der Jahresabsatz stieg auf 32,8 (18,9) Mill. Dollar.

Die Chapp and Dehne, Inc., ein Unternehmen der pharmazeutischen Industrie erhöhte seinen Absatz im Jahr 1947 auf 30,3 (26,6) Mill. Dollar; der Reingewinn stieg auf 3,29 (3,05) Mill. Dollar, oder 3,14 (2,83) Mill. Dollar pro Stammaktie.

Die Republic Steel Corp. meldet für 1947 noch 14,9 (11,6) Mill. Dollar Abschreibungen und 23,3 (9,0) Mill. Dollar Steuerabzügen einen Reingewinn von 31,9 (16) Mill. Dollar, oder 5,17 (2,53) Dollar pro Aktie. Trotz der zahlreichen Streiks erhöhte sich der Absatz auf 645,3 (412,8) Mill. Dollar; für Werkerweiterungen wurden fast 33 Mill. Dollar ausgegeben.

Die American Metal Co. erzielte 1947 einen Reingewinn von 5,1 (2,8) Mill. oder 3,84 (2,01) per Aktie.

Die American Viscose Corp. weist für 1947 nach 17,2 (8,5) Mill. Dollar Steuerabzügen einen Reingewinn von 18,5 (11,8) Mill. oder 3,47 (3,86) Dollar pro Aktie aus; der Absatz stellte sich auf 200,5 (138,8) Mill. Dollar. Die Rayon-Verkäufe erreichten mit 352 Mill. lbs. einen neuen Höchststand und wuchsen 35% der gesamten Rayon-Produktion der Vereinigten Staaten an.

Strickwaren und Trikotagen in der Sowjetunion

Erfolge mit einem neuartigen Kunstseidengewebe — Erweiterter Baumwollanbau

Die sowjetische Strickwaren- und Trikotagenindustrie untersteht dem Ministerium für Leichtindustrie. Chef der Hauptverwaltung der Trikotagenindustrie ist Iwan Schalow. — Die folgenden Ausführungen stützen sich auf Erklärungen des Ministers für Leichtindustrie und des Chefs der Hauptverwaltung der Trikotagenindustrie der UdSSR.

Frey vieler zerstörter Betriebe der Trikotagenindustrie in Witebsk, Kiew, Nikolajew, Odessa, Lwow, Tschernowitj, Kiowgrad und Leningrad darf der mit bedeutenden Mitteln vorgenommene Wiederaufbau der Industrie als vollständig angesehen werden. Die unbeschädigt erhalten gebliebenen Trikotagenfabriken wurden weitgehend modernisiert. Viele dieser Betriebe haben den Vorkriegsstand der Produktion bereits wieder erreicht. Eine der größten Trikotagenbetriebe der Union ist das schwer beschädigte Werk „Rote Fahne“ in Leningrad, das nach seinem völligen Wiederaufbau 1947 bereits wieder viele Millionen Paar Strümpfe, 2,85 Millionen Stück Trikotwäsche und 300 000 Stück Strickkleidungen produziert.

Für die moderne Bemusterung der Strickkleidung stehen den Betrieben Musterzeichner zur Verfügung. Im Ausland besteht auch Interesse an sowjetischen Trikotagen, da alle Wolltrikotagen aus reiner Wolle hergestellt sind und die halbwoollenen Fabrikate ebenfalls 55—60% reine Qualitätswolle enthalten. Die Erzeugnisse sind haltbar und schön bemustert. Die Produktion an Strickkleidung wurde 1947 um 50% gegenüber 1946 gesteigert, besonders auch in den zerstört gewordenen Betrieben. In Lettland und Litauen wurde an Strickkleidung fast das Doppelte des Jahres 1946 erreicht.

Besonders begehrt sind die kotonisierten Strümpfe aus dem Kunstseidenmaterial Kapton, Marke „Hauchdünn“, deren Qualität und Haltbarkeit Seidenstrümpfe erheblich überreffen und die nicht hinter den besten ausländischen Markenerzeugnissen zurückbleiben sollen. Ihre Haltbarkeit soll Seidenstrümpfe um das Acht- bis Zehnfache überreffen. Die Großproduktion wurde in den größten Kombinat in Moskau und Leningrad wie auch in den Trikotagenfabriken der Ukraine, Lettlands und Georgiens aufgenommen. Guter Nachfrage erfreuen sich besonders die Fabrikate des Moskauer Dershinikj-Kombinats, des Moskauer Werkes „Morgenröte“, zweier Betriebe in Krasnojarsk und Sagorsk bei Moskau und der Leningrader Fabrik „Rote Fahne“. Die im Jahre 1947 erlassenen Sonderverfügungen des Ministerrats der UdSSR zur Verbesserung der Qualität und Vergü-

berung der Sortimente von Garnen, Wirkwaren und Trikotagen haben sich positiv ausgewirkt und außer der Produktionsaufnahme der kotonisierten, hauchdünnen Kaptronstrümpfe ein größeres Sockensortiment wie auch hundert neue Modelle für Strickkleidung gebracht. In den großen Trikotagenkombinaten wurden neue Maschinen aufgestellt, auf denen Stoffe mit neuen interessanten Bindungen erzeugt werden. Die Trikotwäsche-Betriebe fertigen ganz neue Muster von Interlockwäsche. Die Produktion erhöhte sich im Jahr 1947 gegenüber dem Jahr 1946 an Strümpfen und Socken um 63%, an Strickkleidung um 50%, an Wäsche um 43%, an Handschuhen um 31%, wie auch die Produktion an Baumwollgeweben gegenüber 1945 um 56% und an Wollgewebe um 73% stieg.

Wesentlich zur Steigerung der Baumwollindustrie trugen die Erweiterung des Baumwollanbaus, sowie der Erhöhung der Hektarerträge bei, die in der UdSSR den höchsten Stand aller Baumwollgebiete der Erde erreichen sollen. Die Modernisierung der Baumwollkulturen, insbesondere durch großflächige Bewässerungsanlagen steigerten 1946 und 1947 die

Produktion an Rohbaumwolle um über 60%. Dabei übertraf die Ernte 1947 die von 1946 erheblich. In der Tadshikischen Republik betrug die Baumwollernte durchschnittlich 15,6 Zentner je ha, viele Kolchozen brachten es jedoch auf 30 bis 40 Zentner je ha. Besonders gut fiel ägyptische Baumwolle an, die nur in Tadshikistan in der UdSSR angebaut wird. Eine frühreifende Baumwollsorte wurde für die klimatischen Verhältnisse der Ukraine und des Kubans gesüchtet. Allein in den beiden Hauptanbaugebieten für Baumwolle wurden 1947 200 000 da. Baumwolle über den Plan hinaus geerntet. So ist die russische Textilindustrie völlig mit Rohstoffen eingedeckt und kann noch erhebliche Mengen exportieren.

Für 1950 soll die Steigerung gegenüber dem letzten Vorkriegsjahr 1940 in der Strumpfproduktion 31,5% und der Trikotwäsche 37% betragen. Nach Ansicht des Chefs der Hauptverwaltung der sowjetischen Trikotagenindustrie befriedigt die Nachfrage der Konsumenten in vollem Umfang, indes die Erzeugung von Strickwaren und Trikotagen weiterhin von Jahr zu Jahr gesteigert werden wird.

Welt-Goldproduktion 1947 gestiegen

Streit um den Goldpreis

London. Das Londoner Bankhaus Samuel Montagu hat in den letzten Tagen interessante Ziffern zur Goldproduktion der Welt im Jahre 1947 veröffentlicht, welche sie auf insgesamt 23,63 Mill. Unzen gegen 23,5 im Vorjahr schätzt. Im britischen Weltreich betrug die Produktion 16,83, also 71,2% der Weltproduktion, gegen 17,18600 Mill. Unzen (73,1%) im Vorjahr. Die in Südafrika zu Beginn des Jahres 1947 ausgebrochenen Streiks drückten den Anteil der südafrikanischen Produktion an der Weltproduktion auf 47,4% zusammen. Die Produktion in Südafrika ging von 11,927 auf 11,2 Mill. Unzen zurück, die Canadas stieg von 2,828 auf 3,05 Mill. Unzen. Die russische Goldproduktion wird unverändert mit 2 Mill. Unzen angegeben.

Der Bericht der Bank Montagu äußert sich nicht über die Auswirkungen dieser Produktionsentwicklung auf den gesamten Weltmarkt. Er beschränkt sich auf eine Darstellung der Entwicklung des britischen Marktes, bzw. des Marktes der Sterlingzone; dabei verzeichnet er die folgenden Einzelheiten:

Die Bank von England hat während des ganzen Berichtsjahrs den Goldpreis

von 17 sh 3 d aufrechterhalten, wobei die Goldausfuhr mit Ausnahme der Fälle besonderer Exportgenehmigung untersagt blieb. Dieses generelle Verbot hat zu gewissen Auseinandersetzungen zwischen der englischen Regierung und der Bank von England auf der einen und der internationalen Währungsfonds auf der anderen Seite geführt. Denn ein großer Teil der Geschäfte des internationalen Handels, und besonders des Goldhandels, ist durch Vermittlung des Londoner Marktes abgeschlossen worden, wobei insbesondere Verkäufe ausländischen Goldes für Rechnung von Ländern, die nicht der Sterlingzone angehören, gegen Dollarwährung eine Rolle spielen. Die Bank von England hatte zur Durchführung dieser Geschäfte, welche naturgemäß eine Ausweitung des Umsatzes des Londoner Marktes darstellen, besondere Genehmigung erteilt. Diese Genehmigung mußte jedoch im Juli 1947 auf Betreiben des internationalen Währungsfonds zurückgezogen werden, was zur Folge hatte, daß die in der Vermittlung dieser Geschäfte beteiligten englischen Firmen und Bankhäuser einen nicht unerheblichen Gewinnverlust verbuchen mußten.

Die tiefere Ursache dieser Diskussion zwischen der Bank von England und dem internationalen Währungsfonds beruhte auf der Differenz zwischen dem bei diesen Geschäften in Anrechnung kommenden Preis und dem amtlichen Goldpreis des amerikanischen Staates.

woll bei den meisten derartigen Geschäften die Preise um 15 bis 20% oberhalb des amtlichen amerikanischen Preises von 26 Dollar pro Unze in Ansatz gebracht wurden. Eine Fühlungnahme zwischen der Bank von England und den interessierten Londoner Kreisen hat ohne besondere gesetzliche Regelungen genügt, dem auf Grund des amerikanischen Drucks ausgesprochenen Wunsch des Währungsfonds Rechnung zu tragen. Was die Goldverkäufe aus den Reservebeständen der Sterlingzone betrifft, so erinnert der Bericht daran, daß ihr Gesamtumfang bis September 1947 nur etwa 500 Mill. Pfund erreicht hatte und in der Zeit vom 15. September bis Ende Dezember weiters 128 Mill. ausmachte.

Gold- und Devisenverluste

Stockholm. Die Schwedische Reichsbank hatte in den letzten Wochen weitere empfindliche Verluste an Währungsreserven. Ende März betrug die Goldvorräte 355,8 Mill. Kr. gegenüber 378,6 Mill. Ende Dezember 1947. Der Bestand an ausländischen Wertpapieren ist von 451,9 Mill. auf 380,6 Mill. abgesunken, die Guthaben bei ausländischen Banken von 58,4 Mill. auf 30,2 Mill. Die Schulden an ausländische Banken sind dagegen von 164,7 Mill. auf 188,8 Mill. Kr. gestiegen. In den ersten drei Monaten 1948 ist der Nettobetrag der Währungsreserve der Schwedischen Reichsbank somit um 145,4 Mill. Kr. oder 20,2% ihres Ausgangswertes gesunken.

London. Die Goldrealisierungen und Beanspruchung von Dollarkrediten Englands sind im März zum erstenmal gegenüber Februar; sie betragen im März 49,75 Mill. £. Die bestehenden Vereinbarungen mit Kanada über die Bezahlung englischer Importe (50% Kredit und 50% US-\$) sind soeben um 14 Tage verlängert worden. Hierin wird eine Bestätigung dafür erblickt, daß auch die beiden Regierungen mit der Verfügbarmachung der Marshall-Hilfe innerhalb dieser kurzen zusätzlichen Frist rednet.

Einnahme-Uberschuß des britischen Staatshaushaltes

London. Das abgeschlossene Etatjahr 1945 schließt mit einem Aktivüberschuß von 658 Mill. £ gegenüber einem vorjährigen Defizit von 569 Mill. £ ab. Der höchste bisherige Überschuß im Staatshaushalt betrug 231 Mill. £ im Jahr 1920/21. Die Gesamteinnahmen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 503,6 Mill. auf 3845 Mill. £, die Ausgaben lagen mit 3187 Mill. £ um 256 Mill. unter dem letzten Voranschlag.

Nach Meinung maßgebender Kreise handelt es sich jedoch um einen nur nominalen Aktivüberschuß, da er einerseits einige Einnahmen umfasst, die nicht aus dauernden Einnahmequellen stammen, während andererseits sehr große Ausgaben auf Kapitalkonto gebucht sind, wie z. B. die Auszahlung von Kriegsschäden, die in Wirklichkeit zu den laufenden Ausgaben gehören. In diesem Zusammenhang sprachen z. B. „Financial Times“ von einem realen Defizit von einigen Hundert Mill. £, „Times“ dagegen von einem Überschuß von vielleicht 100—200 Mill. £.

Der Wiederaufbau der Philippinen

Kredite der U.S.A. — Steigerung der Rohstoff-Ausfuhr

Die Philippinen umfassen die Inselgruppe des Malaischen Archipels Luzon, Mindanao, Samar, Panay, Palawan, Negros, Mindoro und andere, die lange Zeit im Mittelpunkt von Kämpfen im letzten Kriege gestanden und daher schwere Schäden erlitten haben. Auf einer Fläche von 236 235 qm leben rund 11,3 Millionen Menschen, die vornehmlich im Plantagenbau beschäftigt sind.

Rohrucker, Kokosnüsse, Manihaf, Kopr und Tabakwaren gehören zu den wichtigsten Ausfuhrartikeln der Philippinen, die für die Versorgung des Weltmarktes von Bedeutung sind. Durch die Kriegsschäden war es bisher noch nicht möglich, den Vorkriegsstand in der Erzeugung dieser Produkte wieder zu erreichen. Der Wiederaufbau macht jedoch dank der Unterstützung der USA gute Fortschritte, so daß in absehbarer Zeit die Rohstoff-Exporte wieder die frühere Höhe erreichen werden.

Im vergangenen Jahr erfolgte schon eine beträchtliche Steigerung des Außenhandels. Infolge großer Lieferungen aus den USA nahm die Einfuhr wert- und mengenmäßig gegenüber der Vorkriegszeit zu. Der Export hat die Vorkriegsmenge noch nicht erreicht. Die wertmäßige Steigerung ist auf die Preisrückführungen zurückzuführen. Die Einfuhr betrug 1947 rund 1000 Mill. Pesos gegen 592 Mill. Pesos im Jahre 1946 und 245 Mill. Pesos im Vorkriegsjahr 1939. Der Export erhöhte sich von 128 Mill. Pesos im Jahre 1946 auf 415 Mill. Pesos im Jahre 1947 gegenüber einer Ausfuhr im Werte von 316 Mill. Pesos im Jahre 1939. Durch den Rückstand in der Ausfuhr und den hohen Einfuhrbedarf verlief die Handelsbilanz in den Nachkriegsjahren passiv. Das Defizit konnte zwar durch umfangreiche amerikanische Kredite ohne Schwierigkeiten gedeckt werden, doch bemüht sich die philippinische Regierung, durch eine Steigerung des Exportes und eine Drosselung der Importe wieder wie vor dem Kriege zu einer aktiven Handelsbilanz zu kommen. Der Import von Luxusartikeln wurde stark eingeschränkt.

Von den USA erhielten die Philippinen 1945 und 1946 rund 1 Mrd. Pesos an Krediten und für die Jahre 1947 und 1948 weiters 2 Mrd. Pesos.

Die Zuckererzeugung, die vor dem Kriege fast die Hälfte der gesamten philippinischen Ausfuhr stellte, ist durch den Krieg stark in Mitleidenschaft gezogen worden. 1939/40 betrug die Zuckerproduktion 961 480 t, 1946 nur 68 482 t, während für 1947/48 mit einer Zuckererzeugung von 365 000 t gerechnet wird. Die Tabakerzeugung ist gleichfalls noch stark in Rückstand. Dagegen gelang es, die Kopr-Gewinnung wieder auf eine ansehnliche Höhe zu bringen. Im Jahre 1947 konnten fast 1 Mill. t verschifft werden gegenüber einer Ausfuhr von 0,6 Mill. t im Jahre 1946. Ende des vergangenen Jahres wurden durch verschiedene Taifune schwere Schäden angerichtet, wodurch die Kopr-Gewinnung beeinträchtigt wurde und die Ausfuhr in den ersten Monaten 1948 einen Rückgang aufwies. Der Export von Manila-Haf bewegt sich auf stark ansteigender Linie, so daß die Philippinen wieder wesentlich zur Versorgung des Weltmarktes mit Hartfasern beitragen.

Die Industriebetriebe haben sich bis jetzt am langsamsten von den Kriegsschäden erholt. Es handelt sich in der Hauptsache um Verarbeitungsbetriebe für Plantagenprodukte. Die Zucker- und Tabakindustrie sind erst wieder zu einem kleinen Teil in Betrieb. In allen wichtigen Verbrauchsgüter sind die Philippinen noch auf die Einfuhr angewiesen. Es ist daher ein gewisser Ausbau geplant, an dem sich maßgebliche ausländische Unternehmen beteiligen wollen. Eine amerikanische Gesellschaft plant die Errichtung einer Fabrik für die Produktion von elektrischen Artikeln. Von schwedischer Seite ist der Bau einer Papierfabrik und eines kleinen Hochofens vorgesehen. Durch die Unilever-Gruppe wird eine große Ölmühle errichtet, die der größte derartige Betrieb im Fernen Osten werden soll.

Zahlungsverkehr Frankreich - Schweiz

Mittelkurs für die Umrechnung, nicht mehr amtlicher Kurs

Am 1. April ist das am 30. März in Paris unterzeichnete Abkommen über den französisch-schweizerischen Zahlungsverkehr in Kraft getreten, das der letzten französischen Währungsreform Rechnung trägt.

Für den beiderseitigen Warenverkehr kommt seit der Umrechnung ein Mittelkurs in Frage, es wird nicht mehr der amtliche Kurs von 1 Schweizer Franken gleich 50 französischen Franken zugrunde gelegt, sondern der jeweilige freie Tageskurs, den die Bank von Frankreich veröffentlicht und der wahrscheinlich zwischen 80 bis 85 französische Franken je Schweizer Franken schwankt. Gewisse, für die französische Wirtschaft besonders wichtige Rohstoffe, Nahrungsmittel und Fertigfabrikate, können zu dem niedrigeren amtlichen Kurs von 15 französischen Franken in Frankreich eingeführt werden. Es handelt sich hierbei vor allem um Brotmehl, Samen und Ölfrüchte, tierische und pflanzliche Fette, Steinkohlenteer, Benzin, Stickstoffdünger und elektrische Energie. Der französische Exporteur, der Waren nach der Schweiz ausführen will, muß seit dem 1. April 50% des Rechnungsbetrages zum niedrigeren amtlichen Kurs an den französischen Stabilisierungsfond abführen, die restlichen 50% werden zum höheren freien Kurs abgerechnet. Von der Devisenentnahme kann er 10% für Nebenspesen behalten.

Nach Einführung der freien Nettoierung des Schweizer Franken an der Pariser Börse können alle in der Schweiz ansässigen Personen und Firmen sich bei einer französischen Devisenbank ein sogenanntes „freies Konto“ eröffnen lassen. Das Konto wird selbstverständlich in französischen Franken geführt, der Kontoinhaber kann über seine Guthaben insofern verfügen, als er sie nach der Schweiz überweisen lassen kann. Auch Übertragungen von einem freien Konto auf ein anderes ist ohne besondere Genehmigung möglich. Die Einzahlungen von in Frankreich domizilierten Firmen oder Privatpersonen auf ein derartiges Konto sind einer Devisenausfuhr gleichzusetzen und genehmigungspflichtig. Eine Erlaubnis des Devisenamtes ist auch erforderlich, wenn es sich um Überweisung von Subventionen, Studiengeldern, Patentgebühren, Zinsen von Frankreich nach der Schweiz handelt. Bei diesen Zahlungen wird jedoch seit dem 1. April nicht mehr der amtliche Kurs, sondern eben der Kurs des freien Schweizer Franken an der

Pariser Börse zugrunde gelegt. Im Reiseverkehr, ferner im Postcheck- und Bahnverkehr und endlich im bargeldlosen Zahlungsverkehr erfolgt die Umrechnung zum freien Kurs. Das bedeutet eine beträchtliche Verteuerung der Fahrkartenpreise für französische Fernreisende, die die Schweiz besuchen.

Die Schweiz hat jetzt auch die Rückführung von Guthaben französischer Staatsbürger gestattet. Die Umwandlung dieser Schweizer Frankenbeträge erfolgt ausschließlich zu dem Kurs wie der Schweiz. Franken an der Pariser Börse gehandelt wird. Dadurch erfährt der französische Kapitalbesitzer, der seine Schweizer Franken zurück erhält, zwar eine Besserstellung, er muß aber andererseits sich einen Abzug von 25% des Betrages gefallen lassen, den der französische Staat einzieht. Dieser Abzug ist eine Strafmaßnahme, weil das in der Schweiz angelegte Geld bisher dem französischen Staat verheimlicht worden ist. Immerhin hofft man, daß die Einräumung des höheren Umrechnungskurses zu einer Repatriierung beträchtlicher, bisher in der Schweiz angelegter Beträge nach Frankreich führen wird. Die Schweiz würde eine derartige Rückführung französischer Kapitalanlagen begrüßen, weil sich dadurch die Vorschüsse der schweizerischen Nationalbank an die Bank in Frankreich verringern würden.

Da seit dem 1. April 1948 der Zahlungsverkehr des Saargebietes an Frankreich angeschlossen ist, gelten die französisch-schweizerischen Vereinbarungen auch für das Saargebiet. Weiter haben die Vereinbarungen Gültigkeit in Korsika, Albanien, Tunesien, Französisch-Marokko und dem Fürstentum Monaco. Für den Warenverkehr mit den übrigen französischen Kolonien und Mandaten kommt vorläufig noch der vom französischen Währungsstabilisierungsfond festgesetzte amtliche Kurs zur Anwendung.

Paris. Eine weitere Bekanntmachung des französischen Devisenamtes deutet das im französisch-schweizerischen Wirtschaftsabkommen vereinbarte System des Mittelkurses für den gesamten Warenverkehr auch auf die französischen Handelsbeziehungen mit den USA und Portugal an, also die zwei einzigen Länder, deren Währung bisher bereits am freien Pariser Devisenmarkt gehandelt wurde.

Preissenkungen in Oesterreich

Auch der Schwarze Markt wird billiger — Lohnfragen bleiben

Von unserem österreichischen bö-Korrespondenten

In Österreich werden Preissenkungen dekretiert. Die Währungsreform vom Dezember 1947 (über die wir eingehend berichtet haben) hat eine Geldverknappung gebracht. Die Folge war, daß Unternehmen gehobene Waren auf den Markt bringen mußten, um Betriebsmittel zu gewinnen. Nun sieht man die Deflationspolitik fort — und wird sie gewiß noch eine Zeit fortsetzen. Dies entspricht schon der innenpolitischen Machtkonstellation, da man der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Moment etwas bieten will, und dies können nur Preissenkungen sein, da Lohnerhöhungen nur wieder die Inflation von vorn (auf höherem Niveau) beginnen ließen und damit den Sinn der ganzen Geldbeschöpfung hinfällig machten. Es ist nur wesentlich, daß man also nach den behördlichen Preisregeln gebildete Preise in einzelnen Bereichen für abbaufähig hält und dies nun anordnet. Es wird noch nicht der freie Marktmechanismus hergestellt, sondern neuerlich an manipulierten Preisen manipuliert.

Es bleibt weiter die Frage, wie weit die Praxis die behördlich genannten Senkungssätze durchführt! Es sind ja doch diktierte Korrektoren, und mit Mathematik (verfälscht durch Kompromiß) löst man den Wirrwarr der heutigen Preisrelationen nicht. Gewiß, der „Marktmechanismus“ ist auch nicht „gerecht“, auch seine Relationen können angefaßt werden, — aber er folgt einer wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeit, während die Preisdiktate mit allem Problematischen behaftet werden, das wir in Deutschland wie in Österreich zur Genüge kennengelernt haben.

Die ersten Preissenkungen waren für Edelmetall, Papier und Landmaschinen genannt worden. (Den Bauern soll ein guter Wille gezeigt werden, denn ihre offiziellen Preise decken keineswegs die Kosten; die „schwarzen Preise“ nebenher natürlich um so mehr.) Nun werden die Verordnungen der Textilindustrie um 9 % gesenkt. Hier erscheint uns noch wesentlich, daß UNRRA-Lieferungen auch die „Schwarzmarktpreise“ für Textilien sehr drücken, und mehr Bezugscheine ausgegeben und honoriert werden als früher; wir nehmen selbstverständlich jeden Preisdruck, der von der Angebotsseite her kommt, erstere als einen nur behördlich angesagten. Durch Senkung der Handelspreisen sollen die Verbraucherpreise für Textilien weiter herabgedrückt werden; im Großhandel geht es um eine Senkung der Spannen um 10 bis 30 %, im Kleinhandel um 10 %. Der Verbraucher dürfte um 5 bis 15 % billiger kaufen können.

Hohlglaszeugnisse sind um 5 bis 6,4 % billiger angesagt. Für Glasereizeugnisse nennt man Senkungen von 5 bis 15 %, für Betondecksteine um 7,5 %, für Schamottesteine um 5 %, für gewisse Zinkwaren für die graphische Industrie um 10 %. Weitere Senkungen werden angekündigt.

Die Lohnpolitik der Arbeitervertretungen hat einen schweren Stand; der Arbeiter hat die besseren Relationen zwischen Lohn und Preis von 1938 in Erinnerung, und man wird ihm schwer begreiflich machen, daß sie schon deshalb nicht sobald wiederhergestellt werden können, weil die Reallohnleistung gegenüber damals allzusehr zurückgeblieben ist.

Echte Preissenkungen aus dem Spiel von Angebot und Nachfrage sind auf dem Schwarzen Markt zu ver-

zeichnen; Brot ist frei zu 4 bis 5 S das kg zu haben, Butter das kg zu 80 S. Amerikanische Zigaretten (Chesterfield) stehen bei 16—20 S je 20 Stück — die teuren Sorten der offiziellen Tabakregie (Austria 1 kostet 60 Crochonen) sind auch frei zu haben, sind aber neben den besseren, stärkeren amerikanischen weniger gefragt. Es mehren sich auch die Stimmen für eine Freigabe des Schwarzen Marktes; wenn man ihm Risiko und Versandweg nähme, würde er wesentlich billiger liefern, dazu käme dann im offiziellen Handel dieser Umsatz auch zur Versteuerung. Nur das Minimum an lebenswichtigen Nahrungsmitteln müßte preisgestoppt bleiben für eine Übergangszeit. Die Gewerkschaften sind aber noch sehr dagegen, da sie bei einer solchen Freigabe um das Funktionieren der Minimalquote fürchten.

Deswegen ungeachtet machten sich Waren von selber aus der Bewirtschaftung freihändler, die Geld brauchen, verkaufen auch ohne Bezugschein, weil sie von Fabrikanten, die ebenso Geld brauchen, auch schon ohne Bezugschein kaufen können; so kommen gewisse Textilien (Kinderkonfektion usw.) von selbst in den Handel. Auch Obst und Gemüse

sind — vor allem in Westösterreich — zu haben; inoffizielle Einfuhren aus Italien, aber auch zugelassene Kompensationen speisen den Markt; es gibt z. B. in Salzburg reichlich schöne Äpfel zu Schilling 12— das kg, Zitronen zu 18— S, Orangen zu 19— S, Karfiol zu 8 3/50 (vor kurzem 8 50) usw. Zum Vergleich: Hilfsarbeiterstundenlohn 2,70 S, Gehalt einer Stenotypistin 400 bis 600 S im Monat.

Es ist, wie gesagt, für eine Zeit mit Deflation und weiteren Preissenkungen zu rechnen; ob man bei Erhöhung der beginnenden Arbeitslosigkeit deflationskonsequenz vermeiden wird, ist allerdings fraglich — wieder schon aus innenpolitischen Gründen. — Es fehlen auch in den Deflationskonzepten wesentliche Bausteine: die Sanierung des Budgets, das mit allzuviel Beamten belastet ist, und es fehlt der Glaube an Ruhe der Entwicklung; es müßte Frieden werden, der Produktionsstark wäre nicht so schlecht, und würde nach den Marshall-Lieferungen noch besser werden. Bis zu deren Eintreffen ist übrigens bekanntlich ein neuer Interimskredit für Österreich in Washington bewilligt worden.

Oesterreich und der Rheinverkehr

Wien. Die seit einigen Monaten auf-tretenden Bestrebungen, mittels österreichischer Transportmittel (Lastkraftwagen) einen direkten österreichischen Zugang zur internationalen Rheinschiffahrt bei Straßburg zu erzielen, sind von Erfolg gekrönt worden. Die französischen Besatzungsbehörden in Baden-Baden haben diesen Verkehr unter entgegenkommenden Bedingungen freigegeben. Die diesbezüglichen Verhandlungen wurden auf der einen Seite von der Société Générale de Navigation et d'Entrepôt „Le Rhin“, Straßburg, und auf der anderen Seite von der österreichischen Agentur Alexander Pohl, Innsbruck, geführt.

Diese neue Verkehrseinrichtung, welche gewissermaßen als ein verlängerter Arm der österreichischen Bundesbahnen aufgefaßt wird, soll noch in diesem Frühjahr in Betrieb gehen. Die sich daraus für Österreich ergebenden Vorteile in der Einsparung von Devisen und Waggons müssen besonders hervorgehoben werden, ebenso die Tatsache, daß dadurch eine zuverlässige Schnellverbindung zwischen Österreich und den Beneluxhäfen hergestellt wird.

Weiter ist zu erfahren, daß die französische Konzession zunächst nur bis zum 30. Juni 1948 erteilt worden ist, es ist jedoch wahrscheinlich, daß sie verlängert werden wird. Ein wesentlicher Gesichtspunkt für die Förderung dieses Verkehrs seitens der französischen Stellen wird die Voraussetzung sein, daß dieser Zubringer- bzw. Abholdienst in erster Linie der französischen Rheinschiffahrt zugute kommen soll, die bekanntlich unter anderem auch nach Antwerpen regelmäßige Eilverbindungen unterhält.

In diesem Zusammenhang sind Äußerungen von Interesse, die der Direktor der autonomen Verwaltung des Hafens von Straßburg, Chef-Ing. R. Graff, im Rahmen eines Vortrages in der österreichischen Verkehrswissenschaftlichen Gesellschaft zu diesem Gegenstand machte. Nach einer Besprechung des Projekts der Schiffarmachung des Rheins zwischen Bodensee und Basel und der Bedeutung dieser geplanten Wasserstraße für die Verbindung Österreich mit Straßburg, erklärte Direktor Graff: „Ohne die Verwirklichung dieses Projekts abzuwarten, kann Österreich

sich schon jetzt die am Rhein bestehenden Häfen und Einrichtungen zunutze machen. Ich glaube zu wissen, daß gemischte Transporte von der Nordsee nach Österreich, mit Umschlag im Hafen von Aschaffenburg, auf dem Main schon ausgeführt wurden. Für Westösterreich gäbe es einen kürzeren Weg, nämlich die Benützung des Rheins bis zum Hafen von Straßburg, mit Umschlag auf Lastkraftwagen oder Waggons ab Straßburg und Verwendung der direkten Eisenbahnstrecke via Offenburg nach Lindau-Bregenz, oder der großen Straße in derselben Richtung. Dieser Weg würde sich gewiß als vorteilhaft erweisen, infolge der Billigkeit der Rheintransporte, der außerordentlichen technischen Erleichterungen, die die Anlagen des Hafens von Straßburg bieten, und der Bescheidenheit seiner Tarife. Die Vertreter des österreichischen Handels können versichert sein, in Straßburg das Höchstmögliche an Verständnis und gutem Willen zu finden, und diese einfachen Handelsbeziehungen könnten nur zur Verstärkung der Freundschaftsbeziehungen zwischen den beiden Völkern beitragen.“

Inzwischen konstituierte sich in Bregenz ein Komitee zur Gründung eines österreichischen Rheinschiffahrtsverbandes. Unter dem Vorsitz von Altbundeskanzler Dr. Ender wurden entsprechende Sitzungen ausgearbeitet. Ähnlich wie der Rheinschiffahrtsverband in Konstanz soll auch der österreichische Verband Fragen der Schiffarmachung des Oberrheins und der Bodenseeregulierung verfolgen. Insbesondere will sich der neue Verband auch für die Errichtung eines Hafens für das österreichische Gebiet einsetzen.

Der vor dem Kriege durchgehende Schiffsverkehr Köln—London, der mit Kriegsausbruch eingestellt werden mußte, wurde Mitte März wieder aufgenommen. Das erste Schiff brachte aus London neben Stückgut vor allem Draht für die Felten & Guilleaume Carlswerk AG. in Köln zur Umarbeitung und lud als Rückfracht für England Autoreifen-Gewebe und Chemikalien. Der vor dem Kriege von der London-Cologne-Steamship-Company betriebene Dienst liegt heute in den Händen der General-Steam-Navigation-Company, deren Interessen in Köln von der Allgemeinen Speditionsgesellschaft wahrgenommen werden. Für den Dienst auf der Strecke Köln—London stehen der englischen Reederei die beiden Dampfer Westcoast und Ringdove zur Verfügung. Beide Schiffe, deren Tragfähigkeit bei etwa 1200 t liegt, werden in Abständen von je einer Woche von London aus in See gehen, wobei sie sowohl auf der Hin- wie auf der Rückfahrt auch Duisburg und Düsseldorf anlaufen.

Weltmeinung

Marshall-Plan und Westeuropa-Union

Newsweek

Welche Ziele verfolgen die Sowjets mit ihrer Forderung auf Reparationen aus Deutschland? Diese Frage beantwortet die „Newsweek“ wie folgt:

„Hohe diplomatische Kreise in Washington glauben, daß die sowjetischen Forderungen nach hohen Reparationen in erster Linie politischen und nicht wirtschaftlichen Überlegungen entspringen. Es ist klar, daß die Sowjetunion hohe Reparationen als wirtschaftliche Kompensation benötigt, und Moskau glaubt, dazu berechtigt zu sein. Aber darüber hinaus beabsichtigt der Kream, seine politische Macht, die er nun über Ostdeutschland ausübt, wo er die Industrie in Kombinate organisierte, zu festigen. Somit hofft Moskau, auch in Westdeutschland an politischen Einfluß zu gewinnen. Beiden Zwecken würde durch schwere Reparationen aus der laufenden deutschen Produktion gedient sein. Diese Reparationen würden nur durch eine fortgesetzte sowjetische Kontrolle der ostdeutschen Kombinate und durch ein Mitbestimmungsrecht der Sowjets in der Industriekontrolle Westdeutschlands gewährleistet sein. Dies würde sowohl den politischen wie den wirtschaftlichen Einfluß der Sowjets auf ganz Deutschland ausdehnen.“

The Spectator

Englands Außenminister Bevin hat sich schon verschiedentlich über das Schicksal Europas geäußert, zuletzt am Dienstag in der sehr wichtigen Rede im Unterhaus. Einen interessanten Kommentar zu diesen Äußerungen finden wir im „Spectator“:

„Mr. Bevin betonte kürzlich, daß das Schicksal Europas und der Welt durch unsere Arbeit in den nächsten Monaten entschieden würde. Dies ist offensichtlich wahr, obwohl es nicht die ganze Wahrheit ist. Durch seine eigenen Anstrengungen kann Europa nicht gerettet werden. Das Schicksal Europas und der Welt wird durch Europa nicht ohne die unerlässliche Unterstützung und Zusammenarbeit durch die USA entschieden werden können. Während das Europa-Hilfsprogramm vom Senat und Repräsentantenhaus diskutiert wird, muß Europa versuchen, seine eigenen Angelegenheiten nach Möglichkeit in Ordnung

zu bringen. Paris und Brüssel haben geneigt, daß es hierzu nicht an der nötigen Einsicht fehlt. Die portugiesische Delegation machte den Vorschlag, Spanien zur Teilnahme an der europäischen Zusammenarbeit aufzufordern. Je größer das Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Westeuropa ist, um so wirkungsvoller und fruchtbarer die Zusammenarbeit. Nach Westdeutschland würde Spanien das 18. Mitglied der europäischen Gemeinschaft im Rahmen des Marshallplanes sein. Die Teilnahme Westdeutschlands würde durch ein Übereinkommen zwischen der angloamerikanischen und der französischen Zone noch erleichtert werden. Wenn die Vertretung der Westzonen auch durch die Besatzungsmacht zu geschehen hätte, so müßten doch verantwortliche Deutsche weitgehend zu den Verhandlungen hinzugezogen werden.“

The New York Times Overseas Weekly

Die westeuropäische Union ist eine Tatsache geworden. Die Unterzeichnung der Abkommen zwischen Benelux, Frankreich und England, sowie die italienisch-französische Zollunion sind schon mehr als ein Anfang. Europa tut was es kann, aber ohne Hilfe der USA wird es nicht gehen. Das ist auch die Ansicht der US-Wochenschrift:

„Die Hoffnung auf eine wirtschaftliche Gesundung Westeuropas stützt sich auf die Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft und ihre Beziehung zu anderen Ländern zu verbessern. Die anderen Länder haben in diesem Zusammenhang ernste Bedenken für eine Zusammenarbeit. Ihre Wirtschaften konkurrieren untereinander, und dies ist auch der Grund der langen Versögerung des Zustandekommens der Benelux-Zollunion. Nur unter dem Druck der Politik des Ostens ist ein Übereinkommen erreicht worden. Die westeuropäischen Länder müssen die Hilfe der USA in Anspruch nehmen, um ihr Defizit zu decken. Hier sehen die politischen Überlegungen ein. Der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaftskraft ist eines der schwierigsten Probleme. Jedes System, das einer Neubelebung der Nazi-Drohung entgegenkommen würde, müßte von den Franzosen abgelehnt werden. So bleibt nur die Schaf-

fung eines deutschen Industrieprogramms unter alliierter Kontrolle, die sich auf einen Kredit stützt, der nur von den USA zur Verfügung gestellt werden kann.“

The Economist

Die koloniale Arbeitgemeinschaft Europas in Hinsicht auf Afrika ist seit langem Gegenstand des politischen und wirtschaftlichen Interesses (siehe auch unseren Artikel über „Eurafrika“ in der Nr. 10). Dazu schreibt das englische Wirtschaftsblatt:

„Vor dem Kriege lebten die Kolonialmächte in Afrika etwa so, wie die einzelnen Parteien in einem großen Mietshaus. Lebensmittelmangel und die alarmierenden Zeichen der Zeit ließen die Nachbarn enger zusammenrücken. In den letzten Monaten haben Engländer, Franzosen, Belgier und Portugiesen zahlreiche, gemeinsame Probleme erörtert. Ernährung, Fortwirtschaft, Bodenkonservierung, Maßnahmen gegen die Tsetsefliege und Verwaltungsprobleme, waren Gegenstand von Beratungen in Paris, London, Brüssel und in Afrika selbst. Weniger formale Beziehungen zwischen den Kolonialnachbarn wurden angebahnt. Es ist zwar noch ein weiter Weg von diesen Beratungen bis zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit in den Kolonien, wie sie der Marshallplan und Mr. Bevin's „Weltliche Union“ vorsehen. Es ist zweifelhaft, ob eine Regierung jetzt schon dazu in der Lage ist, einen Überblick über Rohmaterial und Lebensmittel zu geben, die in der Durchführung langfristiger Pläne produziert werden könnten. Es ist klar, daß sich alle diese Vorhaben nicht so schnell auswirken werden.“

Es ist sowohl für die Engländer als auch für die Franzosen fraglich, ob sie hinsichtlich ihrer Finanzverhältnisse und Produktionskapazität in der Lage sind, die ihnen zugedachte Pionierrolle durchzuführen. Die Kapitalien, die für Afrika benötigt werden, kann man nicht ohne amerikanische Hilfe beschaffen. Die Verkehrsverhältnisse müssen verbessert werden. Die einheimischen Arbeitskräfte sind ungelert und von ungewisser Qualität. Auch die Auswirkungen der großen Pläne auf die Eingeborenen müssen berücksichtigt werden. Die ersten Proteste politischer Gruppen in Afrika wurden bereits in London erhoben.“



CHINOSOL

Dieses Zeichen fragen seit mehr als 30 Jahren unsere wissenschaftlich erprobten und preislich bewährten Erzeugnisse. Die „3 Eulen-Mark“ verbürgt Güte und Entwicklung.

CHINOSOL-FABRIK A. O. HAMBURG

Zur Verwendung der Wehrmachtsröhren P 700, P 800, P 2000, P 4000 für den Radiobastler.

Spezialarbeiten der



„Drei-Sparren“-Schaltungen sowie weitere Bastel-schaltungen und Bauanleitungen.

Allgemeine Rundfunk-Technik o. m. b. H. Bielefeld - Bahnhofstr. 2

Keine wirtschaftliche Not bei Krankheit

Unser Tarif K bietet bei Krankenhausbekämpfung



„tägliches Krankengeld“ und weitere Vorteile gegenüber einem Monatsbeitrag von 2,20 M.

Neue Welt

Bersicherungen Hamburg 16, Karl-Marx-Platz, ehemals Deutscher Ring



„ein Begriff“

Orient-Teppich-Versteigerung in Bonn/Rhein

Dienstag, den 13. April 1948, 11 Uhr, im Hansa-Ed. Bonn, Lahnstraße 75, im freiwilligen Auftrag für div. Orden, meistbietend gegen Barzahlung

Über 100 Teppiche, Vorhänge und Galerien in allen Größen bis zu 4,30 x 6,00 m. (Katalog auf Anforderung). Bezahlung am 13. April 1948, ab 8 Uhr, im Versteigerungssaal.

C. Klippert, Auktionator und Taxator, Bonn, Wiesbadenerstraße 35, Fernsprecher 6948. Hotelunterkunft nur bei rechtzeitigem Anmeldung gewährleistet!

Suche ... für meinen ausgezeichneten Kundenkreis Briefmarkensammlungen zu kaufen. Besonders Klassische Marken, Jubiläums- und Wohlhabenssätze, Zeppelin-Ausgaben aller Welt, USA, in bester Erhalt.



H. J. HOLLER
Fachgeschäft f. Briefmarken
WIESBADEN, Michelberg 4

Das Zeichen unserer Organisation



Esso-Freunde gut betreut



auch Du!

Vom Agrar- zum Industrieboom in den USA

Agrarpreispolitik und Rohstoffmärkte im 1. Quartal 1948

Die internationalen Nahrungsmittel- und Rohstoffmärkte wiesen im ersten Vierteljahr 1948 infolge des Anfang Februar erfolgten Preisrückgangs an den Agrarmärkten der USA erstmals eine schwächere Haltung auf. Moodys Index der Preise von Stapelwaren in den USA (Dezember 1931 = 100) zeigte in der Zeit von Ende Dezember 1947 bis Ende März einen Rückgang von 456 auf 404 oder um 11%. Die Abschwächungstendenz war besonders ausgeprägt in der Getreidegruppe, wo Weizen und Mais Verluste von 10-20% infolge der sich bessernden Weltversorgungslage hinnehmen mußten. Größere Preissenkungen verzeichneten ferner Schmalz, Baumwolltextilien, Häute und Felle, Kautschuk, sowie Rohwolle, während sich der Rückgang bei Kakao, Rohbaumwolle und Quecksilber in engeren Grenzen hielt. Eine Ausnahme bildeten nur Zink und Stahlbarren, die im Januar bzw. Februar in den Vereinigten Staaten im Preise heraufgesetzt wurden.

Das Ende der Preissteigerungen auf dem Agrarsektor wird als Verläufer einer Revision der US-Agrarpreispolitik angesehen. Es handelt sich um eine bewußte Umschaltung der Kaufkraft zugunsten steigender Aufnahmefähigkeit für industrielle Güter. Außerdem hätte ein Andauern der Warenpreisanstiege den US-Konjunkturstand und die Aussichten des weltwirtschaftlichen Wiederanbauprogramms Washingtons beeinträchtigen können. Von Bedeutung für den Konjunkturverlauf ist sodann die stärkere Ausrichtung der US-Wirtschaft auf die Rüstungsbedürfnisse, wie sie durch die Mitte März erhabene Forderung Präsident Trumans nach erhöhter militärischer Stärke der Vereinigten Staaten in Erscheinung tritt. Darauf reagierte bekanntlich die New Yorker Effektenbörse mit einer ganz beachtlichen Hausse, vor allem in Rüstungswerten. Diese Aufwärtsbewegung ist zu Anfang April etwas abgeflaut, aber der Kohlenstreik hat diese Wirkung nicht hervorgerufen; er blieb beziehungsweise überhaupt ohne Einfluß auf die Kursgestaltung. In den ersten Apriltagen brachte dann der Vorschlag Trumans auf eine Erhöhung des Militärbudgets um 3 Mrd. \$ eine vorübergehende neue Belebung des Kaufinteresses, von der namentlich wieder die Rüstungswerte profitierten. Die Tendenz ist also am Effektenmarkt immer noch freundlich, was zu verstehen ist, da sich doch die Beschäftigung in wichtigen Schlüsselindustrien wie in der Eisen- und Stahlindustrie, in der Automobil-, Kraftstrom- und Rohölwirtschaft auf hohem Stande hielt. Die chemische Industrie der USA steht gegenwärtig vor der Durchführung des größten Expansionsprogramms in ihrer Geschichte.

Die wider Erwarten großen Ernten auf der südlichen Halbkugel haben die Exportüberschüsse an Weizen und Futtergetreide gegenüber dem Vorjahr wesentlich ansteigen lassen. Die Folge ist eine Entspannung der internationalen Getreidemärkte und die für die Einfuhrländer sich wieder bietende Möglichkeit, größere Vorräte anzusammeln, so daß die hohen Getreidepreise wohl endgültig der Vergangenheit angehören. Berichte, denen zufolge die Getreidelieferungen Rußlands in diesem Jahr sich über 3 Mill. t belaufen sollen, sind gleichfalls geeignet, die Weltmarktlage günstig zu beeinflussen. Die Weltmarktlage ist in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um einiges günstiger, als es im letzten Jahr der Fall war. Die Weltmarktlage ist in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um einiges günstiger, als es im letzten Jahr der Fall war.

Während sich inzwischen eine wesentliche Besserung der Weltzucker- und Weltkaffeeversorgung durchgesetzt hat und die Preise für Brasilkaffee nur durch Stützungskäufe auf ihrem hohen Stande gehalten werden können, haben andere Kolonialprodukte wie Kakao und Kautschuk zeitweise größere Verluste erlitten. Der Widerstand der Verbraucher gegen zu hohe Preise hat die New Yorker Kakao-Notiz von 46 cents im Januar auf vorübergehend 38 cents im März sinken lassen, obwohl die Bilanz auf 650 000 t besitzerte Weltmarkt neuerdings niedriger angegeben wird. — Die seit Herbst vorigen Jahres zu beobachtenden Schwankungen am Weltkautschukmarkt haben sich bis in die jüngste Zeit fortgesetzt. Die New Yorker Notierung fiel von Anfang Januar bis Mitte März von 23 auf 19 1/2 cents je lb. Hierzu hat besonders die Rekordgewinnung in Malaya in Höhe von rund 650 000 t beigetragen, die knapp 53 % der 1947er Weltproduktion an Naturkautschuk entspricht, sowie die für 1948 in Aussicht stehende Produktionssteigerung Niederländisch-Indiens um 75 000 t auf 350 000 t. — Die starken Preissteigerungen am Weltzuckermarkt in der Zeit von Juli bis November 1947 sind ebenso schnell wieder von einer empfindlichen Reaktion abgelöst worden, die seit Mitte Dezember infolge

zunehmender Angebote ein fast unaufhaltsames Sinken der New Yorker Preise von 37 1/2 auf 21 cents zur Folge hatten. Unter den textilen Rohstoffen hielt sich die Abschwächung in amerikanischen Baumwolle, die von dem Februar-Einbruch nicht so sehr betroffen wurde, bisher in mäßigen Grenzen, da die statistische Lage als ziemlich ausgeglichen gilt und nur die Dollarknappheit der meisten Abnehmerländer zur Vorsicht mahnt. In bedruckten Baumwollstoffen trat in der Berichtsperiode ein Rückgang von 28 auf 19 1/2 cents ein. — Eine übliche Preisberichtigung wie bei Weizen ist, von Südamerika ausgehend, und wegen des Ausfalls osteuropäischer Käufer im März in London und in Australien erfolgt. Kreuzschichten waren bis zu 25% rückläufig, während Merinowollen infolge der knapperen Vorratslage infolge knapperer Vorratslage vor-

läufig nur bis zu 15% im Preise einbüßten. Die Gruppe der Hunte metalle zeichnete sich durch lebhafteres Geschäft und allgemeine Preisfestigkeit aus, zumal die Anlegung von Beständen im Auftrage der Regierungen weiter fortgesetzt wurde. Die Schätzungen des US-Kupferbedarfs für das laufende Jahr stellen sich auf 1,35 Mill. t. Hiervon müssen rund 300 000 t durch Einfuhren hauptsächlich aus Chile und Kanada gedeckt werden. Die Produktionssteigerung und Modernisierung in der Weltzinnwirtschaft wird immer noch durch eine zu langsame Belieferung mit Baggermaschinen, namentlich in den Malayen-Staaten beeinträchtigt. — Von Edelmetallen zeichnete sich Silber durch eine sehr stetige Haltung aus, während Platin bei neu auftretender Knappheit auf leicht erhöhter Basis umgesetzt wurde.

INTERNATIONALE PREISENTWICKLUNG

Ware:	Börse:	Einheit:	Qualität:	Ende Juni 1947	Ende Nov. 1947	Ende Febr. 1948	Ende März 1948
Weizen	New York	cts je bush	Hard 2	344	334	304	293
Roggen	New York	cts je bush	Western 3	228	208	203	206
Manis	New York	cts je bush	Yellow 2	239	221	208	217
Schmalz	Chicago	cts je lb	Mittelwest	19,4	27,7	21,7	21,4
Kaffee	New York	cts je lb	Santos 4	28,3	27,3	26,7	26,5
Kakao	New York	cts je lb	Accre	32	40	40	39,5
Zucker	New York	cts je lb	Granul.	8,4	5,4	7,7	7,7
Kautschuk	New York	cts je lb	smok. sheet.	14,2	22,7	19,6	20,4
Baumwolle	New York	cts je lb	Middling	28,1	26,3	25,8	24,7
Kupfer	New York	cts je lb	Electrol.	21,3	21,3	21,5	21,5
Zinn	New York	cts je lb	Strait	30	30	34	34
Blei	New York	cts je lb	prime West	15,5	15,5	15	15
Zink	New York	cts je lb	Standard	61,7	74,5	74,8	74,8
Silber	New York	cts je oz.	schw. Ozean	23	23,5	23,5	21
Häute	New York	cts je lb	Pennsylv.	4,05	4,5	5,-	5
Rohöl	New York	doll. je barrel					

Welt-Warenmärkte

Weizen wieder schwächer

Weltweizenexporte werden das Doppelte von 1938 erreichen

London. Verfolgt man die Preise auf den Getreidemärkten im März, so ergibt sich das nachstehende Bild (Preise für den Mittelmeerraum auf der Chicagoer Börse in Cents per Bushel):

	Weizen	Maïs	Hafers
1. 3.	242,5	227,0	114%
2. 3.	242,5	226,0	114%
10. 1.	228,0	216,0	111%
17. 1.	228,0	212,0	113%
22. 1.	226,0	215,0	112%
27. 1.	246,0	210%	110%
30. 2.	246,0	220,0	111%

Wie auf Weizen, der zwischen dem 22. und 27. sehr fest lag, weil die C. C. C. starkes Interesse an Kassaverkäufen zeigte, und weil der Sandstrom in Oklahoma die Haasespekulation begünstigte, bröckelten die Preise gegen den Monatsanfang weiter ab, und sie stehen heute zum Teil unter dem vom 8. Februar. Aber schon am 28. waren die Weizenpreise wieder rückläufig, teils wegen Gewinnrealisierungen und teils weil die C. C. C. sich weigert, die geforderten Kassapreise zu zahlen. (Die Spitze der Preisreihe für Weizen wurde mit 25 cents am 18. Januar erreicht.) Es wurden verschiedene Gründe für diese Entwicklung gegeben: valutarische, markttechnische, „Rückgang der Spekulation nach der Senatserhebung“ und kaufpolitische seitens der C. C. C. Alle diese und vielleicht auch andere Motive dürften mitgewirkt haben, um den Effekt herbeizuführen, aber die objektiven Tatsachen zeigen, daß die Getreidepreise seit der Jahreswende mit jedem günstigen Bericht über die Erntestandsichten gefallen sind. Die Nachrichten über die europäischen Ernteaussichten und die Weltweizenproduktion haben, um den Effekt herbeizuführen, aber die objektiven Tatsachen zeigen, daß die Getreidepreise seit der Jahreswende mit jedem günstigen Bericht über die Erntestandsichten gefallen sind. Die Nachrichten über die europäischen Ernteaussichten und die Weltweizenproduktion haben, um den Effekt herbeizuführen, aber die objektiven Tatsachen zeigen, daß die Getreidepreise seit der Jahreswende mit jedem günstigen Bericht über die Erntestandsichten gefallen sind.

kriegszeit ausmachen, wie folgender Tabelle entnommen werden kann:

Weizenexport aus den Hauptexportländern (in Mill. Bushel)	1934/35	1946/47	1947/48 (Durchschnitt)
USA	22	400	500
Kanada	177	243	192
Westindien	17	47	135
Argentinien	122	62	158
Rußland	30	—	44
USA zusammen	608	752	804

Nun hat sich Kanada allein verpflichtet, in den nächsten Jahren 300 Mill. Bushel zu exportieren, während der Importbedarf der europäischen Länder geringer sein muß. Belgien und die Schweiz sind die stärksten Landwirtschaftsministerien die Aussaatfläche für Winterweizen auf 4,11 Mill. ha gegen 4,1 Mill. ha im Vorjahr, und die Anbaufläche für Winterweizen in Schweden wird mit 186 000 ha gegen 148 000 ha im Vorjahr angegeben. Demgegenüber hat der bäuerliche Schatzverbruch fast überall stark zugenommen, und die Reproduktion steht noch weit hinter der der Vorkriegszeit zurück, obwohl die Bevölkerung der rekonsumierenden Länder um etwa 10 bis 12% gestiegen ist. Es werden also noch weiterhin Weizenimporte in die notleidenden Rekonsumierländer erfolgen müssen.

Die statistische Weltlage läßt die Annahme zu, daß die Getreidepreise eine langsam fallende Tendenz haben dürften. Infolge der stark gestiegenen Produktionskosten ist das Wiedererschließen der Vorkriegspreise wohl ausgeschlossen, aber die maximalen Preise nach dem neuen Weltweizenabkommen sind auf 2 Dollar festgesetzt worden, während die untere Grenze von 1,20 Dollar in jährlich um 10 cts fallenden Raten in 1953 bis auf 1,10 Dollar herabgeht. Außerhalb des Übereinkommens stehen Argentinien und Rußland, und es verbleiben dem freien Markt die Exportüberschüsse der USA, Kanadas und Australiens, soweit sie mehr als die gebundenen Quoten betragen, und zwar USA 185 Mill., Kanada 200 Mill. und Australien 85 Mill. Bushel. Argentinien rechnet offenbar darauf, in den nächsten fünf Jahren über dem Maximalpreis von 1 Dollar verlaufen zu können. Aber diese Annahme könnte sich leicht als falsch erweisen. Das Abkommen bindet zwar nur 500 Mill. Bushel, was etwa die Hälfte des gegenwärtigen Bedarfs der Importländer beträgt. Aber die Beschäftigung der europäischen Produktion und der südamerikanischen Reisfelder ist im Ganzen, und die nächsten zwei Jahre könnten um so mehr eine solche Lage schaffen, als sich die Donauländer wieder auf den Weltmärkten erweisen dürften.

Baumwolle

Chicago. Der scheinbare Widerspruch zwischen der Preispolitik, die sich auf dem englischen, und der, die sich auf dem amerikanischen Markt abzeichnet, gibt Anlaß, die maßgebenden Tendenzen zu untersuchen, welche in Chicago den Markt bestimmen. Zweifellos hat der amerikanische Baumwollmarkt auf die Botschaft des Präsidenten Truman an den Kongress schon deshalb günstig reagiert, weil man mit dem Zustrom von militärischen Bestellungen zur Ausdehnung der von den USA anzunehmenden Heeresstärke rechnet. Diese Aufträge würden eine Absatzausweitung nach sich ziehen, die um so mehr zur Hausse treiben konnte, als die kommende Baumwollperiode infolge der Unzulust der Witterung sich verspätet abspielen wird, sodaß mit einer Verknappung der Vorräte gerechnet werden muß. Auch die Zusage einer umfassenden Europahilfe verstärkt diese Tendenz, besonders weil die Durchführung der Hilfsaktion zeitlich mit der Verstärkung des militärischen Bedarfs zusammenfallen würde. Aber es fehlt auch nicht an Gründen, die Anlaß zur Bauesse werden können. Hier

ist insbesondere daran zu denken, daß die Sozialkonflikte in der baumwollverarbeitenden Industrie zu schweren Abnahmestörungen führen könnten, sodaß ein Handel mit Rohbaumwolle infolge der Umsatzverlagerung flüssige Reserven brauchen wird. Die statistischen Behörden der USA haben festgestellt, daß der Verbrauch von Rohbaumwolle im Monat Februar 1948 nur 78 000 Ballen erreichte, hat gegen 800 000 im Vormonat und gegen 840 000 im Februar 1947. Damit ist der amerikanische Verbrauch für die ersten sieben Monate der Saison auf 5 431 000 Ballen, also auf 600 000 Ballen weniger als in der vorangegangenen Saison gekommen. Dieser Rückgang ist um so bedeutender, als selbst die in den anderen Wirtschaftszweigen ausgebrochenen Streiks sich in der nächsten Zeit auf die Baumwollverarbeitung auswirken müssen, schon deshalb, weil es den betreffenden Betrieben an Kohle fehlt.

Manchester. In Kreisen der englischen Baumwollindustrie wird noch immer die jüngste Preissteigerung des Baumwollmarktes diskutiert. Dabei wird insbesondere geltend gemacht, daß die englische baumwollverarbeitende Industrie sich während des Krieges infolge der Verknappung der amerikanischen Baumwolle in zunehmendem Maße auf die Verarbeitung ägyptischer Baumwolle umgestellt hatte. Solange die Preisdifferenz zu Lasten der ägyptischen Lieferungen nur rund 2 d pro Fund ausmachte, wurde diese Praxis der Kriegszeit auch nach Beendigung der Feindseligkeiten beibehalten, was die Aufrechterhaltung einheitlicher Qualitätsnormen ermöglichte. Die neue Preisfestsetzung führt aber zu einer so starken Differenz zwischen Baumwolle ägyptischer und amerikanischer Provenienz, daß die Industrie sich abermals und diesmal zugunsten der amerikanischen Lieferungen umstellen muß.

London. In Kreisen der englischen Strickwarenindustrie wird mit einer in späteren zwei Jahren eintretenden Weizenknappheit in der ganzen Welt gerechnet. Man nimmt an, daß die Weltvorräte der Weizen bis 1950 völlig aufgebraucht sein werden, sodaß der Weltbedarf von da an nur aus der jährlich erstellten Produktion gedeckt werden könnte. Es wird daher eine erhebliche Produktionssteigerung gefordert.

Metalle

Die allgemeine Tendenz der Märkte ist nach wie vor fest. Die Ursache hierfür ist in der anhaltenden weltpolitischen Spannung zu sehen, die sich in der letzten Zeit eher noch verschärft hat. Durch den Krieg ist die staatliche Einflußnahme auf die Metallherzeugung und den Handel beträchtlich gewachsen und größer als es vor dem Krieg der Fall war. Vor allem fehlt ein wirklich freier Markt, da die Londoner Metallbörse immer noch geschlossen ist.

Kupfer: Anzeichen einer gewissen Entspannung der Versorgungslage sind an diesem Markt zu erkennen. So hat z. B. England in den ersten Monaten da, je größere Mengen Kupfer eingeführt als im Vorjahr. Die Käufe werden aber immer noch vom Versorgungsministerium durchgeführt. In Rhodesien ist die Kupfererzeugung 1947 gegen das Vorjahr gestiegen. An Rohkupfer wurden 136 224 t (plus 7473 t gegen 1946) und an Elektrolytkupfer 54 779 (33 548 in 1946) gewonnen. Die Erzeugung im Vergleich mit dem allgemeinen 1947 höher als im Vorjahr, als Streiks die Produktion erheblich behinderten. Der englische Kupferpreis ist mit 12 1/2 je t und der amerikanische Preis mit 21,5 Cents je lb unverändert.

Zinn: Als das zweite Halbjahr 1948 sind weitere beträchtliche Mengen von Zinn aus den Vereinigten Staaten nach Europa zu erwarten. Insgesamt belaufen sich die Käufe für das erste Halbjahr auf 32 948 t, das ist gemessen am Vorkriegsverbrauch immer noch wenig, und in den USA ist die staatliche Kontrolle über den Zinnmarkt bis Ende Juni 1948 ausgedehnt worden. Man erwartet, daß bei Aufhebung der Kontrolle eine Verknappung eintreten würde, und daß ein Fallen der Verbrauchsbeschränkungen den Gesamtverbrauch im laufenden Jahr auf etwa 114 000 t-1 steigen lassen würde. Man rechnet nur mit Einfuhren von 47 000 t-1 und etwa 24 000 t-1 insgesamt, so daß unter Berücksichtigung der Vorräte Netto etwa 89 000 t-1 zur Verfügung stehen werden. Der englische Preis ist mit 82,10 je t und der amerikanische mit 84 Cents je lb unverändert.

Blei: Am Weltmarkt sind wenig Aussichten für eine Entspannung vorhanden. Die Streikbewegung in der mexikanischen Grubenindustrie hat sich weiter ausgedehnt. Die Gruben der American Metall and Refining Co. in San Luis Potosi haben sich den Streikenden der Monterrey-Raffinerie angeschlossen. Der deutsche Bleipreis ist letzthin auf 990 RM je t heraufgesetzt worden, liegt damit aber immer noch unter dem Weltmarktpreis. Der englische Preis ist unverändert mit 20 je t, ebenso der amerikanische mit 15 Cents je lb.

Zink: Am Weltmarkt macht sich bei den europäischen Hütten ein starker Verbrauch an Konzentrat bemerkbar, die in Belgien schon zu einer Einschränkung der Zinkherzeugung geführt hat. Der größte belgische Erzeuger in Ville Montagne hat jetzt die Absicht, die Zinkherzeugung in Belgisch-Kongo aufzunehmen, um den schwierigen Ertransport nach Belgien zu vermeiden. Auch der Zinkpreis in Deutschland auf 900 RM je t ist heraufgesetzt worden. Er liegt wie der Bleipreis unter der Weltmarktparität, gleich aber bis zu einem gewissen Grade den Fortfall der früheren Subventionen aus. Der englische Preis beträgt nach wie vor 75 je t und der amerikanische 12 Cents je lb.

Aluminium: Am Aluminiummarkt sind die USA seit dem Kriegsende der bedeutendste Erzeuger, der 1947 mit 572 000 t-1 gegen 400 000 t-1 im Jahre 1946 um rund 60% mehr gewann. An zweiter Stelle steht jetzt Kanada, dessen Ausfuhren in der letzten Zeit beträchtlich gestiegen sind. Die neuseeländische Regierung beabsichtigt, eine Aluminiumindustrie ins Leben zu rufen und folgt damit dem Beispiel Australiens. Die Aussichten der Welt-Aluminiumindustrie sind, auf die Dauer gesehen, weitaus günstiger, als es bei den anderen Metallen der Fall ist, denn die Aluminium-Preise liegen mit 60 je t in England und mit 13 Cents je lb in den USA beträchtlich unter dem Vorkriegspreis.

BÖRSEN

HAMBURG: zurückhaltend

Der Wertpapierhandel an der Hamburger Börse war in der Woche vom 2. bis 2. 4. im allgemeinen durch vorsichtige Zurückhaltung auf Käufer und Abgeberseite gekennzeichnet. Die Umsätze hielten sich bei nur geringen Tagesschwankungen der marktgemässigen Papiere in engen Grenzen. Materialrückstellungen in Stopkurswerten betrafen vorwiegend Pfandbriefe von Realreditinstituten. Schiffahrtaktien behaupteten sich gut. Von den Großbankaktien wurde Commerzbank etwas unter Stopkurs angeboten. Zuletzt wurden bezahlt: AEG 145-144, Gutehoffnungshütte 305, Deschimg 290, Eisen- und Hütten 328, Wanderwerke 85, Hamburg-Süd 120-121, Norddeutsche Lloyd 198, Deutsche Bank 116-120.

FRANKFURT: geringer Umsatz

Die politischen Vorgänge gaben in der Zeit vom 2. bis 2. 4. 1948 der Frankfurter Börse auch nach dem Fest das Gepräge. Eine anfangs der Woche etwas ruhigere Beurteilung der Gesamtlage führte zunächst zu leichten Erhöhungen gegenüber der Vorwoche, da sich die Spekulation vielfach auf Deckungsaktionen gelehrt sah. Die Umsätze blieben dabei auf nur wenige Spezialwerte begrenzt, während das Gros der Aktien- und Rentenpapiere nahezu geschäftlos war. Die Kundenschaft bewahrte in ihren Dispositionen weiterhin starke Zurückhaltung, war aber im weiteren Verlauf im Zusammenhang mit den sich offenbar weiter verschärfenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Allierten Kontrollrats über zu Verkäufen geneigt. Insbesondere Ostwerte wurden zum Angebot gebracht, da jedoch kaum Aufnahme fand, so daß die Mehrzahl dieser Papiere nominell herabgesetzt wurden und im Kurszettel mit dem dafür gebrauchlichen Zeichen „B“ (Brief) erschienen. Für Stopkurswerte erhielt sich weitere Nachfrage, bis und wieder soll es außerhalb der Börse im Verkehr zwischen den Banken zu einigen Abschlüssen gekommen sein. Von Aktien fanden Gutehoffnungshütte bei 308 (gegen 299 am 24. 2.) leichte Nachfrage, ebenso konnten Schiffahrtaktien etwas steigen. Hapag 194 (191), Nordf. Lloyd 182 1/2 (190), Hamburg-Süd 123 (122). Dagegen traten an den übrigen Marktgebieten wieder Rückgänge von 2 bis 4% im Durchschnitt ein. Schwab. Zellstoff kam nach mehrmaliger Briefnotiz schließlich zu 28 Punkten niedriger mit 479 zum Kurs. Thür. Zellwolle Inh.-Aktien verloren 18% auf 104 bis 96 D (114), Kurmärkische Zellwolle 8% auf 85-88 D und Dessauer Gas 7% auf 129-111. Stark gedrückt waren ferner einige Citronenbanken, insbesondere Df. Goldkreditbank auf 86-88 D (88), Meininger Hyp.-Bank auf 110 D (120); die übrigen Banken erlitten Rückgänge bis 14%: Deutsche u. Dresdner je 119-120, Reichsbank 128 1/2, Berl. Handels 105 1/2, Dt. Zentralboden 92. Schließlich sind noch Ties Bergbau Genau mit 124-123 (134) als schwach zu erwähnen. Maschinen- und Metallwerte besser gehalten. Wanderer jedoch 86-81 nach 84. Am Elektromarkt waren Licht u. Kraft stärker gedrückt auf 164-165 (167 1/2). AEG gab auf 145 (157 1/2) und Bekula auf 131 (134) nach. — Am Rentenmarkt unterlagen Ostpfandbriefe weiteren Abgaben, so daß neuerliche Rückgänge bis 2 1/2% vorlagen. Dt. Zentralboden 85-84 1/2, do. KO. 82 B, Meininger PfD. 83-82 1/2, do. KO. 82 B.

SPEICHAAL MAINZ: kleines Geschäft

In der Woche nach Ostern konzentrierte sich das Geschäft am Mainzer Speichaal ausschließlich auf die Spredauszahlung vom 1. April. Aktien blieben trotz lebhafter Nachfrage ohne Geschäft. In Pfandbriefen blieben Meininger Hypothekendarlehen bei 274, gedrückt. Der Gesamtumsatz von 22 000 RM ging in erster Linie auf den Handel in größeren Posten von 1 1/2 Landeckassen-Anweisungen Rheinland-Pfalz zurück. Sie wurden mit 100,00 bez. umgesetzt, 25 Hessen-Pfalz stiegen leicht auf 100,95 bez., 10% Rheinland-Hessen-Nassau verbesserten sich ebenfalls auf 104,25 bez. Konzentrationen wurden in einer Höhe von 192 000, Geschäfte außerhalb der Nordzone mit 387 000 RM registriert.

SPEICHAAL FREIBURG: schwach

Beim Speichaal am 1. 4. wurden von den Renten 4% Meininger Hypothekendarlehen zu 94,-92 1/2, 4 1/2% Elektrowerke Berlin zu 47,8, 4 1/2% Friedrich Krupp zu 106-104, 4% Maschinwerke zu 56-55 umgesetzt. Die Aktien zeigten eine rückläufige Tendenz; es notierten Eisen- und Hüttenwerke Köln 225-222, Gutehoffnungshütte 307-305, Die Bergbau 128-114, Schwab. Zellstoff 179-167, Schwäbische Zellstoff 139 bis 679, Spinnstoff Zellwolle Inh.-Aktien 146 bis 137, Thür. Zellwolle Namens-Aktien 85-88, Deutsche Bank 125-119, Dresdner Bank 123-119.

ZÜRICH: gedrückt

In der Zeit vom 20. März bis 2. April wurde die Züricher Wertpapierbörse von politischen Momenten und dem Abschluß des französisch-schweizerischen Wirtschaftsabkommens beträchtlich beeinflusst und führte zunächst eine Erhöhung. Die Osterfeiertage unterbrachen jedoch diese Entwicklung, nach Ostern kam das Geschäft nur langsam in Gang. Während an der New Yorker Börse die beschleunigte Inkraftsetzung der Hilfspäne für Europa stark stimulierend wirkte, wurde in Zürich die politische Lage ungünstig beurteilt, so daß die Unternehmungslust an der Börse fehlte. Die Kurse zeigten eine sinkende Tendenz. Namentlich die einheimischen Industriestellen erlitten Einbußen. Lona verloren 20 Fr., Ciba 25 Fr., Nestlé 15 Fr., Sulzer 20 Fr., Brown Boveri 27 Fr., Aluminium 23 Fr., Maschinenfabrik Oerlikon 23, Stahlwerke Fische 13 Fr. Auch die Bankaktien mußten Kursabschläge hinnehmen.

Devisennotierungen in Zürich

Briefkurse vom 2. April: USA-Dollar freie Ausw. 4,12, kommerziell 4,22; Argentinische Pesos, freie Ausw. 108,-; Ecuador freie Ausw. 16,80; Ecuador Warenabnahme 17,25; Schwedische Kronen, freie Ausw. 118,75; Großbritannien und Sterlinggebiet 12,25; Belgien und Luxemburg 1,28 1/2; Frankreich 2,02; Holland 162,60; Tschechoslowakei 2,62 1/2; Spanien 30,20; Dänemark 20,71; Norwegen 26,21; Finnland 1,1446; Türkei 1,228. Notenkurse: Dollar 4,11; Letz. 8,70; franz. Fr. 1,11; Belg. Fr. 7,40; Holl. 5, 5,-; schweiz. Kr. 82,-; N. Kr. 94,-; Dän. Kr. 44,-; Öst.-Sch. 18,50; Kcs. 1,75; Arg. Pesos 32,-; Can. Dollar 2,87; Türk. Pfund 1,10; Oest. Sch. neu 8,20; Fiat. 11,30; Mark 2,-.

MOTOREN TRAKTOREN MASCHINEN